

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Verleger: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 22. Februar 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Verleger: Amt IV. Nr. 1984.

## Zur Charakteristik der „anständigen“ Presse.

Die Presse ist in dem Entwicklungsstadium, auf welchem sie angelangt ist, der gefährlichste, der wahre Feind des Volkes, ein um so gefährlicherer, als er verläpft auftritt. Ihre Ungegenwartigkeit, ihre Verkommenheit, ihre Unstillschicklichkeit werden von nichts anderem überboten, als vielleicht von ihrer Unwissenheit. . . Täglich Lügen, Lügen in reinen, puren Tatsachen, Tatsachen erfunden, Tatsachen in ihr Gegenteil gestellt — das waren die Waffen, mit denen man uns belämpfte! Und was der Schamlosigkeit die Krone aufsetzte, war, daß man sich in den allermeisten Fällen weigerte, auch nur eine Verichtigung zu bringen. Es waren die seltensten Ausnahmefälle, in denen hin und wieder einmal ein liberales Blatt sich dazu entschloß.

Mit diesen Worten charakterisierte Lassalle in seiner bekannten Rede über „Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag“, die er im September 1863 vor den Versammlungen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu Barmen, Solingen und Düsseldorf hielt, den damaligen Entwicklungsstand der kapitalistischen Presse in Deutschland — damals vor mehr als 40 Jahren, als der deutsche Kapitalismus und das kapitalistische Zeitungswesen noch in den Kinderschuhen steckten. Seitdem hat die kapitalistische Presse Riesenschritte gemacht und noch mehr als ihre Ausdehnung stieg ihre Korruption. Sie hat seitdem die Gründerperiode nach dem deutsch-französischen Kriege erlebt; sie hat ihre Fälle Lindau und Hammerstein gehabt, und die Zahl der ihr nachgewiesenen Bestechungen hat sich bis zu den Enthüllungen des Commerzbankprozesses vermehrt, daß eine Darstellung aller dieser Fälle einen stattlichen Veritonband füllen würde. Allein die Spezialgeschichte einzelner Handelsredaktionen liefert ein recht ansehnliches Material zu dem Kapital „Finanz und Presse“. Hat doch z. B. allein die „Vossische Zeitung“ ihre beachtenswerten Fälle Ebeling, Schweizer, Dury und Moritz Meyer.

Zwar die Diskontogesellschaft existierte schon zu Lassalles Zeit, schon seit 1851. Sie hatte auch 1856 schon ihre Umwandlung von einer einfachen Kreditgesellschaft in eine wirkliche Bank zur Finanzierung industrieller Unternehmungen vollzogen, und David Hansemann hatte bereits 1857 das Berg- und Hüttenwerk „Henrichshütte“ angekauft; doch die große Periode der Diskontobank als Spekulationsbank und damit ihre enge Verbindung mit der kapitalistischen Presse datieren erst seit den Gründerjahren, die dem deutsch-französischen Kriege folgten. Um für die Patrie ihrer verschiedenen Industrie- und Eisenbahnunternehmungen den gewünschten Absatz im Publikum zu finden, suchte die Diskontogesellschaft gute Verbindungen mit der Presse, und bei der Zugänglichkeit der liberalen Blätter gelang ihr dieses Bemühen vorzüglich. Zwar fiel der größte Teil des Publikums bei den von der Diskontogesellschaft emittierten Papieren hinein, aber die Diskontogesellschaft erzielte ansehnliche Profite und für die Blätter, die sich zu Empfehlungen der schönen Spekulationsunternehmungen bereit finden ließen, fielen gute Huppen ab. Die Beziehungen zwischen Bank und Presse erwiesen sich also wertvoll für beide Teile, daß sie nicht nur fortgesetzt, sondern noch weiter ausgebaut wurden, und Herr Generalkonsul Russel als Geschäftsinhaber der Diskontogesellschaft 1892 vor der Vörsenquotekommission erklärte:

„Im allgemeinen müssen wir mit der Tatsache rechnen: das Preshgewerbe ist an erster Stelle heute ein Gewerbe, ein kaufmännisches Unternehmen für den Unternehmer der Presse. Der Eigentümer der Zeitung will aus der Zeitung einen Ueberfluß erzielen; er wird demzufolge regelmäßig darauf angewiesen sein, sich umfangreiche, namentlich gut bezahlte Inserate zu beschaffen. Das Bestreben, diese Inserate zu bekommen, ist ein berechtigtes und geht ausnahmslos wohl durch die ganze Presse; durch diejenige Presse, die sich häufig der Vorse am feindlichsten zeigt, ganz in dem gleichen Grade. Es ist oft gar nicht zu sagen, welchen Bestürmungen durch Agenten wir regelmäßig zur Zeit vor öffentlichen Emissionen irgend welcher Art ausgegesetzt werden, und ich kann wiederum nur sagen, daß in sehr vielen Fällen, wenn man der betreffenden Zeitung das Inserat nicht gibt, dann am folgenden Tage ein ungünstiger Artikel über die betreffende Emission in der Zeitung steht, oder, falls die Zeitung nach der Richtung hin vielleicht etwas vorsichtig ist, sonst ein mißliebiger Artikel. Das gilt nicht für alle Zeitungen, aber es ist naturgemäß, daß, wer mit seinen Unternehmungen auf die Öffentlichkeit angewiesen ist, es unliebsam bemerkt, wenn sein Unternehmen gerade in demjenigen Zeitpunkt, wo es emittiert wird, derartigen nicht sofort in dem Moment widerlegbaren Kritiken ausgesetzt ist; und daß hiernach durch die Presse geradezu ein gewisser Druck auf die Emissionsinstitute geübt wird, ihnen die Inserate in einem weiteren Umfange zuzuwenden, als es die Emissionsinstitute fast vielleicht tun würden.“

Unter der Bedingung, daß die Beziehung der Banken zur Presse sich auf die „anständigen“ Blätter beschränkt, fand Herr Russel denn auch durchaus nichts „Bedeutendes“ darin, wenn die Banken die Handelsredaktionen inspirieren,

und falls diese solchen Inspirationen folgen, sich ihnen gegenüber erkenntlich zeigen: „Ich finde“, meinte er, „darin, wenn es in den Grenzen einer ehrlichen und ordentlichen Leistung und Gegenleistung stattfindet, auch nichts Bedenktliches. Auch die schriftstellerische Tätigkeit in ihren verschiedenen Stadien, von der Tagesliteratur bis zur Monatschrift usw. beansprucht ein Honorar.“

Aber die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen zur Presse ist nicht nur von der Diskontogesellschaft gepflegt worden — wenigstens diese in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts besonders Beträchtliches auf diesem Gebiete leistete — sie ist allgemeiner Geschäftsgebrauch geworden. So erzählte z. B. Herr Dr. Müller, Handelsredakteur der „Kreuz-Zeitung“, vor der Vörsenquotekommission folgende Erfahrung:

„Ich bin vor etwa drei Jahren an die Borse gekommen als Vertreter des Reichsbankens. Sehr bald bekam ich ein eingehendes Abwert geschickt mit einigen hundert Mark und der Bistitenkarte des Bankers. Darauf stand: „Anbei Ihre Beteiligung an der und der Emission“. Ich schickte Geld und Bistitenkarte sofort zurück. Ich erkundigte mich unter Kollegen, wessen Fürsorge ich es zu verdanken hatte, daß der Bankier meine Adresse erfahren habe; da sagte mir einer: „Das konnte der dumme Mensch auch wissen, daß sie das Geld so nicht annehmen würden. Es konnte ja jemand dabei sein, während Sie das Abwert öffneten. So muß es nicht gemacht werden.“ Ich will ihm sagen, daß er Ihnen ein Konto eröffnen und Ihnen mitteilen soll, daß er Ihnen so und so viel Aktien zugeteilt hat. Ich sagte: „Bitte, lassen Sie das, der Fall ist erledigt.“

Diese Auskunft warte mich darüber auf, unter welchen Vorsichtsmaßnahmen die sogenannten Preshbeteiligungen an den Mann gebracht zu werden pflegen. Um nicht als Denunziator zu erscheinen, sah ich im Einverständnis mit meinem Chefredakteur von einer Veröffentlichung des bestimmten Falles ab. Das war nun kein großer Bankier. Später kam aber laum eine größere Emission vor, ohne daß der eine oder der andere von meinen Kollegen zu mir gekommen wäre und mir gesagt hätte: „Haben Sie schon die Beteiligung an der und der Emission?“ — In diesen Tagen gibt die und die Bank ihre Halbjahresgratifikationen an die Presse aus. — Sie stehen doch auch auf der Liste? —

„Nein, ich vermeide es sogar so viel wie möglich, den Herren bekannt zu werden.“ — „Es ist doch gar nichts dabei, es tun ja fast alle, und es handelt sich jährlich um viele Tausende von Mark; kommen Sie her, ich stelle Sie vor.“ . . .

Durch solche und andere Mitteilungen von Vörsenredakteuren, für die ich stets auch von anderer Seite glaubwürdige Bestätigung fand, bin ich allmählich in das ganze System der Beteiligungen eingeweiht worden und finde hierin eines der wirksamsten Mittel der Großfinanz, ihre einzelnen Operationen mit Erfolg durchzuführen und sich im allgemeinen ein glänzendes Renommee zu verschaffen. Ein Redakteur, der regelmäßig Gratifikationen von jährlich mehreren Tausend Mark von jeder großen Bank oder doch den meisten bezieht, kann von diesen Instituten und Firmen immer nur mit der Devotion eines Angestellten schreiben, und da weitaus die Mehrzahl aller von einem wohlhabenden Publikum gelesten Zeitungen unter diesem Banne steht, so sind die Banken, welche das Vörsengeschäft beherrschen, jeder wirksamen Kritik entzogen. . .

Bei der portugiesischen Tabakmonopolanleihe bewilligte das Konfession der hiesigen Emissionsstelle 100 000 M. zur baren Verteilung an die Berliner Presse (nicht etwa zu Inseraten) . . .

Allerdings behauptet heute allgemein die „anständige“ Presse, die vielen Bestechungen hätten aufgehört. Man braucht nur an die bekannte Entlassung der Dresdener Handelsredakteure, an das im Commerzbankprozess zum Vorschein gekommene Spezial-Ausgabenbuch der Direktoren Romeid und Schulz mit seinen Notizen über die an Redakteure und Mitarbeiter von Vörsenblättern gezahlten Vergütungen zu erinnern, um den Wert dieser Behauptung zu kennzeichnen. Auch der in voriger Woche verhandelte Prozess des Reichsgläubners Gehlsen hat, wenn er sich auch auf Vorgänge bezieht, die schon um 8-9 Jahre zurückliegen, aufs neue bewiesen, wie freigiebig Kreditinstitute unter gewissen Bedingungen sein können.

Eine Hauptursache der Korruption liegt darin, daß die Zeitungsmache zu einem kapitalistischen Geschäftsbetrieb geworden ist. Schon in seiner Rheinischen Zeitung schrieb Marx: „Die erste Freiheit der Presse besteht darin, kein Gewerbe zu sein.“ Tatsächlich aber hat, wie auch Generalkonsul Russel in seiner obigen Aussage erklärt, die kapitalistische Entwicklung dahin geführt, daß die Presse heute ein kaufmännisches Unternehmen ist — ein Unternehmen, das nach kaufmännischen Grundsätzen betrieben wird. Wie der eine Unternehmer zum Zweck der Erzielung eines möglichst hohen Profites eine Kattun- oder Seisenfabrik errichtet und Kattun oder Seife herstellen läßt, so gründet der andere, wenn es profitabler erscheint, eine Zeitung und macht in öffentlicher Meinung. Entscheidend dafür ist der Geschäftsgewinn; Tendenz und Ueberzeugung sind Nebensache. Ist in der Gegend, wo die Zeitung gegründet wird, eine liberale kaufkräftige Geschäftsbourgeoisie vorhanden, so wird das Blatt nationalliberal oder freisinnig, je nachdem, was am vorteilhaftesten erscheint. Hat hingegen die Gegend einen ausgebeugten kleinen Mittelstand und eine wohlhabende Bauern-

bevölkerung, so wird das Blatt konservativ und antisemitisch. Manchmal geben auch dieselben Unternehmer, um dem Geschmack des Ortspublikums entgegenzukommen, unter verschiedenenfirmen Blätter verschiedener Tendenz heraus; oder man wechselt, wenn der politische Geschmack des Publikums sich ändert, die Tendenz und läßt, wie z. B. erst jüngst in Gotha, das freisinnige Blatt nationalliberal oder konservativ werden. Sind die beschäftigten Redakteure nach bürgerlichen Begriffen „anständig“, so vollziehen sie mit dem Tendenzwechsel des Blattes zugleich einen Wechsel ihrer Ueberzeugung und begeistern sich, falls sie bisher für den freisinnigen Bürgerstolz fochten, fortan für die nationale Profitpolitik eines Wasserbauers oder die Scharfmacherei des Herrn von Fedlik. Haben aber die Redakteure das Wesen der höheren bürgerlichen Anständigkeit noch nicht genügend begriffen, wie jüngst Herr Walter vom „Gothaischen Tageblatt“, und weigern sie sich, vom Januar ab das Gegenteil von dem zu behaupten, was sie bis zum 31. Dezember als ihre Ueberzeugung vertreten haben, so werden sie entlassen. Auswahl ist vorhanden.

Vielsach, besonders in großen Städten, erscheint es den Zeitungsunternehmern vorteilhafter, in ihrem Blatt überhaupt keine bestimmte politische Tendenz zu verfolgen. Vielleicht ist die politische Presse schon allzu reichlich vertreten und hat um sich ein Stammpublikum gesammelt, in das sich schwer eindringen läßt, während andererseits ein großes, nichtpolitisches Geschäftspublikum vorhanden ist, das die Zeitungen lediglich als Reklame- und Unterhaltungsmittel betrachtet und nicht eine politische Kost vorseht haben will, die an sein Denkbemögen irgend welche Anforderungen stellt. In solchem Fall erscheint es vorteilhafter, sogenannte unparteiische Lokal- oder Generalanzeiger herauszugeben. Sie finden, wie die Erfahrung lehrt, bei geschickter Mache großen Absatz. Allerdings politisch unparteiisch sind diese Blätter nicht und können sie nicht sein, denn dann müßten sie vollständig auf alle politischen Nachrichten verzichten. Schon in der Auswahl dieser Nachrichten, d. h. in dem, was sie bringen und was sie fortlassen, schon in der Form, in der sie ihre Notizen veröffentlichen, steckt eine Tendenz. Tatsächlich besteht die „Parteilosigkeit“ dieser Blätter nur darin, daß sie nicht konsequent eine bestimmte Politik verfolgen, sondern nur ganz allgemein eine gewisse politische Richtung einhalten. Aber eine politische Richtung haben sie alle; der Scharfsche „Berliner Lokal-Anzeiger“ z. B. eine gemäßigtkonservativ-regierungsfreundliche Richtung, die „Organpost“ eine sogenannte freisinnige Richtung, und zwar je nachdem es für die geschäftlichen Interessen des Blattes vorteilhafter erscheint, das eine Mal mit einem starken mittelständlerischen, das andere Mal mit einem gewissen arbeitervreundlichen Einschlag.

Ob aber diese Presse parteipolitisch geeicht ist, oder ob sie sich selbst als „unparteiisch“ bezeichnet, in jedem Fall bedarf sie, um ihren Zweck der Profitmacherei zu erfüllen, der Gunst der sogenannten kapitalkräftigen Kreise. Selbst wenn ein Blatt dieser Art auf jede direkte Unterstützung verzichtet, bedarf es doch, um sein geschäftstreibendes Publikum zu befriedigen, mancher Information, die es nur aus diesen Kreisen selbst zu beziehen vermag und nur erhält, wenn es sich manierlich zeigt. Es muß ferner darauf halten, daß ihm die großen hochbezahlten Anzeigen der Banken und Aktiengesellschaften für seinen Inseratenteil nicht verloren gehen, und es muß außerdem darauf achten, daß es bei Konflikten zwischen dem Unternehmertum und der Arbeiterkraft, z. B. bei Streiks, nicht seine kapitalistische Leserschaft vor den Kopf stoßt. Daher vollzieht sich, seit Lassalle seine oben erwähnte Rede hielt, in der Zeitungswelt eine für unsere heutige Wirtschaftsordnung höchst charakteristische Umwälzung. Die Prinzipblätter verschwinden immer mehr und an ihre Stelle treten politische und unpolitische Geschäftsblätter.

Und neben dieser zeigt sich eine andere Erscheinung. Wie einerseits die Zeitungsunternehmer sich das Wohlwollen der Finanz- und der großen Geschäftswelt zu erhalten suchen, so trachten andererseits Finanz- und Großindustrie dahin, sich einen bestimmenden Einfluß auf die Presse zu sichern, um diese zu zwingen, nicht nur die allgemeinen kapitalistischen Interessen zu vertreten, sondern außerdem die besondere Geschäftspolitik der betreffenden Finanz- und Unternehmerrgruppen und zugleich mit Hochdruck jene Partei zu bekämpfen, die sich der Ausnutzung der staatlichen Institutionen zum Vorteil der kapitalistischen Gruppen am energischsten widersetzt: der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Zu diesem Zweck werden entweder bestehende Blätter von den Interessenten durch Massenabonnements, Zuwendung von Anzeigen, Druckaufträgen und bare Zuschüsse zu fördern gesucht, oder aber die betreffenden Herren erwerben sich durch Geldeinlagen und Ankauf von Geschäftsanteilen einen derartigen Einfluß auf diese Blätter, daß diese völlig ihrer Weisung folgen. Auf diese Art sind nach und nach gar manche der sogenannten anständigen Blätter in die Hände finanzieller und industrieller Konjortien gelangt, darunter vor allem die Scharfmacherischen „Berliner Neuesten Nachrichten“ und die „Post“, in der früher bekanntlich Freiherr v. Stumm als unumschränkter Gebieter regierte und nach seinem Tode der hochfeudal-industrielle Herzog von Ratibor, Fürst von Meß, Fürst von Stolberg-Berningero u. um.

#### Die Interfions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Rollenzeit oder deren Raum 60 Wfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Beschlusungs-Anzeigen 30 Wfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (selbstgedruckte) Wort 20 Wfg., jedes weitere Wort 10 Wfg. Stellenangebote und Schulstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Wfg., jedes weitere Wort 5 Wfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Steben der Vertretung der politischen Interessen ihrer  
Wähler haben diese Blätter vornehmlich die Aufgabe, die  
Sozialdemokratie zu bekämpfen und viel mehr zu ver-  
leumdern, denn zu der geistigen Bekämpfung fehlen trotz  
der verhältnismäßig hohen Honorare die nötigen geistigen  
Kräfte. Bei der „Post“ ist diese Verleumdung sogar zur  
Hauptfrage geworden. Und dabei findet dieses „anständige“  
Blatt nicht nur die Unterstützung der Korrespondenz des  
Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie und der Max  
Dorenzischen „Antisozialdemokratischen Korrespondenz“, sondern  
auch einiger anderer Berliner Korrespondenzen, wie z. B. der  
„Information“.

Aus dieser Quelle stammen die meisten Verleumdungen  
und Fälschungen, die während des letzten Wahlschlusses gegen  
die Sozialdemokratie in das Land hinausgeschleppt worden  
sind. Nach welcher Methode dabei gearbeitet wurde, soll ein  
weiterer Artikel zeigen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Februar 1907.

### Das Dreiklassenparlament als Sittlichkeitskonzil.

Die beweglichen Klagen, die der Abg. v. Schu-  
mann (L.) am Mittwoch über die zunehmende Unsitlichkeit  
in Berlin angestellt hatte, gaben dem Abgeordnetenhaus  
am Donnerstag zu einer großen Debatte über die Sittlichkeit  
im allgemeinen und die Prostitution im besonderen Anlaß.  
Für die Herren von der Rechten und vom Zentrum gibt es als  
unumstößliche Tatsache, daß die Großstädte — in erster Linie  
natürlich die Reichshauptstadt — völlig verfaulen sind, und sie  
halten es für ihre Pflicht, durch Polizeimaßnahmen und  
Gebot auf diesem Gebiete Wandel zu schaffen. Die Herren,  
die nie ernsthaft Sozialpolitik getrieben, die sich nie die  
Mühe gegeben haben, den Ursachen der Prostitution auf  
den Grund zu gehen, glauben, daß ein politisches Macht-  
wort genügt, um einen so gewaltigen, am dem Markte des  
Volkes schmerzenden Krebsgeschwür aus der Welt zu schaffen. Sie  
wettern gegen die Vergewaltigungslust, sie empfehlen die Herab-  
setzung der Polizeistunde, aber sie vergessen ganz, daß das  
„Kaster“, wenn man es gewaltsam zu unterdrücken versucht,  
von selber heimlich sich weiter verbreitet und weit gefähr-  
lichere Formen annimmt als vordem.

Gegenüber den vermoderten Anschauungen der Frommen  
im Lande wirkte die Erwiderung des Ministers des Innern  
fast herzerfrischend. Wir stimmen mit dem, was er gesagt hat,  
in den meisten Punkten zwar keineswegs überein, aber wir  
müssen offen anerkennen, daß seine Anschauungen hoch über  
denen der patentierten Sittlichkeitsfanatiker und Jugend-  
beutler stehen. Herr von Bethmann-Hollweg sucht den An-  
forderungen des profanen Lebens Rechnung zu tragen, und  
deshalb erklärt er sich entschieden gegen den Vorschlag, in  
Berlin alle in eine frühere Polizeistunde eintreten zu  
lassen. Er will nur die übermäßige Verlängerung des Nacht-  
lebens energisch bekämpfen wissen — durch welche Mittel, das  
verschweig er. Andererseits aber ist er offen genug, einzu-  
gestehen, daß die Polizei auf diesem Gebiete nicht alles machen  
kann. Was insbesondere die Prostitution betrifft, so  
gab der Minister die Unzulänglichkeit unserer Gesetzgebung  
zu und befürwortete eine Reform des Strafgesetzbuchs, dessen  
bekannter Kluppeleiparagraph wohl so ziemlich das Tollste ist,  
was sich denken läßt. Persönlich neigt der Minister der An-  
sicht zu, daß wir uns in Deutschland einem System nähern  
müssen, wie es kürzlich in Dänemark eingeführt ist, jenem  
System, welches von der Reglementierung absteht, aber die  
gefährlichsten Auswüchse der Prostitution beseitigt. Auf  
nähere Einzelheiten ließ sich Herr v. Bethmann-Hollweg leider  
nicht ein. Ebenso berührte weder er noch ein anderer Dis-  
kussionsredner die Ursachen der Prostitution; nur die Ge-  
sellschaft und die Wirtschaft sind als die Ursachen kurz gestreift.  
Es ist bekannt, daß Dienstmädchen einen unverhältnismäßig  
hohen Prozentsatz zur Arme der Prostituierten stellen, und  
als einer der Gründe hierfür wird mit Recht die Gesinde-  
ordnung ins Feld geführt. Doch trotzdem nicht ihre Be-  
seitigung verlangt wurde, beweist, wie wenig das Dreiklassen-  
parlament ernsthaft Wandel zu schaffen geneigt ist.

Will man wirklich Besserung schaffen, dann beseitige man  
die Ursachen der Prostitution, dann Sorge man vor  
allem für eine vernünftige Wohnungs- und Mietgesetzgebung, die dem  
Schlafstummeln ein Ende macht, dann treibe man eine  
vernünftige Sozialpolitik, dann gewähre man allen Arbeitern  
— männlichen und weiblichen — das volle, uneingeschränkte  
Koalitionsrecht, damit nicht alljährlich Tausende und Aber-  
tausende von Frauen gezwungen werden, sich zu prostituieren,  
um nicht Hungers zu sterben; dann höre man endlich mit dem  
Fleisch- und Brotwucher auf, dann beseitige man alle Aus-  
wüchse der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. So leicht, wie  
die Mehrheit des Unterparlamentes es sich vorstellt, ist der  
Kampf gegen die Prostitution denn doch nicht.

Charakteristisch ist es übrigens, daß in demselben Augen-  
blick, wo man verlangt, daß die überhand nehmende Ver-  
gewaltigungslust eingeschränkt werden soll, der konservative Abg.  
Hammer sich nicht entblödete, eine Verjährung des  
Verleumdungsrechts zu verlangen und gegen die „sozialdemo-  
kratischen Jugendorganisationen“ zu Felde zu ziehen. Gerade  
da aber wird die Jugend zu ernstlichen Dingen erzogen und  
dadurch von schädlichen Vergnügungen — Besuch von Singel-  
tangs, Animmern u. dergl. — abgehalten. Es scheint  
doch, als ob den Herren trotz aller schönen Redensarten eine  
sittliche Jugend immer noch viel lieber ist, als eine  
von sozialdemokratischen Ideen erfüllte.

Die weitere Staatsberatung wurde durch die Besprechung  
von Anträgen auf Gehaltserhöhungen für einzelne Beamten-  
kategorien, insbesondere für Schulleute, ausgefüllt.

Am Freitag soll zunächst die Beratung des Etats des  
Ministeriums des Innern beendet werden. Dann folgt die  
Besprechung der Interpellation über das Grabenunglück von  
Neden und die Beratung des Bergotats.

### Die wirtschaftliche Bedeutung unserer Kolonien.

Eine dem Reichstag zugegangene Denkschrift über die  
Entwicklung der deutschen Schutzgebiete in  
Afrika und der Südsee gibt für das Jahr 1905 folgende  
Ziffern des Handelsverkehrs an: Der Außenhandel der  
Schutzgebiete betrug 1905 99 208 517 M. Gegen das Jahr  
1904 eine Steigerung um 27 915 303 M. Die Denkschrift  
selbst führt allerdings aus, daß diese Steigerung des Handels  
teils auf den südwestafrikanischen Krieg, teils auf die Eisen-  
bahnbauten zurückzuführen ist. Von der Zunahme des Han-  
dels entfiel auf Südwestafrika allein eine Zunahme der Ein-  
fuhr von 13,8 Millionen Mark. Wir haben schon früherzeit  
nachgewiesen, daß diese Einfuhrsteigerung in einer Einfuhr  
von Alkohol oder von Mineralien bestanden hat, die zum Bau der Eisenbahn notwendig war. Diese

Mehrfach stellt also in Wirklichkeit nur einen kleinen Teil  
der Summen dar, die vom Reiche für unsere Truppen und  
die staatlichen Eisenbahnbauten vorausgab wurden! Die  
Zunahme der Ein- und Ausfuhr für Deutsch-Ostafrika betrug  
nur 4,3 Millionen, für Kamerun 5,4 Millionen Mark; in den  
übrigen Kolonien ist die Zunahme des Handels vollends eine  
unmerkliche.

An dem Gesamthandel der Schutzgebiete in Höhe von  
99 208 000 M. war Deutschland 1905 nur mit 63 184 000  
Mark beteiligt. Gegenüber dem Jahre 1903 ergibt sich aller-  
dings eine Steigerung der deutschen Vorkaufkraft am Handel  
um 12,6 Proz. Aber wenn man bedenkt, daß die Steigerung  
der Gesamteinfuhr nur auf die deutsche Kriegsführung und  
die vom Reiche ausgeführten Eisenbahnbauten zurückzuführen  
ist, so ergibt sich, daß von einer größeren Anteilnahme des  
deutschen Handels an den eigentlichen Handelsbeziehungen  
der Kolonien keine Rede sein kann.

Des weiteren wird in der Denkschrift mitgeteilt, daß  
das in den Schutzgebieten in Afrika und der Südsee angelegte  
deutsche Kapital 146 875 405 M. betrage, von denen  
128 987 005 M. auf eingezahltes Gesellschaftskapital und  
17 888 400 M. auf Anleihen entfallen. Für eine zwanzig-  
jährige Kolonisierungstätigkeit ist das immerhin ein äußerst  
bescheidenes Ergebnis, namentlich, wenn man sich vergegen-  
wärtigt, daß das im Ausland angelegte deutsche Kapital sich  
nach der amtlichen Schätzung auf ungefähr 25 000 Millionen  
Mark beläuft. Nur der 166. Teil des von deutschen Kapital-  
isten im Ausland angelegten Kapitals hat also nach  
20 Jahren kolonialpolitischer Tätigkeit und nach einer Aus-  
gabe von 1500 Millionen für unsere Kolonien in diesen  
Kolonien Anlagemöglichkeit gefunden! —

### Bündnispolitik oder Klassencheidung.

Genosse Dr. August Müller, Redakteur der Magdeburger  
„Volkstimme“, hat in der „Neuen Gesellschaft“ einen längeren Artikel  
„Kritisches und Antikritisches zu den Reichstags-  
wahlen“ veröffentlicht. Wir würden auf die Ausführungen des  
Genossen Müller, da sie neue Gesichtspunkte nicht enthalten, nicht  
eingegangen sein, wenn nicht die bürgerliche Presse Aus-  
züge aus dem Artikel brächte. Wir halten es deshalb  
für unsere Pflicht, unsere Leser wenigstens über die Kernpunkte  
der Ausführungen des Genossen Müller zu unterrichten. Genosse  
Müller schreibt:

Es wäre indessen falsch, die unerfreulichen Erscheinungen in  
der Parteigeschichte der letzten Jahre als des Übels Grund zu  
betrachten. Es sind nur Symptome, die Wurzel des Übels liegt tiefer.  
Es ist das Mißverhältnis zwischen den An-  
forderungen, die die praktische Tagespolitik an  
eine Partei mit drei Millionen Anhängern stellt  
und unserem tatsächlichen Einfluß, aus dem alle  
die Konflikte entstehen sind, deren Austrag oft in so wenig  
kameradschaftlicher Weise erfolgte. Den Weg, der uns aus dieser  
Konfusion herausführt, haben wir noch nicht gefunden, wir  
müssen ihn aber suchen, das Lebensinteresse der Partei  
fordert es, daß wir ihn finden. ... Wir haben jetzt  
wieder das traurige Bild erlebt, daß rund 80 Wahl-  
kreise der feudalen Reaktion ausgeliefert wurden, weil den  
liberalen Wählern der jüngerliche Vertreter vorwärtlicher  
Ideen näher steht als der Vertreter der Arbeiterklasse. Haben  
die Freisinnigen in Führung den Herrn v. Didenburg aber deshalb  
gewählt, weil sie im Grunde genommen ebenso reaktionär sind  
wie er oder sind sie wirklich liberale Leute, für die aber trotzdem  
der Junter das „kleinere Übel“ ist? Ist das erstere richtig,  
dann gehen wir trägen Zeiten entgegen, dann ist und bleibt  
die Arbeiterklasse auf lange Zeit hinaus zur voll-  
kommenen Einflußlosigkeit verurteilt, weil sie auf sich  
allein angewiesen nur von der Gnade der bürgerlichen  
Herren abhängt; sind die Liberalen aber nicht reaktionär, dann  
müssen wir uns fragen: Was ist zu tun, damit diejenigen  
Schichten der Bürgertums, deren politischer Weg eine ganze  
Weile neben dem unserer herläuft, so lange mit  
uns zusammenmarschieren, als ihr eigenes Interesse es erfordert?  
Man sage nicht, es sei nicht die Aufgabe der Sozialdemokratie,  
sich die Köpfe der Liberalen zu zerbrechen. Hier handelt es  
sich darum, was wir dazu beitragen können, daß der  
deutsche Liberalismus sich auf sich selbst besinnt, denn  
das ist das Problem unserer Zeit: der Sozial-  
demokratische Bündnisfähige und Bündniswürdige  
bürgerliche Parteien zu schaffen. Gelingt es, dann  
können wir bald ein schönes Bild vorwärts kommen, gelingt es  
nicht, nur dann müssen wir uns eben mit dem Gedanken vertraut  
machen, daß die Sozialdemokratie ganz allein auf sich angewiesen  
ist. Dann stehen drei Millionen gegen acht  
Millionen Wähler. Wenn das auch nicht einmütig auf  
uns wirken braucht; angenehmer und für die deutsche Arbeiterklasse  
erfolgsversprechender wäre es immerhin, wenn zu den drei  
Millionen im bürgerlichen Lager zu rechnen  
wären, die sich zu tatkräftiger politischer und  
sozialer Reformarbeit mit der Arbeiterklasse  
verbänden.

Genosse Müller hat hier ein Problem aufgeworfen, das selbst  
Herr Theodor Wirth durch die politische Entwicklung ein-  
zuleiten für erledigt hält. Selbstverständlich wäre es zu be-  
grüßen, wenn ein entschiedener Liberalismus eine Straße  
mit der Sozialdemokratie zusammen marschieren würde. Aber  
der Liberalismus hat selbst alle Brücken nach  
links abgebrochen. So lange Genosse Müller nicht mit  
konkreten Vorschlägen heraustritt, wie der Liberalismus  
wieder zur „Selbstbestimmung“ gebracht werden kann, liegt für uns  
keinerlei Anlaß vor, uns mit seinen Wünschen näher zu  
beschäftigen.

Widrigens begegnet sich auch Genosse Bernstein in dieser  
Frage durchaus mit unseren Ansichten. In einer Aufschrift an die  
„Volkstimme“, in der er sich gegen dort gegen ihn er-  
hobene Angriffe vermahnt, schreibt er:

„Speziell hinsichtlich der Frage, die Herrn Dr. Cohn am  
Herzen zu liegen scheint, habe ich erst in allerneuester Zeit  
Gelegenheit zu der Erklärung genommen, daß wir die schleichende  
Reaktion in Deutschland behalten werden, bis entweder ein in-  
erwartet eintretender „Kadaverabstich“ eine ganz neue Situation  
schafft, oder es gelingt, ein Verhältnis zwischen  
bürgerlicher Demokratie und Sozialdemokratie  
zustande zu bringen.“

Auf das letztere zu spezifizieren hat keinen Zweck. Das Zweite  
ist durch die Vorgänge bei den letzten stattgehabten Reichstags-  
wahlen, wo die bei und die bürgerliche Demokratie verteilten  
Parteien fast ausnahmslos den Anschlag nach rechts gesucht  
und den reaktionärsten der Reaktionen den Steigbügel gehalten  
haben, bis auf weiteres außerhalb des Gebietes  
der praktischen Politik gerückt worden.  
Was auf weiteres, das heißt unter anderem, bis inner-  
halb der freisinnigen Partei selbst gründlicher  
Wandel eingetreten sein wird. Ob und inwiefern  
die Sozialdemokratie an sich zu ändern hat, ist eine Frage, die  
ich es mir zum Grundsatze gemacht habe, nur in sozialdemokratischen  
Publikationen zu erörtern. Wohl so viel sei daher bemerkt, daß  
Kendierungen am Wesen der Partei als politische  
Vertretung der Arbeiterklasse und der aus der  
Klassenlage des Arbeiters sich ergebenden Grundzüge und

Forderungen nicht zu erwarten sind und selbst von weit-  
blickenden bürgerlichen Demokraten nicht erwartet werden dürfen.  
Denn es ist die Willensfrage der bürgerlichen Demokratie unserer  
Tage, der tiefere Grund aller ihrer Halbheiten und Verkäufereien,  
daß sie aufgehört hat und als bürgerliche Partei auf-  
hören mußte, ein stärkeres Klasseninteresse zu vertreten.  
Die Klassenparteien des Bürgertums sind heute, welchen Namen  
sie auch tragen, konservativ. Der Demokratie, dem  
vornwärts dringenden Radikalismus jene Festigkeit und Geschlossen-  
heit zu verleihen, die aus dem Bewußtsein eines Klassenkampfes  
sich ergibt, wie ihn in seinen heroischen Tagen der bürgerliche  
Liberalismus kämpfte, ist heute lediglich der Partei der Arbeiter-  
klasse möglich, weil alle Interessen der Arbeiter  
als Klasse an den politischen, wirtschaftlichen  
und allgemein kulturellen Fortschritt gebunden  
sind, sämtliche anderen Klassen aber heute in  
der einen oder anderen der hierhergehörenden  
Frägen ihre Vorbehalte zu machen haben.

Die Eigenart der Sozialdemokratie zu verstehen und sie nicht  
als „unheimliches Übel“, sondern als notwendige  
Tugend anzuerkennen und danach zu handeln, das muß die  
bürgerliche Demokratie lernen, wenn ein Verhältnis zwischen ihr  
und der Sozialdemokratie möglich sein soll. Sie muß es vor  
allem begreifen, es als einen Vorteil für ihre besten Ideale  
schätzen lernen, daß die Sozialdemokratie nicht, ohne sich selbst  
aufzugeben, davon ablassen kann, Partei des Friedens- und des  
freien Verkehrs zwischen den Kulturvölkern zu sein und alle  
nationalistischen Bestrebungen kapitalistischer Parteien unter diesen  
Gesichtspunkt zu behandeln.“

Genosse Bernstein bemerkt schließlich, daß er freilich zugeben  
müsse, daß er in Bezug auf eine Bündnisfähigkeit zwischen Sozial-  
demokratie und Freisinn von „zu optimistischen Auffassungen  
zurückgekommen“ sei.

Wir unsererseits haben solchen Optimismus niemals  
gehabt, wohl aber mit unserer Prognose der immer schärfer  
werdenden Klassencheidung recht beharrt!

Vermutlich wird auch Genosse Müller noch von seinem Optimis-  
mus gründlich geheilt werden. —

## Deutsches Reich.

### Freisinnige Fraktionsgemeinschaft.

In einer gemeinschaftlichen Sitzung der drei freisinnigen Fraktionen  
(Freisinnige Volkspartei, Freisinnige Vereinigung und Süddeutsche  
Volkspartei) wurde eine Fraktionsgemeinschaft dieser drei Gruppen  
beschlossen, bei der aber die Selbstständigkeit der einzelnen drei  
Fraktionen erhalten bleibt. Diese Fraktionsgemeinschaft soll namentlich  
in Betracht kommen bei der Stellung von Interpellationen, bei der Ver-  
tretung in den Kommissionen, bei sonstigen parlamentarischen Aktionen.  
Für diese Gemeinschaft wurde ein Ausschuss gewählt, der sich aus  
zwei Mitgliedern der Freisinnigen Volkspartei, einem Mitgliede der Frei-  
sinnigen Vereinigung und einem Mitgliede der Süddeutschen Volks-  
partei zusammensetzt. Vorsitzender dieses Ausschusses ist ein Ver-  
treter der Freisinnigen Volkspartei, der stellvertretende Vorsitzende  
wird aus der Freisinnigen Vereinigung oder der Süddeutschen Volks-  
partei genommen. Im übrigen wurde die weitere Durchführung der  
Frankfurter Beschlüsse beauftragt.

Von dem parlamentarischen Zusammenarbeiten der drei frei-  
sinnigen Parteien wird es abhängen, ob die Fraktionsgemeinschaft  
ich schließlich zu einer Verämbelung der Parteien verdrängt. So-  
fern nicht persönliche Eitelkeit in Frage kommt, dürfte diese  
Verämbelung nur eine Frage der Zeit sein. —

### Leutwein gegen die Verfassung der südwesafrikanischen Eingeborenen.

General Leutwein sendet an die. Mann über die Frage der  
Behandlung der Eingeborenen auf eine Anfrage, die jüngste Kritik  
seines Vorgehens betreffend, folgende Zeilen:

„Wer sich über das, was ich in der Tat in Bezug auf Ein-  
geborenenbehandlung anstrebe, Ausschlag verschaffen will, der möge  
so freundlich sein und einen Blick in mein Buch „11 Jahre Gouver-  
neur“, namentlich Seite 541, tun.“

Aber nicht nur dort, sondern auch in dem kritisierten Aufsatz  
selbst „Südwesafrika und der neue Reichstag“, im dritten Heft der  
„Halbmonatschrift „Weg“ habe ich klar zum Ausdruck gebracht,  
daß ich, nachdem wir da drüben 10—15 000 Soldaten stationiert  
haben, keineswegs die Fortsetzung einer Politik empfehle, die wir,  
bei einer Macht von 6—700 Soldaten haben einhalten müssen.  
Noch warne mich davor, daß wir der jetzt möglichen politischen  
Entscheidung der Eingeborenen auch die persönliche  
Eingeborenen und habe zu dieser Warnung, gestützt auf meine  
Erfahrung in Südwesafrika meine guten Gründe.

Wenn Sie selbst von Vorkommenden irgend welchen Gebrauch  
machen wollen, so stelle ich dies ergebenden anheim. Mit nachsichtiger  
Danke habe ich die Ehre zu sein.

Ihr Hochachtungsvoll aufrichtig ergebener  
Leutwein, Generalmajor a. D.

Wir fürchten, die koloniale Wunde Deutschlands wird  
über die schäblichsten Bedenken des ehemaligen südwesafrikanischen  
Gouverneurs triumphieren!

### Dernburgs Bilanzvergleichung.

Die „Freie Ztg.“ schreibt:  
Nach der Regierungsvorlage soll das Darlehen vom 1. April  
1911 ab mit 3/4 Proz. jährlich verzinnt und vom 1. April 1912  
ab nach einem vom Reichsanwalt aufzustellenden Tilgungsplan  
mit 1/2 Proz. jährlich getilgt werden. Die zur Verzinsung  
erforderlichen Beträge sind alljährlich in den Etat des südwest-  
afrikanischen Schutzgebietes aufzunehmen und zur Verzinsung aus  
den bereitgestellten Mitteln an das Reich abzuführen.“ Diese Be-  
stimmung klingt sehr schön, aber sie hat gar nichts zu  
bedeuten, so lange das südwestafrikanische  
Schutzgebiet noch Rußlands vom Reich erhält.  
In diesem Falle ist die Einstellung der Zinsen eine rein rechnungs-  
mäßige Prozedur und bedeutet nur, daß der Reichsschatz die Zinsen-  
summe aus seiner rechten in die linke Postenfalte stellt. Wahr-  
scheinlich aber nimmt die Kolonialverwaltung an, daß Südwesafrika  
spätestens vom 1. April 1911 ab auf eigenen Füßen stehen wird,  
so daß es die Zinsen auch wirklich aus den eigenen Einnahmen  
bezahlen kann. Wir gestatten uns, etwas weniger optimistisch  
zu sein, wollen uns jedoch freuen, wenn es sich nach vier  
Jahren wirklich herausstellen sollte, daß wir Schwarzseher ge-  
wesen sind.

Daß Südwesafrika auch in vier Jahren bei einer militärischen  
Ausgabe von jährlich 50 Millionen „auf eigenen Füßen“ stehen  
sollte, ist allerdings eine Annahme, die selbst der „Freie Ztg.“ zu  
überwiegend erscheinen muß! —

### Wahlprotest.

Wir erhalten folgendes Privattelegramm:  
Röln, 21. Februar. Gegen Trindorns Wahl Protest einzulegen,  
beschlossen der sozialdemokratische Verein und das Wahlkomitee in  
Röln. Der Protest wird gestützt auf die Wahlbeeinträchtigung, die der  
Oberbürgermeister durch seinen Plakatanschlag bei der Stichwahl ver-  
übt hat.

Unser Kandidat für Röln-Stadt, Genosse Hofmeister, erhielt  
bei der Hauptwahl 15 061, Trindorn 17 850 Stimmen; für die  
Nationalliberalen wurden 10 844 Stimmen abgegeben. Bei der  
Stichwahl wurde Trindorn mit 22 911 gegen 18 751 sozialdemo-  
kratische Stimmen gewählt. —

### Nach dem Blutbad die Hungernot!

Ueber unsere ostafrikanische koloniale „Kulturarbeit“ be-  
sichtigt die bürgerliche Presse:

Im ostafrikanischen Schutzgebiet sind infolge des Aufstandes recht missliche Verhältnisse für die Eingeborenen eingetreten. Nach Privatbriefen, aus denen die „Koloniale Vorkoloniale“ Mitteilungen macht, ist in einigen Distrikten eine förmliche Hungersnot ausgebrochen. So heißt es in Versichten aus dem Bezirk Ususi: Den ganzen Tag hört man das Wort: Naa (Hunger). Von Matengo haben die Leute zwar Mais herübergebracht, auch nach Veramibo. Aber was ist das für so viele! Die Leute können man dem Hund nach zur Arbeit haben, nur damit sie etwas Nahrung als Lohn erhalten. Man merkt aber bei der Arbeit, daß die Leute wirklich großen Hunger haben und entkräftet sind. Viele Leute werden krank, besonders die alten Leute und die kleinen Kinder. Viele leben nur mehr von Gras und Wurzeln wie das Vieh. Ein großer Teil der Leute ist fort in die Wildnis, um sich dort Gras und Kräuter zu suchen. Die Arbeiter wünschen ihren Lohn ausdrücklich teilweise in Mais. Aus dem Bezirk Matengo wird berichtet: Im Umkreise von weit über fünf Stunden ist kein Reis mehr aufzutreiben. Auf der Militärstation Mahenge kostet ein gekochenes Pfund Reis (drei Liter) 1,50 Rupee (2 M.) früher ein aufgehäuftes Pfund 10 bis 15 Heller. Mais dürfte an einigen Orten bald zur Nahrung kommen, so daß dort wenigstens für einige Zeit dem größten Hunger gewehrt ist. In Liganga haben die Leute schon etwas geerntet. Die Löwen bilden dort gegenwärtig eine schreckliche Plage. Täglich fallen ihnen Menschen zum Opfer. Auch zwei Schakale wurden angefallen. Das eine kam davon, das andere wurde zerissen. Ein Lehrer legte mit noch drei anderen mit Gewehren ausgerüsteten Männern den Tieren nach und erlegte eines. Im Mahengebezirk herrscht schrecklicher Hunger. Die Leute haben seit zwei Monaten keine andere Nahrung mehr, als was sie im Walde finden können: Gras, Wurzeln, Baumrinde, Käfer und Ameisen. Auf sechs bis acht Tagereisen im Umkreise ist rein nichts mehr aufzufinden.

Was die Kleinfamilien betrifft, holt also jetzt die durch den Krieg erzeugte Hungersnot hinweg! Koloniale Kulturverbreitung!

**Die Spandauer Waffendiebstähle.**  
Seit einem Jahre beschäftigen sich die deutschen Behörden mit dem umfangreichen Waffens- und Munitionsdiebstählen, deren Entdeckung seinerzeit Aufsehen erregte. Sowohl durch Zivil- als auch durch Militärgerichte sind in dieser Hinsicht eine ganze Reihe von Verurteilungen erfolgt. Nicht weniger als drei Wochen hindurch hatte sich das Wesener Landgericht mit den verzweigten Diebstahlsfällen in öffentlicher Verhandlung zu beschäftigen. Einen Ausschluß sollen die Richter vor dem Kriegsgericht der königl. Kommandantur in Spandau finden. Zeugoberleutnant Walter Poppe (geboren 1884) aus Berlin, der zuletzt im Artilleriepark in Spandau tätig war, hatte sich gestern vor dem Kriegsgericht zu verantworten. Soweit die Spandauer Fälle in Betracht kommen, gilt der Angeklagte geradezu als die führende Hand. Er arbeitete mit den Kolonnenführern Greffer, Gängel, Donath und Reubert zusammen. Die vier Erwähnten waren in der königl. Werkstätte in Spandau beschäftigt und haben bereits durch das Landgericht in Wesen ihre Urteile empfangen. Außer Donath, der zu einem Jahre und neun Monaten Gefängnis verurteilt wurde, wurden die Angeklagten freigesprochen, da ihnen strafbare Handlungen nicht nachgewiesen werden konnten. Auch der Händler Voll, der Hauptabnehmer des Poppe, wurde freigesprochen. Lediglich durch den Umstand, daß V. über seine Verhältnisse lebte und in große Geldverlegenheiten geriet, ließ er sich dazu verleiten, sich in die Waffenhändler einzulassen. Die Verhandlungen wurden schließlich vertagt.

**Deutsche Berufs- und Betriebszählung.**  
In dem laufenden Jahre soll eine neue Berufs- und Betriebszählung stattfinden. In dem darüber dem Reichstage vorgelegten Gesetzentwurf heißt es:

Im Jahre 1907 wird für den Umfang des Reichs eine Berufs- und Betriebszählung und in Verbindung damit eine Zählung der Personen, für die die der rechtsgesetzlichen Invalidentversicherung Beiträge entrichtet werden, derjenigen Personen, welche auf Grund der Reichsgesetze Unfall- oder Invalidenrente beziehen und der Witwen und Waisen vorgenommen.

Die vorliegenden Fragen dürfen sich, abgesehen von dem Personen- und Familienstande, nur auf die Berufsverhältnisse, und zwar bei Frauen unter achtzehn Jahren und Witwen auch auf diejenigen des verstorbenen Mannes beziehungsweise Ehemanns, und auf die sonstige regelmäßige Erwerbstätigkeit sowie auf die rechtsgesetzliche Invalident- und Unfallversicherung beziehen. Jedes Einbringen in die Vermögens- und Einkommensverhältnisse ist ausgeschlossen.

Wer die auf Grund dieses Gesetzes an ihn gerichteten Fragen unvollständig wahrheitsgemäß beantwortet oder diejenigen Angaben zu machen verweigert, welche ihm nach diesem Gesetz und den zur Ausführung desselben erlassenen und bekannt gemachten Vorschriften (§ 4) obliegen, wird mit Geldstrafe bis zu 30 M. bestraft.

Ein Bild aus dem christlichen Staate. In Köln wurde dieser Tage ein Mann in hilflosem Zustande auf offener Straße gefunden. Fuhrleute nahmen ihn auf ihren Wagen. Ehe jedoch Hilfe herbeigeholt werden konnte, starb der Mann. Wie es in dem Kölner Polizeibericht heißt, ist der arme Mensch einige Tage vorher als ungeheilt aus einem Kölner Hospital entlassen worden. Man hat den Mann also einfach seinem Schicksal überlassen.

Der Georg Bernhard hat seine von und abgelehnte „Erklärung“ nunmehr in der Donnerstags-Abendausgabe der „Koloniale Vorkoloniale“ veröffentlicht. Er schied ihr eine Einleitung voraus, die folgendermaßen lautet:

„Der Vorwärts“, das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, wird augenblicklich von einer Clique beherrscht, die die Schamlosigkeit besitzt, Parteigenossen, die sie in größter Weise unglücklich hat, die Möglichkeit zu rauben, sich durch eine Gegenerklärung im „Vorwärts“ vor der sozialdemokratischen Wählerschaft zu verteidigen. Ich bin deshalb zu meinem lebhaften Bedauern genötigt, diejenigen nicht sozialdemokratischen Blätter, die auch von Arbeitern und Angestellten gelesen werden, zu bitten, mir die Möglichkeit zur Rechtfertigung zu geben.“

Aus der sogenannten Erklärung, die in Wirklichkeit ein Sammelurteil von Beschimpfungen und Verdächtigungen gegen den „Vorwärts“, von Lügen, Unwahrheiten und Entstellungen ist, bemerken wir nur, daß Herr Bernhard ausdrücklich sagt, Herr Dr. Martin Cohn habe die Unterredung, die er mit Bernhard hatte, in dem „Vorwärts“, „höflich korrekt“ wiedergegeben. Alle Folgerungen, die wir aus der Veröffentlichung des Herrn Dr. Cohn gezogen haben, bestehen also zu Recht.

Wenn ein Parteigenosse sich durch den „Vorwärts“ ungerecht behandelt glaubt, so wendet er sich an die Parteinstanzen. Herr Bernhard läuft zur gegnerischen Presse. Vor kurzem noch wußte er den Weg zu den Parteinstanzen zu finden; seitdem sie aber seine Beschwerden über die „Vorwärts“-Redaktion abgewiesen haben, rechnet er sie offenbar auch zu den „Vorwärts“ beherrschenden „Clique“. Wie verhalten's ihm nicht, denn wenn man nicht Sozialdemokrat ist, wie soll man dann die Disziplin des Sozialdemokraten haben!

### Hausland.

#### Oesterreich.

Die Ausschreibung der Reichsratswahlen ist nunmehr erfolgt. Durch Rundmachung des Ministers des Innern ist als Hauptwahltag der 14. Mai, als Stichtag der 23. Mai festgesetzt. Nur für Galizien und Dalmatien sind andere Wahl-tage (14. Mai bis 7. Juni) bestimmt.

Unsere österreichischen Genossen stecken tief in der Wahlarbeit, Wäden ihnen recht viel Erfolge beschieden sein.

### Schweiz.

Die Anwesenheitsgebühren der Abgeordneten wurden durch Beschluß des Berner Landestags am Mittwoch mit 66 gegen 63 Stimmen von 7 auf 10 Frank pro Tag erhöht.

### Frankreich.

#### Das einzige Ministerium.

Paris, 20. Februar. (Fig. Ver.)

Die so spannungsvoll erwartete gestrige Kammer Sitzung hat geendet, wie diese angefangen: Schicksalstage in der Regel endigen mit einer solennen Lebenserklärung. Clemenceau hat nicht das Banner freidenkerischer Unentwegtheit ergriffen und seinem Kultusminister an den Kopf geschlagen, vielmehr sah er geduckt auf seinem Ministerplatz und nahm mit christlicher Geduld den Lohn hin, den Briand ihm überreichlich versetzte. „Eine Sühneleistung...“ so schreit heute Sembat in der „Humanité“. Briand hat Clemenceau den bitteren Trank der Neuen Tropfen um Tropfen schlürfen lassen. Mitten in seiner Siegreifrede ließ er einige Wendungen vom Stapel, die sichtlich vorbereitet und mit Liebe ausgefeilt waren. Die Rede ist ein Gericht, das fast genossen werden will. „Aber Clemenceau applaudierte Briands Rede! Denn die Minister waren „eintig“. — Einig, wie nur ein Usurpator mit dem gestürzten Herrscher sein kann, der abgedankt hat und ins Kloster geht. Wer hätte Clemenceau zugemutet, daß er sich für die Wändelgebilde reif finden würde.

Briand hat gestern nicht ein Jota von seinem kirchenpolitischen Programm ausgegeben: Die Kirchen für die Katholiken — heißt es. Nicht auch für schismatische Gemeinden und Freidenkervereine oder für Konzerte und Theateraufführungen. Die Kirchen für die Katholiken, mit oder ohne Kontrakt. Die Bürgermeister haben die Freiheit, einen Mietvertrag auf 18 Jahre — oder auch weniger — mit den Pfarrern zu schließen, ja — ihn auch ganz zu bezweigen. Aber dann können die Pfarrer die Kirche auf Grund des Gesetzes von 1907 für ihre gottesdienstlichen „Versammlungen“ beanspruchen, und die Bürgermeister haben in diesem Falle nicht einmal das Recht, Erhaltung- und Reparaturkosten zu fordern. — Diesen seinen Standpunkt hat Briand in einer überaus klugen und formell glanzvollen Rede dargelegt, und die Sozialisten zogen sich in ärmlich schlechter Ordnung zurück. Sie hatten nicht den Mut, die Verantwortung für die Vereinerung des kirchenpolitischen Konflikts und des Stodes der sozialpolitischen Gesetzgebung, die Briand seinen Gegnern zugeschoben hatte, auf sich zu nehmen.

Briand hat gestern also für seine Politik den Sieg erzwungen. Hat er aber das Ministerium gesund geredet? Das ist zu bezweifeln, auch wenn Clemenceau keinen Müßfall in unchristliche Ehrgeiz und Raubbau bekommen sollte. Clemenceau lebte ja nur von der allgemein verbreiteten Meinung, daß er unheimlich und gefährlich sei. Gestern aber hat es sich gezeigt, daß er überflüssig, ja schon überwunden ist!

### Italien.

Die Statuten des Stroma beschäftigte dieser Tage die Kammer. Auf die Interpellation des Abgeordneten Caballoni antwortete der Unterstaatssekretär Facta: Die Untersuchung sei im Gange, und es werde strenge Bestrafung der Schuldigen eintreten, der Verlust sei seines Postens entbunden; glücklicherweise sei Hoffnung vorhanden, die Verwundeten alle wieder hergestellt zu sehen.

Das ist alles recht schön und gut, macht aber die Greuel nicht ungeschöner und bietet keinerlei Gewähr dafür, daß sich ähnliche Dinge nicht wiederholen.

### England.

#### Die koloniale Konferenz.

London, 19. Februar. (Fig. Ver.) Mitte April werden die Premierminister und sonstigen Vertreter der selbständigen Kolonien zur 5. kolonialen Konferenz zusammenzutreten. Die Reichsregierung ist mit den Vorbereitungen beschäftigt, und sie verhandelt vor wenigen Tagen an die Kolonien eine Note, welche die vorläufige Tagesordnung enthält. Die Tagesordnung beruht zum größten Teile auf Anregungen aus kolonialen Kreisen, jedoch wird es den Konferenzteilnehmern gestattet sein, auch Gegenstände zu berühren, die in der Tagesordnung nicht vorgesehen sind. Die Beratungen werden etwa drei Wochen in Anspruch nehmen. Die wichtigsten Punkte der Tagesordnung sind: Die Errichtung eines ständigen Reichsrats der sich aus den Vertretern der selbständigen Kolonien und des Reichskolonialministers zusammensetzen soll; die Gründung eines Reichskolonialbüros; der Plan eines Reichsvorparates, das eine Reihe seiner Vorklagen, die Welt- und Schiffsverkehr, Bürgerrecht, Gerichtssachen, Patentangelegenheiten, Münze, Maß und Gewichte betreffen.

Die Adresse an den König wurde in der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag nach siebenstündiger Debatte vom Unterhause angenommen.

### Afrika.

#### Die Wahlen.

Johannesburg, 21. Februar. Nach den bisherigen Wahlergebnissen sind gewählt 18 Fortschrittler, 6 Nationalisten, 16 „Vollstimm“, 1 Unabhängiger und 3 Arbeiterparteil.

Zum Tode verurteilt wurden am Mittwoch, wie ein Telegramm aus Kimberley vom 20. v. M. meldet, der Transvaalbur Betreiter und seine Genossen, die Anfang November vorigen Jahres in den Nordwesten der Kapkolonie eingebrochen waren, Polizeistationen überfallen und einen Aufstand ins Werk zu setzen versucht hatten. Die Täter wurden zur Vergeltung empfohlen.

## Parlamentarisches.

Die Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion über die von Preußen geplante Einführung von Schiffsabgaben auf natürlichen Wasserstraßen lautet:

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß in Widerspruch mit Artikel 84 der Reichsverfassung und unter Verletzung internationaler Abmachungen die Einführung von Schiffsabgaben auf deutschen natürlichen Wasserstraßen durch den Bundesrat Preußen geplant ist? Was gebietet der Reichskanzler zum Schutz der Reichsverfassung und der durch Preußens Plan gefährdeten wichtigen wirtschaftlichen Interessen zu tun?

#### Entwürfe an den Reichstag.

Entwurf Gamp: Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen:

1. Die Bereinigung der Reichsversicherungs-gesetze (Krankenversicherungsgesetz, Unfallversicherungsgesetz, Invaliden- und Altersversicherungsgesetz) mit möglicher Beschleunigung zur Durchführung zu bringen.
2. Die Bereinigung, von welcher ab die Altersrente gewährt wird, von 70 auf 65 Jahre herabzusetzen und zur Bedingung der dadurch erforderlich werdenden Beitragszahlungen in erster Reihe die durch die Vereinfachung der Reichsversicherungs-gesetze zu erzielenden Ersparnisse an Verwaltungslosten zu verwenden.
3. Die obligatorische Renten-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung auf die Kleingewerbetreibenden sowie die Privatbeamten mit geringem Einkommen unter wesentlicher Beteiligung des Reichs an den Kosten dieser Versicherung auszudehnen.

Entwurf Graf v. Gomperz, Dr. Schäfer, Dr. Spahn, Gröber: Der Reichstag wolle beschließen: die verhandelten Regierungen um abschließende Vorlegung von Gesetzentwürfen zu ersuchen, welche bezwecken:

1. die Sicherung und den weiteren Ausbau des Koalitionsrechts der Arbeiter (§ 102 W.-D.);
2. eine auf freierlicher Grundlage aufgebaute Regelung der privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Verhältnisse der Berufsgenossenschaften aller Art;
3. die Errichtung von Arbeitsämtern zum freien und friedlichen Ausdruck der Wünsche und Beschwerden der Arbeiter;
4. die Sicherung und weitere Ausgestaltung der Tarifgemeinschaften zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

## Kommunales.

#### Stadtverordneten-Versammlung.

8. Sitzung vom Donnerstag, den 21. Februar, nachmittags 5 Uhr.

Die Verhandlungen werden vom Vorsitzenden Dr. Zangerhans nach 1/2 Uhr eröffnet. Ergänzwahlen an Stelle des verstorbenen Stadtv. Perle haben noch stattgefunden in den Ausschüssen für Unbesoldete und in dem Kuratorium der Stadtbibliothek und der Volksbibliothek und Besoldung. Gewählt wurden die Stadtv. Feuerstein und Labowitz, beide der Reuten Linken angehörend.

Auf Vorschlag des Stadtv. Cassel (N. L.) wird die Bericht-erstattung über die Vorlage betreffend die anderweitige Festsetzung der Besoldungsverhältnisse des Lehrpersonals an den Gemeindegemeinschaften vorweggenommen.

Referent ist der Stadtv. Rosenow (N. L.): Die letzte Vorlage des Magistrats ist vom Ausschusse ebenfalls angenommen worden wie die früheren; es hat sich aber bei der Beratung auf allen Seiten das Bestreben gezeigt, endlich einmal mit dieser leidigen Angelegenheit zu einem positiven Abschluß zu kommen, und es ist schließlich einstimmig der Beschluß gefaßt worden, der Verammlung vorzuschlagen, das Grundgehalt nach dem Wunsche des Magistrats auf 1400 M. zu normieren und 10 Alterszulagen beizubehalten, diese aber auf 200, 200, 300, 200, 200, 200, 200, 200, 200 M. zu bemessen.

Stadtv. Cassel: Wir werden dem Ausschussvorschlages beitreten, da nur auf diesem Wege eine Einigung möglich erscheint und anerkannt werden muß, daß auch der Magistrat Entgegenkommen gezeigt hat. Es ist eine sehr erhebliche Verbesserung der Gehälter der Volksschullehrer erreicht worden; die Lehrer erhalten binnen zwei Jahren Zulagen von 350, 250 oder mindestens 200 M. pro Jahr.

Stadtv. Singer: (Soz.): Wir stimmen dem Ausschussantrage zu, bedauern aber ebenfalls, daß nicht mehr hat erreicht werden können und eine gewisse Verkürzung der Alterszulagen hat ein-treten müssen. Aber auch wir freuen uns, daß dieser langwierige Streit mit dem Magistrat jetzt anscheinend endgültig aus der Welt geschafft werden soll. Wir erwarten, daß die Nachzahlung der Gehälter vom 1. April 1906 ab erfolgen wird.

Stadtv. Kreising (N. L.): Damit die Sache endlich erledigt wird, stimmen auch wir für den Ausschussantrag; wir hoffen, daß auch eine Zeit kommen wird, wo die älteren Lehrer wieder besser bedacht werden können.

Stadtv. Wommsen (Fr. Fr.): Wir freuen uns, daß durch die Nachgiebigkeit des Magistrats die Angelegenheit jetzt endlich abgeschlossen werden wird.

Oberrürgermeister Kirchner: Ich kann namens des Magistrats die Zustimmung zu den Ausschussanträgen erklären. Daß die Nachzahlung vom 1. April 1906 gerechnet werden wird, ergibt sich aus der Vorlage.

Darauf gelangen die Ausschussanträge einstimmig zur Annahme.

Stadtv. Liebenow (N. L.) berichtet über die Vorlagen betreffend die Einstellung eckhöher und neuerer Zuwendungen an gemeinnützige Vereine, Anstalten usw. in den Etat für 1907. Die Magistratsvorschlüsse sind vom Ausschusse einstimmig gutgeheißen worden. Nur bezüglich der Zuschüsse für den „Verein zur Förderung der Kleinkinder-Verwahranstalten“ und für den „Zentralverein für Arbeit-nachweil“ soll es bei der bisherigen Höhe der Zuwendungen (3000 bzw. 4000 M.) verbleiben, während der Magistrat 5000 und 4500 M. beantragt hatte.

Aus der Versammlung wird die Bewilligung der höheren Summen beantragt; Stadtv. Rosenow will den Zuschuß für den Zentralverein sogar auf 50000 M. erhöhen.

Stadtv. Dr. Habel (Soz.): Wenn gegen die Finanzabgabeung des Vereins zur Förderung der Kleinkinder-Verwahranstalten Bedenken erhoben worden sind, weil er kapitallos als Reserve thesauriert, so kann man das alles gelten lassen, braucht aber doch nicht den Antrag abzulehnen, die städtische Beihilfe von 3000 auf 5000 M. zu erhöhen. Weiter ist das Verfallungsmitglied, welches in dem Vorstand des Vereins sitzt, nicht im Ausschusse erschienen, um Aufklärungen zu geben. Wir haben es hier aber mit einem Verein zu tun, welcher in gemeinnützigster Weise über zwei Menschenalter hindurch die Kinder, welche tagsüber von ihren Müttern ohne Aufsicht gelassen werden müssen, beherbergt und versorgt. Der Verein ist an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt. Mehrere Unterkunftsräume bedürfen der Erneuerung und die Mittel zur Verpflegung der Kleinen reichen nicht mehr hin, so daß in letzterem Punkte geradezu wahrhaft jämmerliche Zustände herrschen. In einer Anstalt sind einmal nicht als ein Einzeln Kind, sondern als Verpflegung für diese Kleinen und Kleinsten Kinder für den ganzen Tag zu verpflegen. Um hier eine Ver-wahrlosung zu verhindern, sollte die Erhöhung der Subvention be-willigt werden. Ich identifiziere mich gewiß nicht mit diesem Verein, dessen Vorstand aus Pastoren und Abbeien besteht und der gewiß auch sehr in Patriottismus macht, aber er hat sich jahrzehnt-lang um die Versorgung von Kindern bemüht, welche sonst ganz verwaist worden wären.

Stadtv. Ramlau: Es handelt sich hier um einen eminent sozialpolitischen Gesichtspunkt. Von Unklarheit der Finanzabgabeung kann nicht mehr geredet werden; die Klarstellung ist erfolgt, das neue Ergebnis hat nur nicht befriedigt, weil immer noch eine besondere Reserve für die Häuserverwaltung vorhanden ist. Den Verein zwingen, auch diese Reserven für den gemeinnützigen Zweck zu verwenden, das können wir nicht. Seit 70 Jahren ist der Verein tätig; gegenwärtig verpflegt er 2900 Kinder, wofür er 43000 M. braucht. Ziehen wir unsere Hand zurück, so wird nicht der Verein, sondern so werden die Kinder gekraft.

Stadtv. Gerde (Fr. Fr.) tritt für die Erhöhung der Sub-vention ein. Der Verein habe zwei eigene Häuser und es sei ganz richtig, daß er eigene Grundstücksverwaltung treibe. Risto-räume für die Zwecke der Kleinkinder-Verwahranstalten seien sehr schwer zu erlangen. Anmeldungen von Kindern lägen bis zu 10000 vor. (Sitz hört!)

Stadtv. Wallach (N. L.): Wir haben die Erhöhung schon im vorigen Jahre abgelehnt, und es hat sich seitdem nichts geändert. Wenn die Kost tatsächlich ist, wäre das doch gerade ein Grund für die Ablehnung der Unterstützung. Wenn der Verein die Erträge aus seinen Grundstücken annehmen will, um eventuell Hypotheken-ausfälle zu decken, statt diese Gelder auch dem Vereinsschatz zu-zuführen, so können wir nicht für höhere Subvention sein.

Stadtv. Rosenow tritt für die Erhöhung ein.

Stadtv. Zobel: Ich habe nur gesagt, daß bei einer meiner Besuchen bei der Stadtv. überall da, wo die Subventionen hingibt, auch das Recht und die Pflicht der Kontrolle über deren Ver-wendung.

Die höhere Summe von 5000 M. wird mit großer Mehr-heit bewilligt.

Der Referent führt aus, daß die Erhöhung der Subvention für den „Zentralverein für Arbeitsnachweis“ von diesem ursprünglich auf 20 000 M. beziffert war, wovon 10 000 M. für die Verlegung des Dienstbotenbüros von der Gormannstraße in eine geeignetere Gegend, 5000 M. zur Errichtung von Hocharbeitsnachweisen für gelernte Arbeiter und 5000 M. zur Deckung eines Defizits von 1800 M. sowie zur Erhöhung von Beamtengehältern dienen sollen. Der Magistrat habe nur die letzten 5000 M. zu bewilligen beantragt. Der Ausschuss habe auch diesen Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt, weil das Bedürfnis bestritten wurde; eventuell könne man ja die Bestimmungen über die Beitragserhebung abändern.

Von den Stadtv. Singer u. Gen. (Soz.) wird der Antrag eingebracht, den Magistrat zu ersuchen, die Uebernahme des Nachweises auf die Stadt in die Wege zu leiten.

Stadtv. Rosenow bringt eine Resolution ein, wonach die Versammlung die Bewilligung der gesamten vom Verein geforderten Beträge empfiehlt.

Stadtv. Glade (Soz.): Der „Zentralverein“ verdient in allererster Linie eine städtische Unterstützung. Wir werden für die höhere Summe nach dem Magistratsantrag und jedenfalls auch für den Antrag Rosenow stimmen. Welche Aufgaben auf diesem Gebiete noch zu lösen sind, lehrt ein Blick auf die Stätten, an welchen nachmittags ein Arbeitsmarkt herausgegeben wird, wo sich da die Leute zu Hunderten drängen und dann nach Arbeit rennen. Die Ausgabe von 20 Pf., welche im „Zentralverein“ gezahlt werden muß, ist für eine große Zahl der Arbeitslosen auch noch zu viel. Es ist geradezu unverständlich, von welchen Erwägungen die Ausschussmehrheit ausgegangen ist, um die Erhöhung der Subvention für überflüssig zu erklären. Es hat sich sogar schon ein preussischer Minister mit Vorschlägen zur Reform der Arbeitsvermittlung befaßt! Außerdem sind von zahlreichen Kommunalen ähnliche Maßnahmen getroffen worden. Da ist es doch unerhört, daß unser Ausschuss eine solche ablehnende Stellung eingenommen hat. Bei jeder Neuerrichtung einer Maschine werden doch abermals Arbeitskräfte arbeitslos; auch diese Erscheinung drängt mit Macht dazu, die Arbeitsnachweise zu organisieren. Die private und kommunale Tätigkeit auf diesem Gebiete ist namentlich in Süddeutschland auch von den Staatsbehörden unterstützt worden. Der in Berlin errichtete Arbeitsnachweis hat sich ebenfalls bewährt und der Verein sich mit der Gründung ein Verdienst erworben. Die Kämpfe um den Besitz des Nachweises sind in Industriezentren wie Berlin nur zu sehr erklärlich. Derjenige Faktor der Organisation, der den Nachweis im Besitz hat, kann ja auch einen Druck auf die Gestaltung des Arbeitsmarktes, der Lohn- und Arbeitsbedingungen ausüben. Der Verband der Metallindustriellen läßt mit dem größten Terrorismus den von ihm errichteten Arbeitsnachweis wirken, indem er auch auf die Gewinnung der Arbeiter Einfluß zu gewinnen sucht, ein Terrorismus, gegen den der angebliche sozialdemokratische Terrorismus der Arbeiterorganisationen ein Kinderspiel ist. (Rufe: Na! Na!) Der große Bierkrieg von 1894 endete doch mit dem Zugeständnis eines paritätischen Nachweises an die Brauer. Ich verweise ferner auf den Kampf in der Holzindustrie; eine Verwunderung über meine Ausführungen ist also gar nicht angebracht. Die paritätischen Nachweise haben zum Besten beider Teile gewirkt. Die Innungsnachweise werden einseitig im Interesse der Arbeitgeber gehandhabt, so bei den Wäldern, Schlächtern, ganz abgesehen vom Gastwirtsgerwerb. Unbedingt muß eine Stadtverwaltung wie die Berliner hier eingreifen. Das Richtige wäre eine kommunale, zentralisierte Arbeitsvermittlung; wir beantragen daher, den Magistrat zu ersuchen, den Nachweis von Stadtwegen zu organisieren, wie derartige kommunale Einrichtungen in Süddeutschland, aber auch in Preußen und Sachsen bereits bestehen. Ein solcher Antrag würde nur nachholen, was Berlin bisher auf diesem Gebiete verfehlt hat. Dem städtischen Arbeitsnachweis würde sich notwendig eine umfassende Statistik anschließen. In der Wahlbewegung hat man immer gehört, die Sozialdemokratie sei unfruchtbar, die liberalen Parteien allein seien zu positiver Arbeit fähig. Ist das wahr, so müssen Sie heute unseren Antrag annehmen! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Rosenow: Wir können vom Terrorismus der Arbeiterverbände ein anderes Bild fassen. Dieser Terrorismus ist unerträglich geworden. (Beifall bei der Mehrheit; Lachen bei den Sozialdemokraten.) Redner tritt dann für seinen Antrag ein, den Magistratsantrag anzunehmen und sodann den Magistrat in einer Resolution zu ersuchen, auch die weiter geforderten 15 000 M. zu bewilligen, wobei er hauptsächlich auf die Dienstbotenmisere und die verwerflichen Praktiken der Vermietungskontore eingeht. Außerdem spricht er sich lebhaft gegen die Verstaatlichung des Arbeitsnachweises aus, die zu kostspielig und der Privatindustrie nachteilig wäre.

Stadtv. Dr. Ritter (Fr. Fr.) ist auch nicht für die Verstaatlichung, aber für die Bewilligung der 5000 M. nach der Vorlage. Allerdings hätte er die Erörterung der ganzen Frage in einem Ausschuss gern gesehen.

Stadtv. Dr. Nathan (Soz.-fortschr.) tritt dem Kollegen Rosenow bei; auch er kann in der Uebernahme des Nachweises auf die Stadt keinen Vorteil erblicken, da der Nachweis vorzüglich funktioniert.

Stadtv. Kamelow: Der Magistrat wünscht auch die Uebernahme nicht; die Konsequenz davon ist, daß er dafür sorgen will und muß, daß die Existenz des jetzt gut verwalteten Vereins sichergestellt wird. In diesem Sinne empfiehlt er die Bewilligung von 5000 M.

Damit schließt die Erörterung. Die Mehrheit nimmt den Magistratsantrag und die Resolution Rosenow an; der Antrag Singer wird abgelehnt.

Auf Antrag des Stadtv. Singer wird jetzt die Vorlage betreffend den Bau der beiden nördlichen städtischen Straßenbahnlinien sowie die nachträgliche Bewilligung von 10 000 M. für die Kosten weiterer Vorarbeiten beraten. Ueber den Inhalt dieser Vorlage haben wir seinerzeit ausführlich berichtet.

Von der Alten Linken ist Ausschussberatung beantragt.

Stadtv. Singer: Wie ich höre, ist ein Antrag auf Ausschussberatung gestellt. Ich würde bitten, die Vorlage ohne Ausschussberatung anzunehmen. Die Vorlage ist eingehend in der Verkehrsdeputation beraten worden; es handelt sich jetzt darum, daß endlich einmal die Stadt anfängt, eigene Straßenbahnen zu bauen. Ich trage der Geschäftsstelle Rechnung und verzichte auf lange Ausführungen, aber ganz kurz muß doch noch darauf hingewiesen werden, daß die Gormannstraße, die vielfach in der Öffentlichkeit, bei Behörden und im Abgeordnetenhaus der Stadt Berlin gemacht werden, daß die Stadt zu faulem sei mit der Anlage neuer Verkehrsmittel, durchaus unzureichend sind. Man braucht nur die Vorlage zu lesen und zu beachten, daß die Antworten der Aufsichtsbehörden Monate und Jahre lang haben auf sich warten lassen. Jener Vorwurf trifft also lediglich die Aufsichtsbehörden. Ein charakteristisches Beispiel wird durch die Vorlage auf die Art gegeben, in der die Aufsichtsbehörde mit der Stadt verhandelt. Das Polizeipräsidentium verlangt an einer Stelle die Mitbenutzung einer städtischen Straße, um sie an Unternehmer zu verleihen, die ihm als passend für solche Unternehmungen erscheinen, also an die Konzeptionsbedingungen zu knüpfen, welche ihm ganz außerhalb seiner staatlichen Zuständigkeit die Verfügung über städtisches Eigentum überlassen an Privatunternehmer zur Mitbenutzung. Das muß hervorgehoben werden; dieses eine Beispiel beweist, mit welchen Schwierigkeiten Berlin bei seinen Verkehrsanlagen zu kämpfen hat. Nachdem die Dinge soweit gediehen sind, daß die Frage der Südbahn noch von einem schiedsgerichtlichen Ausspruch abhängig ist, wobei wir ein Schiedsgericht anrufen müssen wegen des Umstandes, daß die „Große“ der Meinung ist, daß sie die Verpflichtung der Mitbenutzung von 400 Meter nicht zu erfüllen braucht, weil die geplanten Linien den ihrigen angeblich Konkurrenz machen, außerdem Schaden-

ersch von 50 000 und 12 000 M. pro Jahr beansprucht. Es macht einen eigentümlichen Eindruck, wenn uns der Polizeipräsident so oft auffordert, die Verkehrsangelegenheiten in gütlichem Einvernehmen mit der „Großen“ zu regeln. Ich wünsche, er hätte mit diesem Kontrahenten zu tun! Die Nordlinien müssen wir, durch das Vorgehen der „Großen“ gezwungen, in dieser Tragweite verändern. Nach fast allgemeiner Meinung ist die neue Trasse vorteilhafter, weil sie uns mit dem Viehhof in direkte Verbindung bringt. Alles in allem wird Ausschussberatung überflüssig sein. (Beifall.)

Stadtv. Staji (A. L.): Wir wollten der Vorlage keine Schwierigkeiten machen, sondern hielten für nötig, in einem Ausschuss nochmals das Verhältnis zur „Großen“ zu erörtern, sowie das Novum, welches in dem erwähnten Verlangen des Polizeipräsidenten liegt. Auf den Wunsch aller übrigen Fraktionen ziehen wir aber diesen Antrag zurück.

Stadtv. Rosenow: Ich freue mich über diesen Entschluß. Im Abgeordnetenhaus habe ich heute das Ministerium ersucht, die Verhandlungen mit der Stadt zu beschleunigen und nicht ferner die Verhältnisse immer unter dem Gesichtspunkt der Rücksicht auf die „Große“, eine Privatgesellschaft, zu betrachten. Für zwei Linien haben wir die Genehmigung; verlieren wir keine Zeit! (Beifall.)

Nachdem noch Stadtv. Kallmann (Fr. Fr.) sofortiger Erledigung zugestimmt hat, wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Von dem Magistrat vorgeschlagenen Ankauf eines Schulgrundstücks in der Genter Straße (das Terrain von ca. 4800 Quadratmetern gehört der Bodenaktiengesellschaft Berlin-Nord und der Quadratmeter soll 88 M. kosten) ist von dem eingesehenen Ausschuss als zu teuer und unvorteilhaft einstimmig abgelehnt worden. Ohne Debatte tritt das Haus nach dem Referat des Stadtv. Wallach diesem Beschlusse bei.

Aus den Anträgen Kallmann (Fr. Fr.) auf Beschaffung von 2 Automobilen für Zwecke der städtischen Verwaltung und Arons (Soz.) betr. die Anschaffung von Fahrrädern auf den Straßenbahnen für die Mitglieder der beiden städtischen Behörden sind folgende Ausschussanträge hervorgegangen:

1. Die Versammlung ersucht den Magistrat um eine Vorlage behufs versuchsweiser Beschaffung von 1 oder 2 Automobilen zur Verfügung des Magistrats.

2. Gleichzeitig wird der Magistrat ersucht, im nächsten Etat Mittel bereit zu stellen, um für die Mitglieder der Versammlung und des Magistrats Fahrräder auf den Straßenbahnen anschaffen zu können.

Ueber die beiden Punkte wird gesondert diskutiert. Der erste Antrag wird nach dem Referat des Stadtv. Kallmann mit der vom Stadtv. Lamberg (A. L.) beantragten Modifikation angenommen, daß die Worte „oder 2“ gestrichen werden.

Die Versammlung wendet sich dann zum Ausschussantrag über den Antrag Arons.

Stadtv. Kallmann referiert, daß der Antrag seit 2 Jahren bereits zweimal abgelehnt sei, daß man aber diesmal im Ausschuss Rücksicht genommen habe auf die Wünsche einer großen Anzahl von Herren der Versammlung, da man ja auch bisher schon bare Auslagen für Fahrten usw. liquidieren konnte.

Stadtv. Haberland (A. L.): Ein großer Teil meiner Freunde wird den Antrag ablehnen. Wenn es auch selbstverständlich ist, daß jeder Stadtverordnete seine bare Auslagen liquidieren kann, so halten wir es für ebenso selbstverständlich, daß kein Stadtverordneter darüber hinaus einen Vorteil in seiner Amteigenschaft haben soll. (Choi!) Das würde aber geschehen, wenn man die Karte jeden Tag benutzen könnte, nicht bloß an den Tagen und zu den Zwecken, die mit der Stadtverordnerei verbunden sind zusammenhängen. Ich bitte, den Antrag abzulehnen.

Stadtv. Borgmann (Soz.): Herr Haberland wird zugeben müssen, daß es außerordentlich peinlich ist, die einzelnen Auslagen hier zu liquidieren, wodurch außerdem noch eine große Menge von Schreibarbeit entsteht. Gerade unter den Freunden des Herrn Haberland sind viele Herren, die sie nicht zu liquidieren brauchen — aber sie sind selbst im Besitze eines Automobils (Heiterkeit), aber Herr Haberland muß doch auch an den großen Kreis denken, denen die Kosten nicht zugemutet werden können. Ich bitte, den Ausschussantrag anzunehmen, da die Forderung eine Forderung der Gerechtigkeit ist, die die Stadt auch nicht vertragen wird.

Stadtv. Bamberg (A. L.): Zu meinem Bedauern bin ich mit meinem Freunde Haberland nicht einverstanden. Nicht alle Leute können in das große Portemonnaie greifen. Wir können nicht neben unserer angestrengten Tätigkeit als Stadtverordnete auch noch pekuniäre Opfer bringen. Die Reichstagsmitglieder haben ebenfalls freie Fahrt, auch dann, wenn der Reichstag verlagert ist. Ich bitte, den Ausschussantrag anzunehmen.

Stadtv. Jacobs (A. L.) ist der Meinung, daß der Antrag wie vorliegend nicht angenommen werden könne. Von den eventuell erforderlichen 42 000 M. würde doch nur der vierte Teil ausgenutzt werden; so dürfte die Stadt das Geld nicht fortwerfen.

Stadtv. Haberland: Die Kollegen haben mir mein Automobil vorgeführt (Choi und Heiterkeit). Ich stehe auf dem Standpunkt, daß jeder seine Auslagen liquidieren kann; über die angeregte Beschränkung des Abkommens auf 2 Linien läßt sich reden.

Stadtv. Labowitz (A. L.) stellt den Antrag, der Magistrat möge mit der Straßenbahngesellschaft wegen eventueller Verbilligungen verhandeln.

Stadtv. Rosenow spricht sich kurz für den Ausschussantrag aus.

Stadtv. Singer: Der Eindruck des Antrages Labowitz, der Verhandlungen mit der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft vorschlägt, kann nur dadurch paralysiert werden, daß die Versammlung den Antrag einstimmig ablehnt (Allgemeine Zustimmung).

Niemand von uns ist es eingefallen, Herrn Haberland sein Automobil vorzuwerfen, das wäre auch bei der Gastfreundschaft, die Herr Haberland mit seinem Automobil übt, ein Unrecht. Aber wollen Sie dadurch, daß eine große Anzahl der Herren nicht in der Lage ist, auf die Auslagen zu verzichten zu können, Stadtverordnete I und II. Klasse schaffen? (Anruhe.) Es wird gesagt, daß die dafür ausgeworfenen Mittel nicht ausgenutzt würden, aber andererseits kann ich mir sehr gut denken, daß viele Kollegen durch den Besitz einer solchen Fahrkarte viel öfter zu Fahrten in Ausübung ihrer Tätigkeit als Stadtverordnete sich veranlaßt fühlen könnten. Ich bitte, den Ausschussantrag anzunehmen.

Stadtv. Labowitz bleibt dabei, daß man der „Großen“ mit den Abkommensbedingungen ein Gesicht mache. Es liege ihm ganz fern, die Versammlung zu animieren, bei der „Großen“ zu petitionieren; wohl könne man aber auf einen minderen Preis dringen.

Stadtv. Cassel bittet den Kollegen Labowitz, den Antrag zurückzugeben, da er Missverständnissen ausgesetzt sein könne. Den Ausschussantrag bekämpft Redner besonders mit dem Argument, daß die Analogie mit den Reichstagsmitgliedern nicht zutreffend sei. Stadtverordnete erster und zweiter Klasse durch den Hinweis auf die Berechtigung zur Liquidierung schaffen zu wollen, liege ihm ganz fern. Man dürfe nicht mehr Geld ausgeben, als notwendig sei, namentlich nicht aus bloßer Courtesy. (Die Versammlung wird allmählich so unruhig, daß die Redner sich nur noch schwer verständlich machen können.)

Stadtv. Wallach plaidiert für den Ausschussantrag mit Ausführungen, die Stadtv. Cassel sofort wieder für seinen Standpunkt zu verteidigen sucht.

In namentlicher Abstimmung wird der Ausschussantrag mit 76 gegen 24 Stimmen angenommen.

Es ist inzwischen 9 Uhr geworden. Eine längere Geschäftsordnungsdebatte entspinnt sich, ob verlagert oder fortgearbeitet werden soll. Die Versammlung fährt in der Beratung der Tagesordnung fort; es wird noch eine Reihe von Gegenständen minderer Bedeutung erledigt.

Die Vorlagen betreffend die Abänderung der Straßenanlege behufs Verlängerung der Pullichstraße über den Bahnhof Moabit bis zur Straße 30 Abt. VIII sowie zur Verfestigung einer Mischlinie vor der Einmündung der Pullichstraße in die Straße 30, sowie betreffend die

Erbauung einer Ueberführung der verlängerten Pullichstraße über den Bahnhof Moabit und einer im Zuge der Führerstraße über den Spandauer Schiffskanal führenden Straßenbrücke werden nach Ablehnung eines Antrages Dinsch (Soz.) auf Ausschussberatung nach kurzer Debatte unbeschadet genehmigt.

Die Petition der Kasse der Straßenreinigung um Gehaltsaufbesserung, Festsetzung eines Nebenlohnbeitrages und Einrichtung eines periodisch wiederkehrenden dienstfreien Tages wird bezüglich des letzten Punktes dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen; im übrigen geht das Haus zur Tagesordnung über.

Gegen 10 Uhr muß die Sitzung abgebrochen werden, da Beschlußfähigkeit eingetreten ist.

## Soziales.

### Dienstbotenlos.

Was sich ein Dienstmädchen alles gefallen lassen muß, zeigte eine Verhandlung vor dem Schöffengericht in Frankfurt a. M. Angeklagt war die Hebamme und Schumanns-Gefrau Elisabeth Kenel. Es wird ihr zur Last gelegt, ein Dienstmädchen gegen seinen Willen körperlich unterworfen, wörtlich und tätlich beleidigt zu haben. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Der Anklage liegt folgendes zu Grunde: Das betreffende Dienstmädchen schloß sich am Sonntag, den 28. Oktober 1906, nicht wohl und teilte ihrer Herrschaft auf einem Zettel mit, daß es den Sonntag über in seiner Manfarde bleiben würde. Am demselben Abend wurde nun das Mädchen von der Hebamme Kenel, die von der Herrschaft herbeigeholt wurde, einer gewaltsamen Unterwerfung unterzogen. Das Mädchen setzte sich heftig zur Wehr, die Hebamme überwältigte sie jedoch und betastete es in der rücksichtslosesten Weise. Als Kerzenhalter fungierte bei dieser empörenden Handlung ein Schumann, der zur Hilfe herbeigeholt worden war. Er habe aber — so sagt er — bei der Unterwerfung kein Gesicht abgewandt. Die Hebamme stellte auf Grund der Unterwerfung fest, das Mädchen habe heimlich geboren und das Kind bei Seite geschafft. Auf ihre Veranlassung wurde nun das Mädchen nach der Entbindung ins Gefängnis gebracht. Hier wurde aber festgestellt, daß das Mädchen niemals geboren hatte und auch nicht in anderen Umständen war. Der Chefarzt der Entbindungsanstalt sprach seine schärfste Mißbilligung über diese Art der Unterwerfung eines unbescholtene Mädchen aus.

Das Gericht nahm tätliche und wörtliche Beleidigung und Nötigung an. Es verurteilte die Hebamme wegen der dem Mädchen zugefügten Kränkung zu der geringen Geldstrafe von 50 M., und wegen Uebertretung der Hebammenordnung zu 20 M. Geldstrafe. Der Rechtsanwalt hatte einen Monat Gefängnis beantragt.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Sum Untergang des Dampfers „Berlin“.

Hoel van Holland, 21. Februar. (B. Z. B.) Um 4 Uhr ging das Rettungsboot von neuem in See, es war aber alles vergebens. Bisher sind ungefähr 30 Leichen geborgen. Bekannt sind die Leichen von A. Krüger aus dem Haag, van Ramotte, Anderson und Patriks nebst Sohn, alle aus Hamburg, sowie die Leichen von fünf Mann der Besatzung. Um vier Uhr sind tausende von Zuschauern. Die Lage des Schiffes ist noch unverändert. Der Minister für Arbeit, Industrie und Handel sandte gleich bei der ersten Nachricht von der Katastrophe der „Berlin“ den Schiffsarztinspektor nach Hoel van Holland, um sich über die Größe des Unglücks auf dem Laufenden zu halten.

Hoel van Holland, 21. Februar. (B. Z. B.) Der Kapitän Parleson aus Velsaft, welcher allein von den an Bord der gestrandeten „Berlin“ befindlichen gewesenen Personen gerettet wurde, war auf der Reise nach Amsterdam, um dort ein Schiff für seine Reeder zu übernehmen. Er erzählte, die Nacht sei schrecklich gewesen, in seiner eigenen Laufbahn als Seemann habe er wenig ähnliche erlebt. Er hätte sich deshalb vollständig beseitigt befähigt auf dem Oberdeck aufgehalten. Das Leuchtfeuer war, wie Parleson erzählt, schon in der Nähe gewesen, und die Passagiere, von denen sich die meisten wegen des Sturmes nicht zur Ruhe begeben hatten, schöpften schon wieder Hoffnung, da erfolgte die Katastrophe. Es wurde ein suchbarer Stoß verspürt und plötzlich sah das Schiff unbeweglich fest. Parleson stürzte auf Deck, um seine Hüfte anzubieten, da er Seemann ist; aber in dem Augenblick sah er den Kapitän und den Steuermann im Wasser verschwinden. Was dann geschah, weiß Parleson nicht genau. Als er wieder zum Bewußtsein kam, fand er sich im Meer, von Holzstücken umgeben. Er ergriff einige von ihnen, und es gelang ihm auch, sich über Wasser zu halten. Als er ein Rettungsboot sah, rief er um Hilfe. Dann wurde er nach dem Wohnhof geschafft und von dort nach dem Hotel. Parleson muß ungefähr eine Stunde in dem tobenden und eisigen Wasser gewesen sein. Tief ergriffen erzählt er noch Einzelheiten darüber, wie er etwa 100 Menschen auf dem Vorderdeck des Oberdecks stehen sah, ehe er von den Bogen fortgerissen wurde.

### Weitere Schiffskatastrophen.

Guzhaven, 21. Februar. (B. Z. B.) Heute vormittag sank der Bremerhavener Schlepper „Neufahrwasser“ infolge Zusammenstoßes mit dem Kreuzer „Medusa“. Es sind ertrunken der Kapitän, der erste und der zweite Maschinist, der Steuermann und ein Feiger. Vier Mann der Besatzung wurden von dem Schlepper „Terschelling“ schwerverletzt nach Guzhaven gebracht. Ein Mann der Besatzung wurde von der „Medusa“ gerettet.

### Bergmannslos.

Frag, 21. Februar. (B. Z. B.) Wie die Abendblätter aus Bräu berichten, wurden auf dem Johannisbache der Gewerkschaft der „Brücker Hohlwerke“ vier Bergleute beim Niederbrechen eines Abbauplanes durch herabstürzende Kohlen vererschüttet. Es wurde sofort an die Bergwerksarbeiten geschrieben; erst nach längerer Zeit gelang es, zu den Vererschütteten vorzudringen. Ein Bergmann wurde tot aufgefunden, die anderen drei Bergleute sind so schwer verletzt, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

### Reaktionäre Anschläge.

Die „Russ. Korrespondenz“ erhält folgendes Telegramm: Petersburg, 21. Februar. Aus zuverlässiger Quelle erfahre ich, daß in einer Beratung in Jaroslaje Selo beschlossen worden ist, die Duma bei den ersten Anzeichen revolutionärer Gesinnung auseinanderzujaagen, eine Aenderung des Wahlgesezes vorzunehmen und sich zunächst auf den Reichstag zu stützen.

### Hungerstreik.

Lemberg, 21. Februar. (B. Z.) Die verhafteten ruthenischen Studenten, die sich seit mehr als drei Wochen im hiesigen Strafgericht befinden, haben heute mit dem angekündigten Hungerstreik begonnen, um gegen die lange Untersuchungshaft zu protestieren.

New York, (B. Z.) Auf dem Mississippi stieß der Kreuzer „Cleber“ mit einem amerikanischen Dampfer zusammen, welcher sofort sank. Acht Mann der Besatzung sind ertrunken.

Abgeordnetenhaus.

10. Sitzung vom Donnerstag, den 21. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Bethmann-Hollweg.

Die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern wird fortgesetzt beim Kapitel

Polizeiverwaltung in Berlin und Umgebung.

Minister v. Bethmann-Hollweg: Von vielen Rednern ist gestern eine Reform der Gefindeordnung gefordert worden. Mein formal genommen, könnte man die Reformbedürftigkeit insofern wohl zugeben, als diejenige Gefindeordnung, welche für das größte Gebiet gilt, ein Jahrhundert alt ist. Die Lebensverhältnisse haben sich seitdem geändert, und es ist nicht zu verwundern, wenn manche Bestimmungen mit den heutigen Auffassungen nicht übereinstimmen. Auf die Gefindebedürftigkeit wird von den Herrschaften meist zu wenig Rücksicht genommen. Ich erinnere auch an die Hängewände, die wir in den älteren Berliner Häusern haben. Sind das ausreichende Wohnungen? Es kommt hinzu, daß wir uns gewöhnt haben, bei Anwesenheit unserer Vergnügungen auf unser Gefinde nicht genügend Rücksicht zu nehmen. (Sehr wahr!) Auf der anderen Seite sehen wir eine Scheu des Gefindes vor dem Dienst, so daß es dem Bauer oft unmöglich ist, ländliches Gefinde zu bekommen. Alles das ist von dem Charakter der Gefindeordnung absolut unabhängig. Eine allgemeine, einheitliche Kodifikation des Gefinderrechts für die verschiedenen Teile der Monarchie ist bei den ganz verschiedenen Verhältnissen ein außerordentlich schwieriges Werk, selbst wenn man, wie Abg. Münsterberg empfohlen hat, eine grundsätzliche Scheidung von Stadt und Land vornimmt. Sie werden mir daher nicht etwa Faulheit vorwerfen, wenn ich Bedenken trage, Ihnen eine Aufgabe zu erteilen.

Der Abg. v. Schudmann hat ernste und bewegliche Klagen über das Berliner Nachleben vorgebracht. Ich meine, er hat sich dabei vieler Uebertreibungen schuldig gemacht. (Sehr wahr!) In einer Beziehung gebe ich ihm aber durchaus recht: Es herrscht die Tendenz, die Nacht immer mehr zum Tage zu machen in feiner anderen Großstadt so sehr wie in Berlin. Das Rezept des Abg. v. Schudmann scheint mir aber eine Pferdekur zu sein. Wenn er eine frühe Polizeistunde für Berlin fordert, so übersieht er doch wohl, daß die internationalen Verkehrsverhältnisse und der Verkehr mit den Vororten dies gar nicht zulassen. Ich habe den Polizeipräsidenten schon zu Beginn meiner Amtstätigkeit aufgefordert, jeder Verlagerung der Polizeistunde mit Energie entgegenzutreten. Auf die Polizei kommt aber nicht alles an. Auch in England und Amerika haben sich die Polizeivorfchriften nach den Lebensgewohnheiten gerichtet und nicht umgekehrt. So wird es auch bei uns sein müssen. Die Mäßigkeitsbewegung, die nicht in Enthaltsamkeit auszuarten braucht, kann viel Gutes bringen. Man muß dem Bildungshunger Rechnung geben. Hier Pflege und Vermehrung des Sports kann gar nicht genug gesehen werden. Das ist eine sehr wichtige Aufgabe unserer Kommunen, die ich nachdrücklich unterhalte. Die Prostitutionsfrage ist ein heißes Thema, nicht nur wegen der Materie, sondern auch wegen der Gesundheit, die hier vorkommt. Das System unseres Strafgesetzbuches ist ein unglückliches und veraltetes. Die Polizei kann jetzt gar nicht anders als eine gewisse Reglementierung einführen. Wenn wir also zu einer Besserung kommen wollen, muß das Strafgesetzbuch geändert werden! Vielleicht können wir zu einem System kommen, wie es Dänemark hat! Dort ist die Reglementierung beseitigt, aber scharfe Strafbestimmungen, namentlich in hygienischer Beziehung, sind eingeführt. — Die Antimierneipen würde auch ich gern mit einem Federstrich beseitigen. Nach der Gewerbeordnung ist es aber nicht zulässig, die Konzession davon abhängig zu machen, daß keine weibliche Bedienung zugelassen wird. — Vor allen Dingen gilt es, die körperlichen und sittlichen Kräfte zu heben. Die Anschauungen des Volkes müssen mehr und mehr geläutert werden. Ich hoffe, daß es dann mehr und mehr — vielleicht mit immer wiederkehrenden Rückschlägen — gelingt, die Auswüchse einer Naturkraft zu beseitigen, der wir vom letzten Ende alle das Dasein, die Lust am Leben, Kraft und Arbeitsfreudigkeit verdanken. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Broemel (fr. Bg.) klagt über mangelnde Sicherheit des Berliner Tiergartens. Es zeige sich, daß die Sorge für die Statuen größer sei als die für die Menschen. Redner begründet sodann ausführlich einen Antrag, das Gehalt der Schutzmännchenmeister auf 1700 bis 2400 M., das Höchstgehalt der Schutzmänner von 1900 auf 2100 M. zu erhöhen.

Minister v. Bethmann-Hollweg bittet, diesen Antrag der Kommission zur Beratung aller Beamtengehälter zu überweisen.

Abg. Dr. Dietrich (Z.): Es gebe andere, edlere Quellen für Arbeitsfreudigkeit als die vom Minister gepriesene Naturkraft. Die Bemerkung des Ministers sei eine Verleumdung für diejenigen, die durch die Verhältnisse oder freie Entschliebung an der Verletzung dieser Naturkraft gehindert seien. (Beifall im Zentrum.)

Minister v. Bethmann-Hollweg: Ich kann nicht begreifen, wie man meine Worte so auffassen konnte, wie der Redner es getan hat. Ich habe doch nicht von Sinnlichkeit, sondern von Lebenskraft gesprochen.

Abg. v. Schudmann (L.) stellt gegenüber den gestrigen Ausführungen des Abg. Kreiling fest, daß er in seiner Rede ausdrücklich anerkannt habe, daß viele Berliner Familien ein sittlich einwandfreies Leben führten.

Abg. Münsterberg (fr. Bg.) bedauert die Erklärung des Ministers, daß er eine Kodifikation der Gefindeordnung nicht schaffen könne. Was Baden, Württemberg und Sachsen könnten, müsse Preußen auch können.

Abg. Rosenow (fr. Bg.) konstatiert, daß der Abg. v. Schudmann durch seine heutige Bemerkung seine gestrige Verleumdung der Berliner nur noch unterfrischen habe; denn, wenn er sage, daß es auch viele Familien gebe, die gut lebten, so werfe er doch den übrigen vor, daß sie unsittlich lebten.

Redner bespricht sodann das Verhältnis der Stadt Berlin zur Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft: Auf die Genehmigung von Straßenbahnlinien durch den Polizeipräsidenten hätte die Stadt oft zwei Jahre warten müssen! Der Polizeipräsident habe das Interesse der Gesellschaft stets in den Vordergrund gerückt. (Beifall links.)

Minister v. Bethmann-Hollweg stellt dem Redner anheim, eine Beschwerde über Berliner Verkehrsverhältnisse beim Etat des Ministers der öffentlichen Arbeiten vorzubringen.

Abg. Heiß (Z.) spricht sich für eine Reform der gänzlich veralteten Gefindeordnung, insbesondere für die Aufhebung der Koalitionverbote aus und wünscht eine Verschärfung der Rohrungs-mittelkontrolle.

Abg. Broemel (fr. Bg.) weist noch einmal auf die Notwendigkeit größerer Kontrolle des Automobilverkehrs hin.

Abg. Kreiling hält gegenüber dem Abg. v. Schudmann seine gestrigen Ausführungen vollständig aufrecht.

Der Antrag Broemel wird der Budgetkommission überwiesen.

Es folgt das Kapitel „Polizeiverwaltung in den Provinzen“.

Abg. Geert (L.) begründet einen Antrag auf Gleichstellung der Beamten der Polizeiverwaltungen in den Provinzen mit denjenigen der Polizeiverwaltung in Berlin und Umgebung.

Abg. Jund (fr. Bg.) tritt insbesondere für eine Vorsehung der Polizeikommissare in Frankfurt a. M. und ihre Gleichstellung mit den Berliner Polizeikommissaren ein.

Abg. Hammer (L.) macht darauf aufmerksam, daß die Bestimmung des Vereinsgesetzes, wonach Schüler und Lehrlinge politischen Vereinen nicht angehören dürfen, durch das Bestehen der sozialdemokratischen Lehrvereine und Jugendvereine verletzt werde. In Breslau

habe der Oberpräsident erklärt, daß jugendliche Arbeiter, welche die Fortbildungsschule besuchen müßten, also bis zum 18. Lebensjahre, als Schüler im Sinne des Vereinsgesetzes anzusehen seien. Ein solches Vorgehen empfehle sich auch für Berlin.

Abg. v. Werten (L.) tritt für erhöhten Tierchutz ein. Der Antrag geht an die Budgetkommission.

Weim Kapitel: „Polizeidistriktskommissare in der Provinz Posen“ wünscht

Abg. Kandler (fr. Bg.) Erhöhung des Fonds für Bureau- und Pferdevergütungen für diese Kommissionen.

Die Abgg. Lufensky (natl.) und Bierck (fr.) schließen sich dem Vorredner an.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr.

(Außerdem: Interpellation des Zentrums und der Freisinnigen wegen des Unglücks auf der Reedengrube im Saarrevier.) Schluß 4 Uhr.

Die russische Revolution.

Die Wahlen.

Petersburg, 20. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Von den bis 10 Uhr abends in 56 Gouvernements und 15 Städten mit eigener Vertretung gewählten Dumamitgliedern sind 36 Monarchisten und 27 Gemäßigte, darunter 17 Oktohristen, 108 gehören der Linken an, unter ihnen befinden sich 47 Kadetten, 31 Sozialdemokraten und 48 Rationalisten.

Odesa, 20. Februar. (M. Z. V.) Zum Abgeordneten für die Reichsduma wurde der Kandidat der Kadettenpartei Pergament, ein Juraer, mit 54 Stimmen gegen den Sozialdemokraten Malatowitsch gewählt, der 33 Stimmen erhielt.

Petersburg, 21. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Nach den bis 4 Uhr nachmittags eingelaufenen Telegrammen sind 355 Abgeordnete gewählt, darunter 62 von der Monarchistenpartei, 28 Gemäßigte, 221 von der Linken und 44 Rationalisten. Unter den Mitgliedern der Rechten sind 27 Monarchisten und 18 Oktohristen, unter denen der Linken 59 Kadetten, 27 Angehörige der Arbeiterpartei, 36 Sozialdemokraten und 7 Sozialrevolutionäre. (Die Gesamtzahl der Abgeordneten für die Reichsduma beträgt 524.)

Petersburg.

Ueber die Wahl in Petersburg geht uns folgendes Privattelegramm zu:

Petersburg, den 21. Februar. Die Kadetten erlangten Stimmenmehrheit, jedoch kann der Linkenblock einen starken Erfolg registrieren.

Vorschriften über die Einrichtung und den Betrieb der zur Anfertigung von Zigarren bestimmten Anlagen.

Im gestrigen „Reichsanzeiger“ wird die nachstehende Bekanntmachung des Bundesrats vom 17. Februar 1907, betreffend die Einrichtung und den Betrieb der zur Anfertigung von Zigarren bestimmten Anlagen veröffentlicht, die mit dem 1. Mai dieses Jahres in Kraft tritt:

Bekanntmachung, betreffend die Einrichtung und den Betrieb der zur Anfertigung von Zigarren bestimmten Anlagen.

Vom 17. Februar 1907.

Auf Grund des § 120e der Gewerbeordnung hat der Bundesrat folgende Vorschriften, betreffend die Einrichtung und den Betrieb der zur Anfertigung von Zigarren bestimmten Anlagen erlassen:

§ 1.

Die nachstehenden Vorschriften finden Anwendung auf alle Fabriken und sonstigen gewerblichen Anlagen, in welchen zur Herstellung von Zigarren erforderliche Verrichtungen vorgenommen oder Zigarren sortiert werden, sofern in den Anlagen nicht ausschließlich zur Familie des Arbeitgebers gehörige Personen beschäftigt werden.

§ 2.

Die Arbeits-, Lager- oder Trockenräume dürfen nicht als Wohn-, Koch- oder Vorratsräume benutzt werden. Die Zugänge von den Arbeits-, Lager- oder Trockenräumen zu benachbarten Wohn-, Schlaf-, Koch- oder Vorratsräumen sowie die Zugänge von den Arbeitsräumen zu benachbarten Lager- oder Trockenräumen müssen mit selbstschließenden dichten Türen versehen sein, welche während der Arbeitszeit geschlossen sein müssen.

§ 3.

Räume, in welchen das Abstreifen von Tabak, das Wickeln, Rollen oder Sortieren von Zigarren vorgenommen wird, müssen den folgenden Anforderungen entsprechen:

- 1. Sie dürfen mit ihrem Fußboden höchstens einen halben Meter unter dem ihn umgebenden Erdboden liegen und müssen, wenn sie unmittelbar unter dem Dache liegen, verputzt oder verputzt sein;
2. sie müssen mindestens drei Meter hoch sein;
3. sie müssen mit festen und dichten Fußböden versehen sein;
4. sie müssen mit unmittelbar ins Freie führenden Fenstern versehen sein, welche nach Zahl und Größe genügen, um für alle Arbeitsstellen Luft und Licht in ausreichendem Maße zu gewähren. Die Fenster müssen so eingerichtet sein, daß sie wenigstens für die Hälfte ihres Flächenraums geöffnet werden können;
5. in den Räumen müssen auf jede beschäftigte Person mindestens zehn Kubikmeter Luftraum entfallen.

§ 4.

Im übrigen gelten für die im § 3 bezeichneten Räume folgende Vorschriften:

- 1. In den Räumen darf Tabak nicht anders als in angefeuchtetem Zustande gemischt und nicht getrocknet werden. Tabak oder Halbfabrikate dürfen nur in der durchschnittlich für eine Tagesarbeit erforderlichen Menge gelagert werden. Auch dürfen dafelbst nicht mehr Zigarren vorhanden sein, als durchschnittlich an einem Tage angefertigt werden. In Anlagen, in welchen nicht mehr als fünf Arbeiter beschäftigt werden, ist es gestattet, in den Räumen Tabak und Halbfabrikate in der durchschnittlich für eine Wochenarbeit erforderlichen Menge und soviel Zigarren, als durchschnittlich in einer Woche angefertigt werden, aufzubewahren, sofern die Aufbewahrung in dicht geschlossenen Behältnissen erfolgt.
2. Die Räume müssen täglich mindestens dreimal eine halbe Stunde lang, und zwar jedenfalls morgens vor Beginn der Arbeit, während der Mittagspause und nach Beendigung der Arbeitszeit, durch vollständiges Öffnen der Fenster und der nicht in Wohn-, Schlaf-, Koch- oder Vorratsräumen führenden Türen gelüftet werden. Während dieser Zeit darf den Arbeitern der Aufenthalt in den Räumen nicht gestattet werden.
3. Die Räume und deren Einrichtungen, insbesondere auch Wände, Deden, Gesimse, Regale sind mindestens zweimal im Jahre gründlich zu reinigen. Von den Fußböden und Arbeitstischen ist täglich mindestens einmal durch Abwaschen oder sauberes Abreiben der Staub zu entfernen.
4. In den Räumen sind mit Wasser gefüllte und täglich zu reinigende Spucknäpfe, und zwar mindestens eine für je fünf Personen, aufzustellen.

5. In den Räumen oder in deren unmittelbarer Nähe sind für die Zahl der darin beschäftigten Arbeiter ausreichende Wascheinrichtungen mit Handlächern und Seife anzubringen.

§ 5.

Kleidungsgestelle, welche während der Arbeitszeit abgelegt werden, sind außerhalb der Arbeits-, Lager- oder Trockenräume aufzubewahren. Innerhalb dieser Räume ist die Aufbewahrung nur dann gestattet, wenn sie in ausschließlich dazu bestimmten verschließbaren Schränken erfolgt. Die letzteren müssen während der Arbeitszeit geschlossen sein.

§ 6.

In Anlagen, in welchen 10 oder mehr Arbeiter beschäftigt werden, müssen für Arbeiter und Arbeiterinnen getrennte Aborte mit besonderen Eingängen und, sofern vor Beginn und nach Beendigung der Arbeit ein Wechsel der Kleider stattfindet, getrennte Aus- und Ankleideräume vorhanden sein.

§ 7.

Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter dürfen nur dann beschäftigt werden, wenn sie in unmittelbaren Arbeitsverhältnissen zum Betriebsunternehmer stehen. Das Annehmen und Ablohnen dieser Personen durch andere Arbeiter oder für deren Rechnung ist nicht gestattet. Diese Vorschrift findet auf Arbeiter, die zu einander in dem Verhältnisse von Ehegatten oder Geschwistern stehen oder mit einander in gerader Linie verwandt oder verschwägert sind, keine Anwendung.

§ 8.

Die höheren Verwaltungsbehörden sind befugt, auf Antrag Ausnahmen von den Vorschriften des § 3 Ziffer 2, Ziffer 4 Satz 2, Ziffer 5 und des § 4 Ziffer 2 zuzulassen, wenn die Arbeitsräume mit einer wirksamen Einrichtung zur Herbeiführung eines ausreichenden Luftwechsels versehen sind. Im Falle der Bewilligung von Ausnahmen von der Vorschrift des § 3 Ziffer 5 müssen jedoch für jede beschäftigte Person mindestens sieben Kubikmeter Luftraum verbleiben.

Die höheren Verwaltungsbehörden können ferner auf Antrag Ausnahmen von der Vorschrift des § 3 Ziffer 2 für solche Räume zulassen, in denen nicht mehr als fünf Arbeiter beschäftigt werden, in Abweichung von den Vorschriften des § 2 und des § 4 Ziffer 1 Abs. 1 auf Antrag zu gestatten, daß das Trocknen des Tabaks in der Küche oder im Arbeitsraum vorgenommen wird, sofern durch geeignete Einrichtungen ausreichende Fürsorge gegen hierdurch drohende Gesundheitsgefährdungen getroffen ist.

§ 9.

Unberührt bleibt die Befugnis der zuständigen Behörden, im Wege der Befugnis für einzelne Anlagen (§ 120d der Gewerbeordnung) oder durch allgemeine Anordnung für alle Anlagen ihres Bezirks (§ 120e Abs. 2 a. a. O.):

- 1. Die Anbringung besonderer Einrichtungen zur Herbeiführung eines ausreichenden Luftwechsels in den Arbeitsräumen vorzuschreiben;
2. die für die Instandhaltung und Reinhaltung der Deden und Wände erforderlichen Bestimmungen zu treffen;
3. Anordnungen über die Einrichtung der Arbeitstische und -stühle zu erlassen;
4. Maßnahmen zur Vermeidung von Staubbelästigung bei der Verwendung von Maschinen anzuordnen.

§ 10.

Der Arbeitgeber hat für die Arbeiter verbindliche Bestimmungen über folgende Gegenstände zu erlassen:

- 1. Die Arbeiter dürfen nicht auf den Fußboden aufspucken.
2. Die Arbeiter dürfen Zigarren nicht mit dem Munde bearbeiten und die Zigarrenmischer nicht mit Speichel befeuchten. In den zu erlassenden Vorschriften ist vorzusehen, daß Arbeiter, welche trotz wiederholter Warnung den vorstehend bezeichneten Bestimmungen zuwiderhandeln, vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung entlassen werden können. Ist für den Betrieb eine Arbeitsordnung erlassen (§ 134a der Gewerbeordnung), so sind die vorstehend bezeichneten Bestimmungen in die Arbeitsordnung aufzunehmen.

§ 11.

In den Arbeitsräumen, in denen das Abstreifen von Tabak, das Wickeln, Rollen oder Sortieren von Zigarren vorgenommen wird, muß an der Eingangstür ein von der Polizeibehörde unterzeichnetes Auswahnbefehl sein, aus welchem ersichtlich sind:

- 1. die Länge, Breite und Höhe des Arbeitsraums;
2. der Inhalt des Luftstroms in Kubikmeter;
3. die Zahl der Personen, welche demnach in dem Arbeitsraum beschäftigt werden dürfen;
4. die von der höheren Verwaltungsbehörde gemäß § 8 für den Arbeitsraum etwa zugelassenen Ausnahmen. In jedem Arbeitsraum muß ferner eine Abschrift oder ein Abdruck dieser Vorschriften sowie der gemäß § 10 vom Arbeitgeber erlassenen Bestimmung an einer in die Augen fallenden Stelle aushängen.

§ 12.

Die vorstehenden Bestimmungen treten am 1. Mai 1907 in Kraft und an die Stelle der durch die Bekanntmachungen des Reichskanzlers vom 8. Juli 1893 (Reichsgesetzbl. S. 218) und vom 9. April 1905 (Reichsgesetzbl. S. 236) verkündeten Vorschriften über die Einrichtung und den Betrieb der zur Anfertigung von Zigarren bestimmten Anlagen. Jedoch benodet es für die beim Erlasse dieser Bestimmungen bereits im Betriebe stehenden Anlagen hinsichtlich der Größe des jedem Arbeiter zu gewährenden Luftstroms bis zum 1. Januar 1913 bei den Vorschriften des § 5 der Bekanntmachung vom 8. Juli 1893.

Berlin, den 17. Februar 1907.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Graf von Posadowsky.

Ein bayrisches Staats- und Bankpanama.

Aus Würzburg schreibt man uns: Warum soll das gute Bayern nicht ebenso seine Korruptions-affäre haben, wie Preußen seine Pommerbankaffäre mit dem Kirchenbauernfonds und wie das Reich seine Tippelskirch- und Bobbielski-Affäre? Die Dinge in den blauweißen Grenzgebieten knüpfen auch an eine Hypothekbank an, und zwar an eine der acht bayerischen, diejenige von Würzburg. Diese wurde 1895 vom Bankhause Ansbacher (Frankfurt a. M.) gegründet. Der allgemeine Kampf zwischen modernen Großbanken und kleinen Emissionshäusern spielt auch hier mit. Der Riesenbetrieb der Berliner Diskontogesellschaft hat seit 1905 bei der Bayerischen Bodencreditanstalt in Würzburg den Platz eingenommen, den früher die kleinere Gründerfirma hatte. Wo einstmal Herr Ansbacher saß, sitzen jetzt der Frankfurter Stadterordnete und Kommerzienrat Herr Labenburg bzw. dessen Bruder als Freunde der Diskontogesellschaft. Das Großkapital hat die Leute mit einfachen Millionen verdrängt. Die „Frankfurter Zeitung“ hat früher behauptet, die verdrängte Gründerfirma habe das günstige Pfandbriefgeschäft unzureichend ausgenutzt und bei Kapitalvermehrungen, Emissionen und Vertretung an der Frankfurter Börse unbillig-nismäßige Vorteile beansprucht und bezogen. Unser Genosse Galet

brachte nach der Darstellung der „Frankfurter Zeitung“, die er damals für richtig halten mußte, diese Dinge in der Sitzung des bayerischen Abgeordnetenhauses vom 17. Dezember 1903 zur Sprache und bemängelte die Staatsaufsicht. Schon damals fiel es auf, wie skrupellos die „Frankfurter Zeitung“ in ihrem Abendblatt vom 19. Dezember 1903 den Inhalt der Verhandlungen ins Gegenteil wendete. Jetzt behauptet der hinausgebrachte Gründer, daß

die Bankdirektoren die Großbank aus Berlin holten, weil ihnen Ansbacher nicht genug persönliche Vorteile zukommen ließ, und daß hinter der „Frankfurter Zeitung“ — diese Bankdirektoren und ihre Aufsichtsräte stecken. In der Tat haben diese Herren, lauter „liberale“ Würzburger Ordnungsgroßen selbstverständlich, lebhaft mit der „Frankfurter Zeitung“ verkehrt, und in der Tat hat der Vertrauensmann der Berliner Diskontogesellschaft, Herr Kommerzienrat Lodenburg, den Gründer mit einem Freundschaftsbrief in der „Frankfurter Zeitung“ bedroht, wenn er nicht weiche; notabene derselbe Kommerzienrat Lodenburg, der kurze Zeit vorher als Frankfurter Handelsrichter im Prozesse zwischen Gründer und Bank fungiert hatte! In der Tat verurteilte die früher so billige Kritik der „Frankfurter Zeitung“ genau von demselben Augenblicke an, in welchem die große und mächtige Diskontobank das Emissionshaus für die Würzburger Bank wurde, ohne daß sich an den Geschäften derselben irgend etwas änderte. Und wie so sich Gründer und Bankdirektoren in Differenzen gerieten, hat ersterer, was die „Frankfurter Zeitung“ geflissentlich unterdrückte, schon auf der Generalversammlung von 1903 wie folgt geschildert:

#### Geschichte eines Anstellungsvertrages.

Auf der Tagesordnung der Aufsichtsratsitzung der B. W. A. in Würzburg vom 11. Februar 1905 hieß der Punkt 2 „Verschiedenes“, unter diesem Titel „Verschiedenes“ brachte der Vorsitzende den Antrag der Direktoren auf Verlängerung ihrer Verträge zur Sprache, sonst nichts. Die Direktoren, von denen der eine noch zwei Jahre lang, der andere noch vier Jahre lang Vertrag hatte, wünschten Verlängerung ihrer bisherigen Verträge auf 10 Jahre. . . . Später wurde der Antrag der Direktion auf Verlängerung ihrer Verträge als angenommen erklärt. . . . Das Protokoll über diese Sitzung wurde nicht sogleich aufgenommen, sondern — wie bei diesem Institute üblich — bis zur nächsten Sitzung angefertigt, und ohne es zu verlesen, in derselben den Herren Aufsichtsratsmitgliedern zur Unterschrift vorgelegt. Im späteren Prozesse wurde bemängelt: 1. daß die Verlängerung in statutenwidriger Weise stattgefunden hat, weil dieser Gegenstand nicht vorgeschrieben auf der Tagesordnung angegeben war, 2. daß eine Geschwindigkeit darin zu suchen sei, daß man eine 10jährige Bindung der Gesellschaft den Angestellten gegenüber vorgenommen hat, obwohl nach dem Gesetz der Angestellte selbst nicht über 5 Jahre hinaus verpflichtet werden kann, 3. daß es überhaupt tadelnswert sei, daß die Direktoren durch den Versuch der Ueberleitung der Bankverbindung von der Gründungsstirna weg in fremde Hände, zwar die Bank in eine Krise versetzten, gleichzeitig aber ihre eigene Position für alle Fälle auf lange Jahre in Sicherheit brachten. . . . Es erschien Ende Oktober eine Einladung für den 4. November zu einer Aufsichtsratsitzung mit der Tagesordnung: Vertragsverlängerung mit Herrn Direktor Souer. Ansbacher protestierte sofort dagegen unter Hinweis auf § 16 der Statuten, ja er erklärte sogar in seinen weiteren Ausführungen, daß er jetzt in dieser Verlängerung eine direkt auf Schädigung der Gesellschaft abzielende Handlung erblicken würde. Versenkenachtet wurde in der Sitzung vom 4. November die Vertragsverlängerung beschlossen mit der Aenderung, daß für seine Lantien ein Maximalbetrag von 40 000 Mark stipuliert werde und einer weiteren Aenderung dahingehend, daß die Verlängerung sogar elf Jahre umfassen soll. Unter weiteren unbekanntem Punkte der Veränderung war der wesentliche der, daß die ganze Lantienberechnung der Direktoren durch eine geschickte, unauffällige Beifügung des § 10 der Statuten die ganzen Zinsen aus dem Aktienkapital zu 4 Proz. lantienpflichtig gemacht wurden, was für die Direktoren eine plötzliche Erhöhung ihrer Bezüge gegen den bisherigen Stand um circa 26 000 bis 30 000 Mark bedeutete. . . . Der § 10, nach welchem nunmehr die Lantienberechnung stattfinden soll, ist entsprechend dem Wortlaute des neuen Gesetzes mit 1. Januar 1900 in die Statuten aufgenommen worden; aber es fiel den Direktoren nicht ein, ihre Lantienberechnung danach vorzunehmen. Weil das Aktienkapital und die Dividende nur klein, die Gewinne jedoch und die Rücklagen sehr groß waren, haben sie an dem für sie weitaus vorteilhafteren Rodus des Vertrages festgehalten. Jetzt aber, wo das Aktienkapital gewachsen und die Gewinne relativ spärlicher, also die Rücklagen höchst unbedeutend geworden sind, ziehen sie den neuen Rodus der Lantienberechnung vor, warten für diese Veränderung nicht einmal Ablauf ihrer bisherigen Verträge ab und machen nicht nur den Gewinn, sondern das Kapital der Gesellschaft tributpflichtig, und so würden sie nach dem neuen Rodus pro 1904 statt 48 000 Mark 74 000 Mark und pro 1905 statt 48 000 Mark ebenfalls circa 74 000 Mark erhalten.

Reihe Dinge aus den Geheimnissen einer böherischen Hypothekendarlehenbank! Aber zu ihrer Vollständigkeit gehört noch, daß der Intimus dieser lantienwütigen Direktoren der Würzburger Rechtsanwalt und „liberale“ Kandidat bei der letzten Reichstagswahl Reigner ist und daß sich ihm die Direktoren dadurch dankbar erweisen, daß ihm auf Kosten der Hypothekenschuldner der Bank natürlich, die ohne rechtswidrige „Behandlung“ selbstverständlich viel billiger davonkommen würden, den Verkehr mit jenen übertragen, der bisher direkt durch die Bank gepflegt wurde. So sieht die Würzburger Führerschaft des „freihellich denkenden Bürgeriums“ aus!

Sicher ist, daß die Verhandlungen der soeben stattgefundenen Generalversammlung und die gelegentlich derselben von uns empfangenen Informationen jetzt unseren böherischen Genossen im Landtage geradezu unschätzbare Material bieten zur Beurteilung der Staatsaufsicht, die Genosse Haller schon damals so scharf bemängelte. Es steht nämlich urkundlich fest, daß

#### der böherische Staatskommissar in Würzburg,

der die Bank beaufsichtigen sollte, munter und fidel mit den Aktien derselben, die er sich zu Vorzugpreisen zu verschaffen wußte, spekulierte. Von diesem Ehrenmanne, einem sicheren königlichen Oberregierungsrat Trümmer, der schon 1900 für 5000 Mark Aktien zu einem besonders billigen Preise von den Direktoren der Bank erhielt, konnten folgende Briefe im Wortlaute bekannt gegeben werden:

Würzburg, 9. August 1902.

Hochgeehrter Herr Ansbacher!

Der tägliche Verkehr mit den Herren Direktoren und Aufsichtsräten unserer Bank läßt den Wunsch, als Aktionär derselben etwas kräftiger beteiligt zu sein als bisher, immer lebhafter hervortreten, um nicht gegen diese glücklichen Herren zu tief abzusinken.

Freilich weiß ich, wie ich in den Besitz von mehr Aktien kommen könnte, aber die Finanzierung fällt mir zu schwer. Ich bitte Sie daher, hochgeehrter Herr Ansbacher, ob Sie nicht die Güte haben möchten, den Erwerb mir zu erleichtern. Ich würde selbstverständlich Discretion bewahren und würde Ihnen in jeder möglichen Weise dankbar sein.

In Verehrung ergebener

Trümmer, Igl. Reg.-Rat.

Würzburg, 25. Januar 1904.

Hochgeehrter Herr Ansbacher!

nach anruhendem Verzeichnis habe ich per 1. Febr. 1904 in Sa. 15 000 M. für 20 neue Aktien der B. W. A. -Anstalt infl. für 5 Aktien der B. W. A., welche für mich bei Ihnen deponiert sind, einzuzahlen. Ich bitte Sie recht dringend, die Zahlung für mich gültig zu leisten und mich für den Betrag zu belasten. Zur Sicherheit bitte ich die bereits deponierten 10 alten Aktien zu behalten und außerdem die 5 neuen Aktien zu deponieren. Die alte Schuld (Finanz-Salvo a. 31. Dezember 1903 mit 1124,80 M.) tilge ich durch Ueberlassung der 10 Dividenden-Coupons (pro 1903) des Depots und außerdem durch 5 Divid.-Coup. do., welche ich beilege.

Zur Verzinsung der neuen Schuld bin ich selbstverständlich gerne bereit, wobei ich den jeweiligen Zinsfuß Ihrem gütigen Ermessen anheimgabe. Im Verfallungsfall würde ich 15 000 M. Pfälz. Bank-Aktien verkaufen müssen und dadurch einen sehr empfindlichen Schaden leiden. Die neue Schuld mit 15 000 M. würde ich tilgen durch Ueberlassung der 60 Dividenden-Coupons unserer Bank mit jährlich 4800 M., so daß mit März 1907 die Tilgung perfekt wäre, wenn nicht schon früher durch weniger verlustreichen Verkauf der Pfälz. Bank-Aktien.

Für den bisherigen gütigen Beistand ganz ergebenst dankend, zeichne ich in Wiederholung meiner dringenden Bitte in ausgezeichneter Hochachtung und Verehrung

Karl Trümmer, Igl. Reg.-Rat.

P. S. Im Einbernehmen mit den 5 Direktoren: der Name Trümmer wurde mit dessen Einverständnis mitgerechnet, um dem Staatskommissar bei einer allenfallsigen Revision eine Verlegenheit zu ersparen. Wenn es möglich wäre, würde ich bitten, in der Korrespondenz mit der Bank meinen Namen unerwähnt zu lassen.

Gesehen

Tr.

Würzburg, 7. November 1904.

Hochgeehrter Herr Ansbacher!

Durch einen günstigen Umstand bin ich unverhofft in die Lage versetzt, meine gesamte Schuld bei Ihnen per 10. d. M. zu bereinigen.

Ich bitte mir umgehend die Schuldberechnung per 10. ds. in Haupt- und Nebenache gültig mitzuteilen.

In Verehrung dankbar ergebener

Trümmer, Reg.-Rat.

Welch reizende Geständnisse eines Staatsaufsichtsbearbeiters enthalten diese schönen Schreiben! Der Herr A. Regierungsrat will „etwas kräftiger“ als mit „nur“ 5000 Mark „beteiligt“ sein, nun, um nicht gegen die „glücklichen“ Direktoren „zu tief abzusinken“. Die pflichtgemäße Unabhängigkeit gegenüber der Bank empfindet diese Perle von einem staatlichen Aufsichtskommissar als — Erniedrigung, und erst wenn er tüchtig mispeluliert, fühlt er sich „gleichwertig“. Daß er alle Chancen auszunutzen gelernt hat, auch diejenigen, welche ihm seine Stellung verleiht, zeigt der zweite Brief von 1904 mit dem famosen Handlungsarrangement für seine Beteiligung bis — 1907! Als „Trümmer“ ist der Schlawenberger in den Rechnungen der Bank geführt, wie der Direktor sich in einer Nachschrift ausdrücklich bestritt, damit dem „Staatskommissar bei einer allenfallsigen Revision eine Verlegenheit erspart wird“ — dabei ist der Staatskommissar der Briefschreiber, Herr A. Oberregierungsrat Trümmer, selber! Und schluß ist der brave Beamte! Als er im Herbst 1904 merkt, daß das von den Direktoren vertraulich abgeschlossene Abkommen mit der Diskontogesellschaft so gut wie fertig war, daß infolgedessen der Gründer Ansbacher in Konflikt mit der Bank zu kommen drohte und eventuell ungemütlich werden könnte, „bereinigt“ der Herr Staatskommissar schnell seine „gesamte Schuld“ bei diesem, und durch die „Guns“ ganz „unverhofft“ Umstände kann er das!

Aber damit nicht genug! Nach einer auf der gestrigen Generalversammlung verbreiteten Darstellung gab es außerdem noch ein förmliches Konto K bei der Würzburger Hypothekendarlehenbank. Diese Darstellung lautet:

Als im Oktober 1890 die k. bay. Staatsregierung den Staatskommissar für die Bank ernannte, wurde der Bank dafür eine Staatsgebühr von 1200 M. pro anno, die an das Kassenamt zu entrichten sei, aufgelegt. Das war eine Staatsabgabe wie jede andere auch. Wann hat man je gehört, daß ein Steuerträger an den ihm vom Staate auferlegten Kosten nicht genug hat? Nun, das Unglaubliche geschieht. Die Herren Direktoren haben diese Staatsabgabe zu niedrig. Sie fanden eine Erhöhung dieser Last, eine Zulage an den Staatskommissar um 1800 M. pro anno für angemessen. So glatt von Hand zu Hand erlösen das unantastbar. Es wurde daher mit Beginn des Jahres 1900 aus dem Spesenkonto der Bank ein Betrag von 1800 M. pro anno entnommen und dafür wurden Handbriefe in ein separates Depot gelegt; später wurden diese Verträge auf ein Reservekonto für Staatsaufsicht gestellt. In einer Aufsichtsratsitzung Ende 1905 respektive Anfangs 1906 sah sich die Direktion demüthigt, für diesen Vorgang folgende Erklärung abzugeben. Sie hob sich Ende 1899 mit einem Schreiben an das königliche Ministerium gewandt und darin angefragt, ob sie dem Staatskommissar außer den 1200 M. für seine Aufsicht weitere 1800 M. für seine ihm zugewiesene Funktion als Treuhänder geben dürfe? . . . Der Herr Minister erklärte in der Landtagsitzung vom 17. Dezember 1903 wörtlich: „Für Wahrnehmung der formalen Geschäfte des Treuhänders sind gleichfalls von der Regierung Treuhändlerstellvertreter aufgestellt.“ Ueberdies werden auch die Herren Treuhändlerstellvertreter bezahlt. Die Ausrede der Herren Direktoren ist also recht schlecht gewählt. Auf diesen Brief an das Ministerium also sei immer und immer keine Antwort eingelaufen und so habe man in Erwartung dieser Antwort fortgesetzt und Jahr für Jahr diese 1800 M. pro anno auf die Seite gelegt. Wer denkt da nicht an die Briefe, die ihm nicht erreichen? Wer die Bunkelhaftigkeit kennt, mit welcher bei uns in den Ministerien, die Erlöse erledigt werden, der muß es ausfallend finden, daß eine Eingabe sieben Jahre lang unbeantwortet blieb. Man hat also jahrelang ein falsches Gewinn- und Verlustkonto, eine falsche Bilanz aufgemacht. Was hat nun aber der Herr Staatskommissar selbst zur Sache gesagt? Er hat wohl von der ganzen Sache nichts gewußt? weder aus den Büchern, noch aus der Kassa, noch aus den Handbriefbeständen? . . . Obgleich hat er die Geschichte gekannt und gebuhlet? Warum hat er sie gebuhlet, warum hat er nicht auf Klarstellung gedrungen? Konnte er seinen Minister nicht soweit, daß dieser nicht der Mann ist, der Eingaben sieben Jahre lang unbeantwortet läßt?

Das ist alles so ziffernmäßig klar und tatsächlich lüdenlos dargestellt, daß es der Wirklichkeit bis ins kleinste zu entsprechen scheint. Auch wurden von der Gegenseite gar keine Verusche gemacht, eine ernsthafte Widerlegung zu liefern. Es bleibt also beim böherischen Konto K!

Dieses böherische Staats- und Ordnungspanama wird ja wohl nun sofort zu den nötigen Schritten in der Verwaltung und in der Oeffentlichkeit führen und in Presse und Kammer gebührend beleuchtet werden, namentlich von unseren Abgeordneten. Nicht ohne ein gewisses politisches Interesse bleibt aber schließlich nach der eben getätigten Reichstagswahl und der großspurigen Rolle, welche die „Frankfurter Zeitung“ in ihr zu spielen versuchte, auch die Art, wie dieses desenfundige Blatt bei der Affäre abschnelbet. Vielleicht hat die „Frankfurter Zeitung“ deshalb nichts von dem Panama der Staatsaufsicht gewußt, obgleich verbürgt wird, daß ihrem Finanzredakteur das Vorhandensein eines Würzburger „Konto K“ schon vor der Generalversammlung von 1903 zuverlässig mitgeteilt wurde. Aber es ist die alte Geschichte bei der „Frankfurter Zeitung“: sie sieht in geschäftlichen, wie in politischen Dingen, immer nur den Spalter im Auge anderer, niemals den Balken im eigenen. Das Ergebnis ist die Korruption, von der wir ja nur ein kleines Stückchen aufdecken konnten und die mitten in den von der „Frankfurter Zeitung“ angeblich so sorgfältig behüteten Gefilden blüht und gedeiht wie nur irgendwo.

## Haus der Partei.

Vom Fortschritt der Presse. Der Ruhen der Hausagitation erweist sich in Elberfeld und Warmen am vergangenen Sonntag. Es sind auf einen Schlag in Elberfeld über 600 und in Warmen annähernd 800 neue Abonnenten gewonnen worden.

Von den Organisations. Die Zahl der politisch organisierten Parteigenossen ist in der Stadt Brandenburg a. O. in den beiden letzten Monaten von 2000 auf 2500 gestiegen. Brandenburg hat circa 61 000 Einwohner, darunter etwa 4000 Soldaten. Der Prozentsatz der Organisierten ist also ein sehr erfreulicher.

In der Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins zu Pönsburg wurde berichtet, daß die Mitglieder-

zahl im Berichtsjahre von 211 auf 882 gestiegen ist. Die Einnahme betrug 1128,25, die Ausgabe 1027,89 M.

Personalien. In der „Märkischen Volksstimme“ zu Pörsch lesen wir: Genosse Dr. Adolf Braun, seit sechs Jahren Chefredakteur der „Frankfurter Tagespost“ in Nürnberg, hat von den österreichischen Parteigenossen einen Ruf an die „Wiener Arbeiterzeitung“, das Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokraten, erhalten. Bestimmte Gründe haben ihn veranlaßt, dem Rufe Folge zu leisten. Er tritt seine neue Stellung am 15. März an. Als zukünftigen Leiter der „Frankfurter Tagespost“ haben die Nürnberger Parteigenossen den früheren Chefredakteur des „Vorwärts“, den Genossen Kurt Eisner, gewählt, der in den nächsten Tagen von Berlin nach Nürnberg übersiedelt.

Ein Bekämpfer der Arbeiterbewegung Ungarns ist gestorben. Von den Männern, die an der Wiege der ungarländischen Arbeiterbewegung gestanden, ist der Wadersten einer, Karl Farkas zu Grabe getragen worden. Als Gründer der ungarischen Sektion der Internationale war Karl Farkas im Vereine mit Anton Jbelinger, Siegmund Poliger und Viktor Kufföldi, der erste Organisator der ungarländischen Arbeiterpartei, an deren Spitze er fast anderthalb Jahrzehnte lang stand. Er hatte viele Verfolgungen zu erdulden und anlässlich des 1871er Hochverratsprozesses sah er elf Monate lang hinter den Mauern des Waigener Staatsgefängnisses. Karl Farkas entstammte einer verarmten Gentryfamilie, sein Adelsprädikat, das er als Sozialist sozusagen verheimlichte, lautet: „de Kisvárdai“. Im Jahre 1847 wurde er als Sohn eines eines Stuhlrichters in Pest geboren und erlernte das Schlosserhandwerk. Als junger Arbeiter wurde er mit den sozialistischen Lehren bekannt, deren eifriger Beförderer er wurde.

Die Leitung der ungarischen sozialdemokratischen Partei hat die diesjährigen Parteitage für die Osterfeiertage nach Budapest einberufen.

Die amerikanischen Genossen haben jüngst ihren Parteivorstand (National Executive Committee) und den Parteisekretär (National Secretary) ernannt. Gewählt wurden (geordnet nach der Höhe der Stimmzahlen): Ben Sanford, Victor Berger, A. W. Simons, Morris Hillquit, Joseph R. Patterson, Ernest Untermyer und John R. Wozel.

Als Parteisekretär: J. Nathan Barnes. Die Amtsdauer beträgt ein Jahr. Der Sitz des Parteivorstandes ist gegenwärtig in Chicago.

Sozialistische Wahlsiege in Kanada. In den Landtag der Provinz British Columbia sind drei Sozialisten gewählt worden. Die Partei hatte zusammen 20 Kandidaten aufgestellt; im letzten Provinzial-Landtag war sie durch zwei Abgeordnete vertreten.

## Pöliszeitliches, Gerichtliches usw.

Der Dresdener Polizeipräsident kam auch in kleinen Dingen groß sein. Hatten da unsere Genossen am 17. Februar für Mittwoch, den 20. Februar, eine Versammlung geplant. Infolge eines Schreibfehlers stand nun aber in der Anmeldung, die nach dem 17. im Polizeibureau ankam, „Mittwoch, den 17. Februar“. Da der 17. bereits verstrichen, war ohne weiteres klar, daß Mittwoch gemeint und das Datum irrtümlich war. Dem Polizeipräsidenten war das auch tatsächlich klar und er entsandte richtig Mittwochabend zwei überwachende Beamte in die Versammlung. Nun aber kommt das Bezeichnende — und das paßt so recht in den Rahmen der Dresdener Polizei- und Justizverhältnisse hinein — wenige Stunden vor der Versammlung teilte der Präsident dem Einberufer mit, daß die Versammlung nicht stattfinden dürfe, weil aus der Anmeldung der Termin des Stattfindens nicht klar zu ersehen sei! Das sagte derlei Präsident, der bereits angeordnet, daß Mittwoch zwei Beamte die Versammlung überwachen sollten! Ein Akt überwältigender Größe!

Aber es kommt noch besser: Die Mitteilung von dem Nicht-Stattfinden der Versammlung erhielt der Einberufer erst 2 1/2 Tage nach der erfolgten Anmeldung, wenige Stunden vor der geplanten Zeit, obwohl das Gesetz vorschreibt, daß die Versammlung über die erfolgte Anmeldung „sofort“ auszuhändigen ist.

Erreicht hat also der die Sozialdemokratie bekämpfende Herr lediglich, daß 800 Parteigenossen umsonst zur Versammlung gepilgert sind und daß — nach gehöriger Brandmarkung dieser präsidialen Korrektheit — die nächste Versammlung anstatt vor 800 von 1000 und mehr Personen besucht wird.

Die Entlassung des Genossen Wabersky vom „Hamburger Echo“ aus dem Gefängnis ist nicht deshalb erfolgt, weil die Strafnummer IV des Hamburger Landgerichts die Wiederaufnahme ausgeschlossen hat, wie wir in der Wittwochnummer meldeten. Soweit ist die Sache unseres Genossen bisher noch nicht gediehen. Das Gericht hat vielmehr lediglich die Zulässigkeit des Antrages auf Wiederaufnahme des Verfahrens ausgesprochen. Ob die Wiederaufnahme stattfindet, das hängt von der richterlichen Beurteilung der Aussagen der Zeugen ab, die Genosse Wabersky in seinem Antrage benannt hat und deren Vernehmung angeordnet ist.

Strafkonto der Presse. Zu 500 Mark Geldstrafe wurde von der Strafkammer zu Königsberg der Genosse Marzwald von der „Königsb. Volkszeitung“ verurteilt, weil durch eine Notiz, die die Behandlung eines Soldaten durch einen Gefreiten rühmte und daran eine Kritik der Behandlung beim Militär überhaupt knüpfte, die Offiziere und Unteroffiziere des 8. Ostpreussischen Infanterieregiments Nr. 45 beleidigt sein sollen.

## Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

### Der Kampf in der Holzindustrie.

Am Donnerstagvormittag fand wieder eine Versammlung der Ausgesperrten in der „Neuen Welt“ statt. Stütze gab den Situationsbericht. Er sagte, es sei wenig Neues zu melden. Der Höhepunkt der Aussperrung sei erreicht, jetzt heiße es, abwarten bis die Unternehmer zu Verhandlungen bereit sind. Daß der Kampf monatelang dauern wird, darauf sei der Holzarbeiter-Verband von Anfang an gefaßt gewesen und er werde den Kampf auch aushalten, möge er so lange dauern wie nur denkbar. Ob die Arbeitgeber noch lange aushalten werden, das sei eine andere Frage. In der „Nachzeitung“ sei ja verfaßt worden, durch falsche Darstellung des Falles Weiz den Anschein zu erwecken, als ob der Holzarbeiter-Verband den Arbeitgebern nachlaufe um sie zur Wiedereinstellung der Ausgesperrten zu bewegen. Daran denke jedoch kein Mitglied des Verbandes. Die Arbeitgeber haben den Kampf angefangen, nun werde doch der angegriffene Holzarbeiterverband nicht zu den Unternehmern laufen und um Frieden bitten. Die Arbeiter würden vielmehr warten, bis die Unternehmer kommen, um Verhandlungen einzuleiten. — In allen Gegenden Deutschlands suche der Schutzverband Stimmung zu seinen Gunsten zu machen. So werde in bürgerlichen Blättern in den verschiedensten Orten die unwahre Behauptung verbreitet, die Arbeiter seien es, welche den Kampf in Berlin angefangen hätten. Durch solche Ausstreunungen suchen die Scharfmacher das Publikum für sich einzunehmen und auch die Arbeitgeber, welche sich nicht für den Kampf begeistern können, auf ihre Seite zu ziehen. Hier und da tragen sich Arbeitgeber mit der Hoffnung, die Berliner Aussperrung habe den Holzarbeiter-Verband so in die Klemme gebracht, daß er sich allen Forderungen der Arbeitgeber fügen müsse. So habe der Redner kürzlich mit den Drechslermeistern in Wernau eine Verhandlung wegen Abschluß eines Vertrages gehabt. Die Herren waren nicht nur gegen die von den Arbeitern gewünschten Verbesserungen, sondern sie verlangten auch, der jetzt abzuschließende Vertrag solle am 1. Dezember oder 1. Januar 1910 enden. Den Unternehmern wurde aber rund heraus erklärt, daß sich der Holzarbeiter-Verband nicht darauf einlasse, das Ende des Vertrages auf die ungünstigste Zeit zu verlegen. Wenn die Unternehmer an dieser Forderung festhielten, werde der Holzarbeiter-Verband über-

Haupt keinen Vertrag abschließen. Die Herren sollten nur nicht glauben, daß die Berliner Aussperrung den Holzarbeiter-Verband gefählig mache. Die Verhandlungen in Bernau seien denn auch abgebrochen worden. Ebenso sei es bei einer Verhandlung in Spandau gewesen. — Ein Herr in Bernau glaubte die Scharfmacher dadurch auf die Fächermeister auszuführen, daß die Holzhändler erklärten, denen, die sich an der Aussperrung nicht beteiligen, kein Material zu liefern. Dieser Trick sei ein Schlag ins Wasser. Der Geld hat, der bekommt Holz, soviel er brauche, und auf dem Bureau des Holzarbeiter-Verbandes seien Adressen von Lieferanten zu erfahren, die jederzeit bereit sind, Holz in jeder gewünschten Menge zu liefern. — Der Redner teilte das Ergebnis einer genauen Feststellung der Zahl der in Berlin Aussperrten und Streikenden mit. Die Feststellung betrifft nicht nur die Verbandsmitglieder, sondern alle am Kampfe beteiligten Arbeiter. Es wurden ausgesperrt in der ersten Woche 4999 Arbeiter. In der zweiten Woche kamen hinzu 1806, es gingen (durch Abreise, anderweitige Arbeit und Rücknahme der Aussperrung) 672 ab. In der dritten Woche kamen 987 hinzu, 431 gingen ab. In der vierten Woche kamen 476 hinzu, 371 gingen ab, in der fünften Woche (der vorigen) kamen 198 hinzu, 209 gingen ab. Die wirkliche Zahl aller Aussperrten und Streikenden betrug am Schluß der fünf Wochen 4999, 6233, 6739, 6844, 6773. In Nitzdorf sind 340, in Weihensee 310, in Schönberg 5 Aussperrte zu verzeichnen.

Nach dem Referenten gaben die Vertreter der eben genannten drei Vororte kurze Berichte ihrer Zustände. In Nitzdorf kommen nur Waufler in Frage. Soweit es den Unternehmern gelingt, trotz der Aussperrung Arbeiter anfertigen zu lassen, wird dafür gesorgt, daß diese Arbeiter nicht eingesetzt werden. — In Weihensee handelt es sich nur um Möbelschleier. Etwa die Hälfte der Weihenseeer Zustellungsmitglieder sind von der Aussperrung betroffen, trotzdem konnten sie aus den eigenen Mitteln der Zustelle Weihensee unterstützen werden. Der Vertreter von Weihensee teilte ein Beispiel mit, welches in geradezu klassischer Weise den Terrorismus beleuchtet, mit dem die Scharfmacher vom Schutzbund keine finanziell schwache Arbeitgeber zur Teilnahme an der Aussperrung zwingen. Da ist eine Tischlerei, welche einer Witwe gehört, die sieben Kinder zu versorgen hat. Die Frau hat den dringenden Wunsch und die ehrliche Absicht, mit den Arbeitern Frieden zu machen. Nun haben es die Scharfmacher dahin gebracht, daß der Frau die Holzlieferung abgeschnitten worden ist. Da sie nur auf Kredit laufen kann, ist es ihr natürlich nicht möglich, sich einem anderen Holzlieferanten zuzuwenden und es bleibt ihr nichts anderes übrig, als dem Druck der Scharfmacher nachzugeben. Das ist ein Fall, der nach der herrschenden Rechtsprechung aus § 153 der Gewerbeordnung mit Gefängnis, und zweifellos sehr hart, bestraft würde, wenn es Arbeiter wären, die einen anderen durch solche Mittel zur Teilnahme an einem Lohnkampf zwingen würden.

Die Reden sowie die in der Versammlung zum Ausdruck kommende Stimmung ließ erkennen, daß es in den Reihen der Holzarbeiter kein Wanken und Weichen gibt, daß sie, von froher Zuredung befeuert, aushalten werden im Kampf, bis ihnen ein annehmbarer Friede geboten wird.

#### Lapezierer!

Die Firma Markiewicz am Ende ihres Latens. Nachdem über 30 größere und kleinere Firmen der Lapezierbranche es abgelehnt haben, sich zum Koinage für die Firma Markiewicz gebranden zu lassen, die wegen Verweigerung der Streikarbeit ausständigen Gehälften fast durchgängig bereits wieder eingestellt sind, hat sie sich an die Kolonialmaterialienhandlung Danziger, Junferstraße, gewandt, damit diese kleinere Meister besorge. Doch scheint auch dieses erfolglos geblieben zu sein. Denn sie hat jetzt durch den bisherigen Meister Gese und die Werkführer Wendt und Kurz eine „Produktions-Genossenschaft“ gründen lassen, um die Arbeiten der Firma herzustellen. 6 Gehälften haben sich leider als „Genossenschaftler“ einzufangen lassen. Einzeln sollen die bisherigen Arbeitnehmer Rolle, Stiebert, Andra, Winkler, Kuring und Weidler als Anteil je 500 M., da jedoch fast alle trotz ihrer jahrelangen Tätigkeit bei Markiewicz es zu einem solchen Vermögen nicht bringen konnten, hapert es damit bedenklich und soll die Einlage dadurch aufgebracht werden, daß die „Genossenschaftler“ Afford arbeiten und pro Woche 33 M. Abschlag erhalten. Dem Meister Gese aber, der mit 2000 M. „von seinem Kapital“ einspringt, garantiert die „Genossenschaft“ seinen bisherigen jährlichen Verdienst von 4000 M. Damit hat die Firma anerkannt, daß die Haltung der Berliner Lapezierer es ihr unmöglich gemacht hat, ihren Bedarf außer dem Hause zu decken und gilt es jetzt auch die „Genossenschaft“ schon unter sich zu lassen. Räume sind in dem Hause Weissenstraße 21 gemietet, die Werkstatt zu meiden, ist Ehrensache jedes Kollegen. Die Ortsverwaltung.

#### Ein Eingriff der Gewerbeverwaltung und des Oberpräsidenten in den Tarifvertrag der Glaser.

Im das gedeihliche Verhältnis zwischen Meistern und Gesellen im Glaserhandwerk zu fördern, hatte die Berliner Gewerbeverwaltung die Glaserinnung anbehalten. Die Bestimmung des Statuts des partiellen Arbeitsnachweises, daß organisierte Arbeitgeber wie Arbeitnehmer bei der Arbeitsvermittlung in erster Linie berücksichtigt werden sollen, zu befestigen. Das Einigungsamt des Gewerbegerichts entschied jedoch am 8. November vorigen Jahres, daß beide Parteien trotz jener Mitteilung der Gewerbeverwaltung aus jenem Punkt des Tarifvertrages unbedingt zu befolgen haben. Die Innung aber fügte sich diesem Spruch des Einigungsamtes nicht, sondern wandte sich in einem langen Schreiben an den Oberpräsidenten zu Potsdam, damit er sie von jener Bestimmung des Arbeitsnachweises befreie, die ihre eigenen Vertreter seinerzeit gutgeheißen hatten. Sie stellten ihren Vertretern in diesem Schreiben folgendes Argumente aus:

„Der Vorstand der unterzeichneten Innung sah sehr bald ein, daß er beim Abschluß des Vertrages sich von den in solchen Dingen sehr erfahrenen Gehälftenvertretern gewissermaßen hatte überzumpeln lassen, indem er die eigentliche Absicht dieser Bestimmung nach ihrem unscheinbaren Wortlaut nicht erlirnt hatte.“

Es ist schon von den Vertretern der Gehälften vor dem Einigungsamt am 8. Novbr. hervorgehoben worden, daß jene Bestimmung in gemeinsamer Sitzung der Vertreter beider Parteien gründlich durchberaten worden war, also von einer Ueberrumpfung nicht die Rede sein kann.

Wie von einem preussischen Regierungsbeamten kaum anders zu erwarten war, fiel die Entscheidung des Oberpräsidenten ganz im Sinne der Gewerbeverwaltung aus. Das machte sich die Innung flugs zunutze. Eigenmächtig, ohne die Vertreter der Gehälftenorganisation zu Rate zu ziehen, beschloß die Innungsverwaltung, das Arbeitsnachweisstatut demgemäß abzuändern, und ließ am 5. Februar im Arbeitsnachweislokal ein Plakat anhängen, das die Ankündigung enthielt, daß Organisierte und Unorganisierte bei der Arbeitsvermittlung gleich behandelt werden sollten, und außerdem eine Verlegung der Nachweisstunden ankündigte, die ebenso eigenmächtig durchgeführt wurde. Selbstverständlich fühlten die Gehälftenvertreter dieses Vorgehen als einen Tarifbruch auf und wandten sich abermals an das Einigungsamt des Gewerbegerichts, das gestern mit den Vertretern der Parteien zu einer Sitzung zusammentrat. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn der Oberpräsident und die Gewerbeverwaltung dieser Sitzung beigewohnt hätten. Da hätten sie einen Eindruck empfangen können von dem schönen „gedeihlichen Verhältnis“ zwischen Meistern und Gesellen, das sie durch ihren Eingriff in den Tarifvertrag geschaffen haben. Die Vertreter der Parteien standen einander so froh gegenüber, daß der Vorsitzende Dr. Bresauer Nähe hatte, allzu scharfe Auseinandersetzungen zu verhindern. Eine Sitzung schien von vornherein ausgeschlossen, und ein Schiedsspruch kam nach den stundenlangen Verhandlungen und Beratungen ebenfalls nicht zustande. Die Entscheidung wurde vorläufig ausgeföhrt. Eine Sitzung des Einigungsamtes und des Kuratoriums des Arbeitsnachweises wird sich in den nächsten Tagen vornehmlich mit der Angelegenheit befassen.

Die bevorstehende Lohnbewegung im Berliner Baugewerbe beschäftigte am Mittwoch eine außerordentliche Generalversammlung der „Freien Vereinigung der Zimmerer“. Diese Versammlung sollte bereits am Sonntag stattfinden; sie mußte jedoch vertagt werden, weil der Andrang von Mitgliedern ein derartig starker war, daß der kleine Nebenraum der „Industrie-Festhalle“ die Zahl der erschienenen Besucher nicht zu fassen vermochte. Juppelap wies in seinem einleitenden Referat besonders auf den diesmaligen Ernst der Situation hin. Allem Anschein nach seien die Unternehmer gewillt, es zum Frühjahr zu einem Kampf kommen zu lassen resp. eine Aussperrung großen Stils vorzunehmen. Jeder müsse sich vor Augen halten, daß die Unternehmer im Baugewerbe gegenwärtig über eine vorzügliche Organisation verfügen, wie man sie in früheren Jahren dort nicht kannte. Daher sei auch zu erwarten, daß den Forderungen der Zimmerer und Maurer auf Bewilligung der achtstündigen Arbeitszeit nebst einem Stundenlohn von 85 Pf. von dem koalitierten Unternehmertum schon aus prinzipiellen Gründen der schärfste Widerstand entgegengesetzt werde. Komme es zum Kampf, so werde derselbe einen Umfang annehmen, wie ihn Berlin nie zuvor gesehen hat. Daher erzwänge jetzt auch der Freien Vereinigung der Zimmerer die Aufgabe, ihre Rüstung nach Möglichkeit zu vervollkommen, um allen Eventualitäten entgegengehen zu können. Man wisse ja noch nicht, was der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in seiner Generalversammlung, die am 18. und 19. Februar in Köln abgehalten worden ist, für Beschlüsse gefaßt hat; jedoch müsse mit allem gerechnet werden. Erst am 27. Februar findet eine erneute Sitzung der Rüstungskommission statt, über deren Ergebnis sich auch nicht das allgeringste voraussagen lasse. Unter eingehender Würdigung der Gesamtsituation hat sich der Vorstand daher beronnen, gesehen, zur Stärkung des Kampffonds der Versammlung folgenden Antrag zu unterbreiten:

In Erwägung, daß die den Arbeitgebern gestellten Forderungen, besonders die der Arbeitszeitverkürzung, auf heftigen Widerstand stoßen wird und aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer Aussperrung resp. Streik führen kann und dieser dann einen entbrennenden Kampf im Baugewerbe Groß-Berlins Dimensionen annehmen wird, wie nie einer zuvor, der dementsprechend auch ausreichende Mittel erfordert. In Anbetracht dessen, daß unsere Organisation in diesem Kampfe auf sich allein und ihre eigene Kraft angewiesen ist, beschließt die heutige außerordentliche Generalversammlung folgendes:

Jedes Mitglied, welches Anspruch auf Streik- oder Maßregelungs-Unterstützung erheben will, darf nicht länger wie sechs Wochen im Rückstand sein (§ 12. Abs. 1 des Statuts) und hat bis zum 31. März d. J. (13. Woche) 8 Extramarken à 50 Pf. zu liefern. Rückstände bis zu 6 Wochen werden von der Unterstützung in Abzug gebracht. Wer durch Arbeitslosigkeit oder Krankheit verhindert ist, bis zum festgesetzten Termin die Marken zu liefern, muß dieses dann nachholen, wenn er in Arbeit steht.

Nach längerer Diskussion wurde vorstehender Antrag mit großer Mehrheit angenommen. — Der Vorsitzende beauftragte sodann den Ausschluß eines Zimmerers wegen Denunziation von Holzarbeiter-Streikposten bei der Polizei. Ohne Debatte stimmte die Versammlung dem Ausschluß zu. Mit der Mahnung, die ausgesperrten Holzarbeiter moralisch in jeder Beziehung zu unterstützen, wurde die Versammlung geschlossen.

Zu den neuen Lohnforderungen der in der Herr. maßschneiderlei beschäftigten Gehälften nahm am Mittwochabend in Köhns Festhallen, Rieberswallstr. 20, eine Versammlung des Verbandes der Berliner Gewerbetreibenden der Herren Maßschneider Stellung. Einmütig bezeichnete man die geforderten Lohnrückstellungen als zu hoch und unannehmbar. Sie würden zum Ruin der mittleren und kleineren Existenzen führen und nur der Konfektion zugute kommen. Mit der Einführung eines einheitlichen Tarifs für Berlin war man einverstanden. Man hielt nur die jetzige Zeit, wo gerade die Hochsaison, für durchaus ungeeignet, in Verhandlungen über diese Frage einzutreten, die eine völlige Umwälzung des Gewerbes hervorriefen. Mit solchen Verhältnissen hätte kein Meister gerechnet. Man beschloß daher, dem Vorstande des Verbandes der Schneider mitzuteilen, daß man wohl einem Einheitstarif sympathisch gegenüberstehe, man jetzt aber, während der Hochsaison, unmöglich verhandeln könne und schlage deshalb vor, die Verhandlungen bis zum Hochsommer zu verschieben und inzwischen zu den alten Tarifen weiter zu arbeiten. Als letzten Termin zur Beantwortung setzte man Dienstag, den 26. d. M. fest mit der Mahnung, daß andernfalls von diesem Tage ab alle Betriebe stillgelegt werden.

Daß der Schneiderverband auf das mehr als naive Angebot, seine Lohnbewegung in die stille Zeit zu verlegen, nicht eingehen kann, ist selbstverständlich. Kommt es zu der angekündigten Aussperrung, so werden die Herren sich wundern, was der Verband für Patronen im Nothre hat.

Tarifumgehungen der Arbeitgeber in der technischen Hartgummibranche wurden in der letzten Versammlung der Hartgummiarbeiter zur Sprache gebracht. Anfangs Januar war es noch längerem Streik in dieser Branche zu einem Tarifabschluß zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern gekommen, der unter anderem auch folgenden Passus enthielt, daß schwachen Arbeitern ein Lohn nach gegenseitiger Vereinbarung gezahlt werden könne; die Bestimmung, wer als schwacher Arbeiter anzusehen sei, blieb dem Arbeitgeber überlassen. Jetzt versuchen es mehrere Arbeitgeber, eine möglichst große Zahl von Arbeitern als „schwach“ hinzustellen, um so am Lohn zu sparen. Ebenfalls sind entgegen den getroffenen Vereinbarungen Maßregelungen vorgenommen, indem alle Arbeiter nicht wieder eingestellt wurden. Die Versammlung kritisierte ein derartig vertragswidriges Verhalten der betreffenden Arbeitgeber mit aller Entschiedenheit und beschloß in einer Resolution, unter allen Umständen die volle Durchführung der tariflichen Abmachungen zu verlangen. In allen Fällen, wo die Arbeitgeber sich eines Tarifbruchs schuldig machen, sollen die Arbeiter sofort eine entsprechende Meldung an die Organisationsleitung gelangen lassen, damit die nötigen Gegenmaßnahmen getroffen werden können.

Achtung, Brauereiarbeiter! Infolge Differenzen mit der Direktion und Betriebsleitung des Norddeutschen Brauhauses in Grünau wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages und fortgesetzter ungeduldfertiger Entlassung organisierter Brauereiarbeiter haben sämtliche organisierten Brauereiarbeiter einmütig die Arbeit niedergelegt. Zugun Gun Grünau bei Berlin ist fernzuhalten.

Das Norddeutsche Brauhaus in Grünau (früher Brauerei Siemens) ist für organisierte Brauereiarbeiter gesperrt.

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter. Zweigverein Berlin I und II.

#### Deutsches Reich.

Der Streik der Fleischergehilfen in Eisenberg in Thüringen, der bereits seit dem 10. Januar andauert, ist nun noch dadurch verschärft worden, daß die Wurstfabrikanten auf diejenigen Fleischermeister, welche noch organisierte Gesellen beschäftigten, einen erfolgreichen Druck ausübten, ihre Gesellen wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation vor die Wahl zu stellen, entweder aus derselben auszutreten oder ihre Entlassung entgegen zu nehmen. Die Gesellen erklärten, keinesfalls aus der Organisation auszutreten, worauf ihre Entlassung erfolgte. Eine etwa tausendköpfige Volksversammlung am 16. Februar, in der der Verbandsvorsitzende Haupt-Verein über: „Der Stand des Streiks und die ungeheure Wirkung des Boykotts“ referierte, sprach ihre vollste Entschätzung aus über das brutale Verhalten der Wurstfabrikanten und der Fleischerinnung, die sich mit den letzteren solidarisch erklärt hat. Selbst der Reichsverband zur Verleumdung der Sozialdemokratie mißt sich in den Streik und verurteilt den Kampf als „Folge der Niederlage der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen“ hinzustellen. Die organisierte Arbeiterschaft Eisenbergs bezieht ihren Fleischn- und Wurstbedarf nur noch von Nichtnennungs-Fleischermeistern. Der

von der Arbeiterschaft Eisenbergs ausgesprochene Boykott der „Thüringer Fleischn- und Wurstwaren“ hat eine ungeheure Wirkung auch auswärts. So finden sich jetzt täglich Agenten und Reisende der Eisenberger Wurstfabrikanten im Bureau des Zentralverbandes der Fleischergehilfen in Berlin ein, um dort Verhandlungen über den Streik bezug. Die Ursachen desselben einzuziehen und Klagen über den Ausfall ihres Verdienstes vorzubringen. Die Wurstfabrikanten müssen einen großen Teil Bestellungen zurückweisen, weil sie nicht liefern können. Trotzdem hält ihr Herrdünkel sie zurück, die geringen Forderungen der streikenden Gesellen zu bewilligen.

#### Kündigung der „Gelben“ Gewerkschaften.

Auf eine großartige Idee kam die Maschinenfabrik Augsburg, die Mutter der „Gelben“ in Deutschland. Die Direktion gibt an die „Gelben“ des Betriebes Lebensmittel zum Selbstkostenpreis ab, und zwar Reis, Gerste, Erbsen, Erbsen und Linen. Die Direktion geht offenbar von dem Gedanken aus, daß die „Gelben“ nach einem halben Jahre der Kost im kräftigsten Maße frischen Körperlich soweit zugenommen haben werden, daß sie einen gelegentlichen Lohnabzug, der in bürgerlicher Weise begründet wird, ganz gut ertragen können.

#### Ausland.

Aussperrungs-epidemie in Russland. In der letzten Zeit hat in Russland eine wahre Aussperrungs-epidemie begonnen. Die Unternehmer beeilen sich unter dem Schutze der Reaktion, den Arbeitern alles wegzunehmen, was sie in den letzten zwei Jahren erlirmpft haben. Und da die Arbeiter noch nicht genügend organisiert sind und keine bedeutenden Geldmittel besitzen, so werden die Aussperrungen zum System erhoben.

So wurden in Warschau die Arbeiter der Aubert-, Strumpf- und einiger anderer Fabriken ausgesperrt und ist zum zweitenmale in den Schneiderwerkstätten die Aussperrung verhängt. — In Shtomir (Gouv. Wolhynien) dauern die Aussperrungen in den Schneiderwerkstätten fort. — In R o j e r wurden in der Streichholzfabrik „Wly“ etwa 500 Arbeiter ausgesperrt, in Wilna — 2000 Hirschenmacher. — In Danaburg waren die Arbeiter der Handschuhfabriken ausgesperrt. In Lodz werden die Aussperrungen sogar auf Werkstattheister und Kontorangestellte ausgedehnt. — In Petersburg drohen die Buchdruckermeister mit der Aussperrung und die Moskauer Buchdruckermeister gehen mit ähnlichen Absichten um, zu welchem Zwecke sie sich mit den Petersburgern in Verbindung gesetzt haben. —

#### Versammlungen.

Eine Mitgliederversammlung der Vereinigung der Maler, die am Freitag in Düssel stattfand, besahte sich mit der Vornahme der Stichwahlen zur Generalversammlung in Leipzig. Nach den Feststellungen setzen sich die Delegierten des ersten Bezirks wie folgt zusammen: Jakobel, Riech, Klemming, Haase, Hoels, Ehrhardt, Kloy, W. Müller, B. Stein, Hansen, Eisner, Wagner und Gendrischke. Zugenannte fünf gingen aus dem Resultat der Stichwahl hervor. Der weitere Punkt der Tagesordnung galt der Statutenberatung, wovon in der Hauptsache die Annahme folgender Anträge zu registrieren ist: Dem Titel „Vereinigung der Maler, Lackierer, Antreiber usw.“ soll in Zukunft in Parenthese „Zentralverband“ beigefügt werden, um, wie ausgeführt wurde, von den fast ausnahmslos ebenfalls sich „Vereinigung“ nennenden Lokalorganisationen besser unterschieden zu werden. Von einem gänzlichen Falllassen des historisch gewordenen Titels wurde Abstand genommen. Bezüglich des Beitritts wird ein Zusatz akzeptiert, welcher nur denjenigen als ausnahmsweise erachtet, welcher das Gewerbe nicht selbständig betreibt und im Zusammenhange hiermit den von der Mitgliedschaft abzuschließen, welcher länger als zwei Jahre das Gewerbe selbständig betreibt. Auf Anfrage aus der Mitte der Versammlung wurde konstatiert, daß unter vorerwähnten Abänderungen die sogenannten „Spezialisten“ nicht fallen, sondern der Antrag lediglich den Erfahrungen des letzten Streiks entgegensteht. Ein Antrag der Ortsverwaltung: „Bei dem Uebereinstimmen aus anderen Organisationen wird der Teil der Beiträge in Anrechnung gebracht, die seiner Zeit für die Hauptkasse abgeführt wurde“, findet nicht die Zustimmung der Versammlung. Um jedoch dem alleseitig anerkannten Bedürfnis bezüglich der Fluktuation im Berufswechsel Rechnung zu tragen, einigt man sich dahin, die Zahl der wirklich geleisteten Beiträge beim Uebertreten anzurechnen. Die Befreiung von der Eintrittsgebühr erleidet durch diese Maßnahme keinerlei Beschränkung. Betont wurde seitens der Ortsverwaltung, daß dieses Entgegenkommen auch für den Uebertritt der Mitglieder der Lokalverbände Platz greifen soll. In den Vordergrund der Debatte tritt nunmehr die Beitragsleistung. Der Zweckmäßigkeit halber wird die Leistung der Hauptkasse bei Streiks ebenfalls unter diesem Punkt mit zur Beratung gestellt. Nach längerer Diskussion verabschiedet sich die Meinung der Versammlung zur Annahme der seitens der Ortsverwaltung vorgeschlagenen Anträge, welche wie folgt wiedergegeben sind: Der Beitrag für männliche Mitglieder darf in den 35 Sommerwochen, vom 1. März bis 31. Oktober, nicht unter 45 Pfennig, in den 17 Winterwochen, vom 1. November bis Ende Februar, nicht unter 15 Pfennig betragen. Von den Sommerbeiträgen werden 40 Pf. und von den Winterbeiträgen 10 Pf. an die Hauptkasse abgeführt. Der Beitrag für weibliche Mitglieder beträgt pro Woche 20 Pf., wovon 10 Pf. an die Hauptkasse abzuführen sind. Einzelmitglieder, welche an Orten arbeiten, wo sich keine Verwaltungsstelle der Vereinigung befindet oder im Auslande befindliche haben den Beitrag von 50 und 15 resp. 30 Pf. voll an die Hauptkasse einzulösen. Streikunterstützung: Diellunterstützung männlicher Mitglieder beträgt: von der 1. bis zur 13. Woche der Mitgliedschaft für Verheiratete 1,50 M. pro Tag, pro Woche 9 M., für Ledige 1 M. pro Tag, pro Woche 6 M. Von der 14. bis zur 52. Woche der Mitgliedschaft für Verheiratete 2 M. pro Tag, pro Woche 12 M., für Ledige 1,50 M. pro Tag, pro Woche 9 M., über ein Jahr der Mitgliedschaft für Verheiratete 2,50 M. pro Tag, pro Woche 15 M., für Ledige 2 M. pro Tag, pro Woche 12 M. — Eine Anregung, bei Streiks oder Aussperrungen die Beiträge nicht zu erheben, wird den Delegierten zur Erwägung anheim gegeben. — Eine Härte im Statut, welche denjenigen trifft, welcher länger als 18 Wochen krank ist und infolge der beitragsfreien Warten in der Karenzzeit zurückgestellt wird, wird dahingehend geändert, daß die beitragsfreien Warten nur auf Antrag gestellt werden. Zu erwähnen ist noch der Antrag, der die Neuwahl des ersten Vorsitzenden und Kassierers als leitende Beamte der Filiale für die Zukunft ausschaltet. Unter Hinweis auf die im Laufe der nächsten Woche stattfindenden Bezirksversammlungen mit der Tagesordnung Wahl der Bezirksführer tritt Schluß ein.

Berichtigung. Wohl nur der Druckfehlerteufel läßt mich in dem Versammlungsbericht aus dem vierten Streife in Nr. 44 des „Vorwärts“ sagen, es müßten in Zukunft in der Parteipresse mehr Organisationsartikel gebracht werden. In Wirklichkeit habe ich ausgeführt, es müßten mehr Originalartikel in der Presse gebracht werden. Otto Weithner.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 24. Februar, vornittags 9 1/2 Uhr, im Rathaus (Eingang Adenstraße), Saal 100: Versammlung. Freireligiöse Versammlung. — Vornittags 10 1/2 Uhr in der Schule, kleine Rannfurterstr. 6: Vortrag von Herrn Adolf Stern: „Religion oder Geist.“ Herren und Damen als Gäste sehr willkommen.

Tele- und Diskontierklub „Galencler“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Koff. Elisabethstr. 18: Sitzung.

#### Briefkasten der Expedition.

Vasenten in Berlin, Duch usw. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Posthülle bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Freireligiösen sofort ihre Adressen einschicken, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.

# Verband der Tapezierer.

Filiale Berlin.

Sonntag, den 24. Februar 1907, vormittags 10 Uhr präzise, in den Sophien-Sälen, Sophienstraße 17/18 (früher Handwerkerverein):

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

### Der Aussperrungs-Beschluß der Unternehmer.

Referent: Kollege Otto Wels.

Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt.  
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. 177/7\* Die Ortsverwaltung.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Haupt-Bureau: Zimmer 34, Amt IV, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt IV, 9679.

## Sonntag, 24. Februar, vorm. 10 Uhr: General-Versammlung

in der „Neuen Welt“, Hasenheide 108-114.

Tages-Ordnung:

1. Neu- und Ergänzungswahlen für Angestellte im Bureau. 2. Weiterberatung der Vorträge zum Verbandstag. 3. Bericht des Vorstandes. 4. Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. 113/13  
Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Freitag, 22. Februar, abends 8 1/4 Uhr, bei Keller, Koppenstr. 29:

## Zentrums-Vertrauensmännerversammlung

≡ Jede Werkstatt muß vertreten sein. ≡

# Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschl.

Zweigvereine Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 24. Februar, vormittags 10 Uhr, im Etablissement Buggenhagen, Moritzplatz:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Kassenbericht vom 4. Quartal 1906. 2. Jahresbericht vom Jahre 1906. 3. Wahlen der Beschwerdekommision, Schlichtungskommision und der Redaktoren. 4. Verbandsangelegenheiten.  
Mitgliedsbuch legitimiert, ohnedem keinen Zutritt.  
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig. 32/13\*  
Der Zweigvereins-Vorstand.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Branche der Maschinenarbeiter.

Sonntag, den 23. Februar 1907, in Kellers Festsälen, Koppenstr. 29:

## Gr. Wiener Masken-Ball.

Drei Musikkapellen. Großartige Ueberraschungen.

Anfang 8 1/2 Uhr. Billett 50 Pf.

Billette sind bei Pankow, Gubenerstr. 12, und bei Lorenz, Koppenstr. 29 zu haben.

Das Komitee.

Montag, den 25. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

## Branchen-Versammlung

aller auf Küchenmöbel beschäftigten Tischler und Maler.

Die Kollegen von Weizensee und Nigbois sind hierzu eingeladen.  
Der Branchenleiter.

## Achtung! Herren-Maßschneider! Achtung!

Sonntag, den 24. Februar, mittags 12 Uhr, im Feen-Palast, Burgstr. 24:

Mittwoch, den 27. Februar 1907, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

## Öffentl. Versammlungen.

Tages-Ordnung:

## Die Situation in der Herren-Maßbranche.

Referenten: Kollegen Ritter und Kunze.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Einberufer.

182/6\*

## Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

(Eingel. Nr. 111/12, Hamburg.) Filiale Berlin 3.

Sonntag, den 24. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Kassenbericht. 2. Die bevorstehende Generalversammlung und die Vorträge des Vorstandes. 3. Aufstellung der Kandidaten. 4. Beschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

113/12 Die Ortsverwaltung.



## „Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein“

Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

## Vereinstour.

Aut. Beschluß der Funktionäre. Sitzung geht der Kassenbuch nach Baumgartenweg, Kiermann. Start 2 Uhr Schließende Bräde. Bei schlechtem Wetter mit der Bahn.

Heute Freitag, abends 9 Uhr: Fahrwartinssitzung

Klosterstraße 101 bei Basse. Pünktliches Erscheinen ist erwünscht.

Sonntag, den 24. Februar, nachmittags 2 Uhr: Sitzung der Agitationskommission

Klosterstraße 101 bei Basse.

## „Vorau II“

Produktiv- u. Einkaufsgenossenschaft des „Berliner Arbeiter-Radfahrer-Vereins“.

Heute Freitag, 22. Februar, abends 9 Uhr, im Olympia, Landsberg, Allee 40/41: General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Geschäftsführers. 3. Vorträge des Vorstandes. 4. Geschäftliches. 5. Neuwahl des Vorstandes. Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

11/10

# H. Greifenhagen Nachf.

Brunnen-Strasse 17-18

Veteranen-Strasse 1-2.

## Vorzugspreise für Lebensmittel

Freitag  
Sonnabend

Pökelkamm . . . . . Pfund 78 Pf.

Cassler Rippespeer . . . . . Pfund 80 Pf.

Neu aufgenommen: Als Specialität: Wiener Dampfwurst Pfd. 80 Pf.

Pommersche Leberwurst in ganzen Würsten . Pfd. 55 Pf.

Pommersche Land-Mothwurst in ganzen Würsten Pfd. 75 Pf.

Sächsische Rotwurst . . . . . Pfd. 55 Pf.

Prima Schinkenspeck . . . . . Pfd. 98 Pf.

Pa. Räucher-Lachs in Portionsstücken Pfd. 80 Pf.

Haushalt-Marmelade in 5 Pfd.-Eimern 1.15 M.

Kunst-Honig in 5 Pfd.-Eimern . . Eimer 1.45 M.

Jeden Abend von 6 Uhr an: Prager Schinken in Brötlitz gobacken 1/4 Pfd. 50 Pf.

Ein Posten Tafel-Aepfel Pfund 18 Pf.

Ein Posten Blumenkohl Kopf 15 Pf.

Zucker 2 Pfd. 35 Pf. Allerfeinste Tafelbutter Pfd. 1.20

## Zentralverband d. Brauereiarbeiter

Zweigverein Berlin.

Anfolge Differenzen wegen Nichtanerkennung des Tarifes und fortgesetzter Entlassung organisierter Arbeiter, haben im Norddeutschen Brauhaus in Grünau sämtliche Mitglieder unseres Verbandes die Arbeit niedergelegt.

Zuzug nach Grünau ist fernzuhalten.

Das Norddeutsche Brauhaus in Grünau (Kontor Berlin, Köpenickerstraße 129), ist für organisierte Brauereiarbeiter gesperrt. Ortsverwaltung Berlin I. Fernsprecher-Amt VII. 13 837. Ortsverwaltung Berlin II. Fernsprecher-Amt VII. 1090.

## Die Lage der arbeitenden Klasse in Russland.

Eine historische Darstellung an der Hand amtlicher und privater Untersuchungen und der Berichte der Fabrikinspektoren von 1861 bis in die heutige Zeit.

Von H. A. Paschikow.

Autorkifizierte Uebersetzung von Dr. Kuchinson.

Band 40 der Internationalen Bibliothek

Preis broschiert 2,50 M., gebunden 3 M.

Ferner empfehlen wir:

Sechzehn Jahre in Sibirien.

Erinnerungen eines russischen Revolutionärs

von Leo Deutsch.

Mit 7 Porträts und 6 Illustrationen.

Preis broschiert 3 M., gebunden 3,50 M.

Expedition des „Vorwärts“

BERLIN SW. 68

Pindenstr. 69, Laden.

Neu eröffnet!

Erste Tegeler Roß-Schlächtere

Schliederstraße 80, am Bahnhof.

Für gute Ware ist bestens gesorgt!

30789 Hermann Hinz.

Achtung, Maurer!

Unterricht im deutschen Zeichnen, Veranschlagen, Lohnberechnen usw.

Zusatzbildung zum Polier! Katerstellung für Bauleute! 15885

Maurermeister Karras

Eidenburgerstr. 24 I

(am Bahnhof Puffstraße).

Dr. Simmel, Prinzen-

Str. 41,

Spezialarzt für

Haut- und Harnleiden.

10-2, 5-7 Sonntags 10-12, 2-4.

## Das größte Brot! 6 Stück 10 Pf.

Albrechts Bäckereien: Krautstr. 19, Wrangelstr. 135, Lüssitzerstr. 2, Falckensteinstr. 32, Zentrale: Boxhagenerstr. 13. Pöcklerhalle 222/223, Andreashalle 16/18.

Backware nur allein in:

3081L\*

Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

Eine furchtbare Schiffskatastrophe

Hat sich durch den in ganz Mitteleuropa wütenden Sturm in der vorgefrigten Nacht an der holländischen Küste ereignet. Der zwischen Hartwich und Goel van Holland verkehrende Passagierdampfer „Berlin“ ist bei der Einfahrt in den Hafen von Goel gescheitert und mit Passagieren und Besatzung untergegangen. Nach den bisherigen Meldungen haben 141 Personen, darunter 91 Passagiere in den Fluten den Tod gefunden. Ueber die Katastrophe liegen folgende Meldungen vor:

Rotterdam, 21. Februar. Der Dampfer „Berlin“ der Linie Hartwich-Goel van Holland, der aus London kam und heute morgen in Rieuwe Waterweg einfahren wollte, ist infolge des Sturmes an der Nordmole gescheitert. Der Dampfer ist in zwei Teile gebrochen und ein Teil gesunken. Die Passagiere und die Besatzung befinden sich auf dem Hinterteil des Schiffes, das noch aus dem Wasser hervorragt. Ein Rettungsboot versucht sie zu retten.

Ein weiteres Telegramm aus London meldet: Alle an Bord des bei Goel van Holland gestrandeten Dampfers „Berlin“ befindlichen 141 Personen, darunter 91 Passagiere sind ertrunken.

25 Leichen geborgen. Rotterdam, 21. Februar (1 Uhr 56 Minuten). Bis Mittag waren von den bei der Strandung des Dampfers „Berlin“ Verunglückten 25 Leichen geborgen, ferner wurde ein Geretteter an Land gebracht. Dem „Handelsblad“ zufolge machten die an die Unglücksstelle gesunkenen Rettungsboote die größten Anstrengungen, um die an Bord des „Berlin“ befindlichen Personen zu retten, konnten sich aber wegen heftigen Sturmes und wilder See dem Schiffe nicht nähern.

Die Zahl der Verunglückten ist noch größer. Ein späteres Telegramm aus Rotterdam meldet: Von den Agenten der Linie Hartwich-Goel van Holland wird mitgeteilt, daß „Berlin“ 120 Passagiere und eine Besatzung von 60 Mann, im ganzen also 180 Personen an Bord hatte; die Namen der Verunglückten haben noch nicht festgestellt werden können. Die 25 Leichen, die, wie bereits gemeldet, geborgen sind, wurden heute vormittag 11 Uhr an Land gespült. Zwei Personen sind gerettet, eine davon ist der zweite Steuermann, ein Engländer, der bewußtlos in ein Hotel in Goel van Holland gebracht worden ist. Um 11 Uhr vormittags wurden an Bord des Wracks nur noch einige Personen bemerkt, es ist also sehr zweifelhaft, ob außer den bereits gemeldeten zwei noch weitere Personen gerettet sind.

Dem „V. L.“ wird über das Unglück noch folgendes gemeldet: Als der Dampfer „Berlin“ der Great Eastern Railway Company, welcher gestern nacht aus Hartwich abgefahren war, sich heute früh im ersten Morgengrauen der holländischen Küste und der folgenden Brandung der Bai von Goel van Holland näherte, wehte ein orkanartiger nordwestlicher Sturm. Das Schiff wurde von den sturmbelegten Wellen auf die nördliche Mole an der Maasmündung geworfen, wo es sofort entzwei brach, voll Wasser strömte und unterging. Die gesamte Besatzung und alle Passagiere sind ertrunken. Rettungsboote konnten in der rasenden Meerbrandung keine Hilfe leisten. Die Wellen mühten allen an Bord Befindlichen sofort Tod und Verderben gebracht haben. Von den Passagieren wurden manche in ihren Kabinen überrascht. Hohe Wellen verhinderten die Rettungsmannschaft, sich an die Unglücksstelle zu begeben, um nach etwaigen Überlebenden zu suchen. Vielleicht werden noch einige an Land gespült werden; es besteht jedoch die größte Wahrscheinlichkeit, daß die Wellen sich als Grab über allen schlossen. Das Schiff „Berlin“ sankte 1775 Tonnen brutto und war im Jahre 1894 erbaut. Die Dampfer der Great Eastern-Linien werden mehr von Fremden, besonders Engländern und Deutschen usw., als von Holländern bemagt, weil letztere ihre nationale Linie Vlissingen-Queensborough bevorzugen.

Späteren Meldungen zufolge ist der Dampfer „Berlin“ mit der gesamten Post total verloren. Das Schiff ist außerhalb des Hafens, aber in Sichtweite von Land auf eine Sandbank aufgelaufen. Der Seegang zur Zeit des Auslaufens war derart, daß jede Hilfeleistung ausgeschlossen war.

Nach amtlicher Feststellung befinden sich unter den verunglückten Passagieren der königliche Kurier Arthur Herbert und 19 Chormitglieder einer deutschen Operngesellschaft, die kürzlich im Covent Garden-Theater in London Vorstellungen gegeben hat.

Dem Reuterschen Bureau in Amsterdam wird aus Goel van Holland gemeldet: Das Hinterteil des gestrandeten Dampfers „Berlin“ liegt unerrückbar fest. An Bord befinden sich noch einige Personen, die man bei Eintritt der Ebbe retten zu können hofft. Nur eine Person ist lebend an Land gebracht worden, und zwar Kapitän Parkison aus Belfast, nicht wie vorher gemeldet, der zweite Steuermann. Der Gerettete ist in Goel van Holland im Hotel untergebracht worden. Die 25 geborgenen Leichen sind in Goel van Holland im Bahnhof niedergelegt.

Rotterdam, 21. Februar. Die deutsche Operngesellschaft, die sich an Bord des gestrandeten Dampfers „Berlin“ befand, bestand aus 35 Personen, die sich nach Dortmund begeben wollten. Alle sind umgekommen, nur ein Mitglied der Gesellschaft, namens Denninger, kam bei der Abfahrt des Dampfers zu spät und machte daher die Reise über Antwerpen. Denninger traf heute früh hier ein, wo er sich den übrigen Mitgliedern der Gesellschaft wieder anschließen wollte.

Verunglückte deutsche Passagiere.

London, 21. Februar. Nach der Passagierliste des gestrandeten Dampfers „Berlin“ befanden sich folgende Deutsche oder vermutlich aus Deutschland stammende Personen an Bord: Fräulein Dery, Herr Laninger, Herr A. Frankenberg, Herr Safford-Manchester, Herr Augustus Dirsch, Herr und Frau Gerabohli-Liverpool, Herr Themann, Herr Hochländer, Herr Helfenstein und Herr Raismann.

Weitere Schiffsunfälle werden aus verschiedenen Städten gemeldet:

Brüssel. Infolge des überaus heftigen Orkans scheiterte das Fischerboot „Maria“ bei Dünkirchen. Der Fahrer und zwei Leute ertranken.

Nach Pariser Meldung sind zur Hilfeleistung bei dem an der westafrikanischen Küste auf Grund geratenen Kreuzer „Jean Bart“ aus Dakar mehrere Schiffe abgegangen, ebenso aus Langer der Kreuzer „Norbin“. Außerdem werden der Kreuzer „Gloire“ und der Transportdampfer „Drôme“ Frankreich zu gleichem Zweck verlassen.

Auf Scharhörsand liegt ein großer Dampfer fest, zu dessen Assistance Schlepper abgegangen sind.

Nach einem Telegramm des großen Kreuzers „Moon“ ist der Hamburger Dampfer „Kakrele“ am 20. d. Mis. kurz nach 8 Uhr abends auf 64 Grad 8 Minuten Nordbreite und 8 Grad 19,5 Minuten Ostlänge auf 21 Meter Wasser gesunken. Die Besatzung des Dampfers wurde bis auf einen Roskisten durch „Moon“ gerettet. Der Kreuzer „Moon“ befindet sich zurzeit im Verbande der Aufklärungsschiffe auf einer Übungsreise in der Nordsee.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste! Am Sonnabend, den 23. Februar, veranstaltet der Gesangverein „Melodia“ im Restaurant „Deutsches Haus“, Schmargendorf, ein Vergnügen. Wir weisen darauf hin, daß das genannte Lokal der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung steht und sind deshalb alle dortigen Veranstaltungen seitens der Parteigenossen streng zu meiden.

Weißensee. Am Sonntag, den 24. Februar, früh 8 Uhr, findet von allen Abteilungslokale aus eine Flugblattverbreitung statt. Die nächste Generalversammlung des Wahlvereins findet am Dienstag, den 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Prälaten“, Lehderstr. 122 statt. Zahlreiche Beteiligung an beiden Veranstaltungen erwartet Der Vorstand.

Scharnhorst. Am Sonnabend, den 23. Februar, abends 8 Uhr, findet die Generalversammlung des Wahlvereins bei Pösch statt. Auf der Tagesordnung steht: Bericht des Vorstandes und Neuwahl desselben. Die Genossen werden ersucht, zu dieser Versammlung zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Königs-Wusterhausen. Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 24. Februar, morgens 7 Uhr, von dem bekannten Lokale aus eine Flugblattverbreitung stattfindet. Es wird den Genossen zur Pflicht gemacht, sich vollzählig und pünktlich an derselben zu beteiligen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Ablehnung der Wertzuwachssteuer vorlage durch den von der Stadtverordnetenversammlung eingesetzten Ausschuss läßt auf das endgültige Schicksal dieser Vorlage noch keinen sicheren Schluß zu. Im Ausschusse erfolgte die Ablehnung der Vorlage mit acht gegen vier Stimmen, drei Mitglieder des Ausschusses fehlten, die wären sie anwesend gewesen, für die Vorlage gestimmt hätten. Demnach wäre bei besser Besetzung des Ausschusses die Ablehnung mit acht gegen sieben Stimmen abgelehnt worden. Das endgültige Schicksal der Vorlage liegt nunmehr im Plenum der Stadtverordnetenversammlung und steht auf des Messers Schneide.

Berliner Spielclubs.

Die neue Falschspielerassäre, über die wir gestern berichteten, lenkt wieder einmal die Aufmerksamkeit auf die in Berlin bestehenden Spielclubs, deren es eine ganze Anzahl gibt. Es dürfte deshalb eine Schilderung über das Wesen dieser Spielclubs nicht uninteressant sein, die wir den von Hans Cjornald herausgegebenen „Großstadt-dokumenten“ entnehmen:

Der beste von ihnen ist der Klub von 1880 — ziemlich auf einer Stufe mit dem Turfklub —, der hauptsächlich die Vorzeile zweiten Grades, Schriftsteller, Journalisten, Theaterleute, Rechtsanwältel und Ärzte, die üblichen Grafen und Barone, auch echte Prinzen zu seinen Mitgliedern zählt. Im Klub von 80 wird wieder hauptsächlich in den Radonitostunden und zwar vorzugsweise Carté und Biquet gespielt — eine Zeitlang gab es die größten Partien in diesem Klub und wenn man vom Glück und vom Ende eines Spielers hörte, dann wurde er nur zu oft in Verbindung mit ihm genannt. Dort oben, unter den Linden, sind auch die großen Gewinner Berlins zu finden und mit neidischer Bewunderung zeigt man sich die Herren, die immer und immer gewinnen, die sich in wenigen Jahren am Kartentisch in lauter Arbeit ein Vermögen gemacht haben, die mit einem bescheidenen Monatslohn von einhundertundfünfzig Mark ihren Einzug in Berlin hielten und heute nur in eigenen Equipagen und Automobilen fahren, Kienperle besitzen und in größtem Stille leben. Bis auch sie wieder das Geschick ereilt, wenn sie nicht so klug sind aufzuwachen.

In den jüngeren Klubs ist die Zusammenziehung die gleiche, vielleicht, daß die Konfektion um den Hausvogteiplatz einen größeren Prozentsatz zu den Spielern stellt als in den alten Klubs. Einen integrierenden Bestandteil in allen diesen Gesellschaften bilden die Juristen, vornehmlich Rechtsanwältel, die von der Ressource angehangen bis herab zu den kleinen Binscherklubs in der Potsdamerstraße unermüdet an den Spieltischen sitzen. Für jeden, der mit der Psychologie des Spielers vertraut ist, leicht erklärlich, denn gerade die geistig besonders anstrengenden Anwälte suchen und brauchen nach des Tages aufreibender Arbeit die Ablenkung im Spiel. Daß sich dann mancher zu weit hineinsetzt und zu Grunde geht durch die Karten, ist ein trauriges Geschick, und es wäre ganz verfehlt, daraus etwa schließen zu wollen, daß die Rechtsanwältel die wildesten Spieler sind. Man hört nur von dem Niederbruch eines Anwalts deshalb mehr sprechen, weil durch seinen Fall weitere Schichten der Bevölkerung berührt werden, weil er sich naturgemäß nicht in einem kleinen Kreise abspielen kann. Zuweilen waren es die begabtesten, die sich ruinieren haben und die jetzt, fern von Berlin, ein bescheidenwertes Dasein führen, man nennt sich andere, die die Einkünfte ihrer enormen Praxis vollständig am Spieltisch lassen, es gibt auch einige, die vom Bericht in den Klubs, dann ins Bureau und schließlich wieder in den Klub gehen. Nur an Sonntagen machen sie eine Ausnahme, da gehen sie gar nicht ins Bureau.

Eine Kategorie ist unter den Spielern ziemlich vollständig verschwunden: die Offiziere. Ein Umstand, der zweifelsohne auf das energische, unachsichtige Einschreiten des Kaisers zurückzuführen ist. Damit soll nicht gesagt sein, daß das Spiel in der Armee vollständig ausgestorben ist, in den kleinen Garnisonen an der östlichen Grenze, wo die Fische sich „Gute Nacht“ wünschen und die Karten den letzten Zusammenhang mit der Kulturwelt bilden, nach den Liebesmählern, wenn die höheren Chargen vom Hauptmann auswärts sich entfernt haben, wird wohl noch genügend gespielt. Daß sich aber niemals wieder ein Generalmajor oder ein Oberst mit ganz jungen Offizieren an den Kartentisch setzen werden zu gemeinsamem Tun wie in Hannover anno Wechselweitschulprophet, ist ausgeschlossen.

In den Berliner Klubs sind die Offiziere keineswegs in der verschwindenden Minorität. Sie könnten ja auch gar nicht mittun bei den enormen Summen, um die es sich zumeist handelt. So kommt es, daß die Offiziere mehr unter sich spielen, sie werden dann auch nie so leicht öffentlichen Skandalen ausgesetzt sein, wie es früher nur allzu oft geschah.

In den Klubs freilich, die ihre großen Tage nur nach den Pferderennen haben, den kleinen Hoppengartener, dem Groß-Vorheller- und dem Heiligendammerklub, in denen oft genug mehr Berliner als „Eingeborene“ erscheinen, werden die Offiziere naturgemäß stärker vertreten sein.

Es ist eine alte Tatsache, daß in Schauspielerkreisen von jeder die Spielendeenschaft — und nicht nur für das Spielen auf der Bühne — tiefe Wurzeln geschlagen hat. So lag denn nichts näher, als daß in der Reichshauptstadt flugs ein Klub für Schauspieler gegründet wurde. Selbstverständlich nur idealen Zwecken bestimmt, um einen Mittelpunkt für die zerstreuten Kärner von Theatralen zu schaffen. So stand schwarz auf weiß gedruckt und wer, stolz auf den Besitz, die Statuten nach Hause trug und dort las, der glaubte an die Wahrheit der gefundenen Worte, mußte daran glauben.

Wer aber die Probe auf das Exempel machen wollte und in den Klub — unter den Linden — hinaufging, der sah dort die Kolossalische, die Pörschspieler, Tarak und Kabrias wegen der vielen Theaterlieder, kurz alles, was auf diesem Gebiete vorhanden. Bis auch dieser Klub sein intimes Ständchen hatte und das Vorspielen verboten wurde — aber sonst blieb alles beim alten und es wird weiter gespielt, zuweilen sogar um recht erhebliche Summen, wenn

die alten Kämpen erscheinen mit den schneeweißen Haaren und der großen Vergangenheit.

Das gleiche Bild in einem der größten Schriftstellerklubs im Westen der Stadt, auch dort wird recht brav „gearbeitet“. Und auch dort werden die Nächte zu Tagen gemacht.

Rein sportlichen Interesses dienen zwei Klubs in Berlin, der Union- und der Automobilklub, von den unzähligen, bedeutungslosen Fecht-, Turn-, Ruder-, Schwimmlubs natürlich abgesehen.

Es liegt in der ganzen Entwicklung unserer Zeit, daß man heute mehr von dem jungen Automobilklub, der das früher Weid- rüberische Palais am Leipziger Platz bewohnt, hört und spricht, als von dem Unionklub, der einst in Berlin die erste Stelle unter allen Klubs einnahm, nicht zuletzt als Spielklub, der ja auch heute noch eine große Bedeutung hat durch die Veranstaltung der Pferderennen in Hoppengarten.

Dem größeren Publikum bekannt, weil in ihren Räumen vielfach die Festlichkeiten der Berliner Gesellschaft gefeiert werden, sind zwei Vereinigungen, die Theobaldische Ressource in der Oranienburgerstraße und die Gesellschaft der Freunde in der Potsdamerstraße. Die erste betrifft das gute, erbeingefessene aristokratische Bürgertum Berlins, die großen Grundstücksbesitzer, Bierbrauer und Schnapsbrennereibesitzer im Norden, die zweite das gute erbeingefessene jüdische Bürgertum Berlins, die alten, vornehmen Kaufleute im Westen.

Das Publikum, das sich in diesen Spielklubs zusammensindet, hat natürlich mit dem arbeitenden Berlin nichts gemein.

Die Mischzentrale, die seinerzeit von dem vor kurzem verstorbenen Landesökonomierat Ring ins Leben gerufen wurde, hat ihren Grund nicht lange überlebt, die Auflösung war nicht mehr aufzuhalten und ist nunmehr beschlossene Sache. Die Situation der jetzigen Genossenschaft ist eine recht bedenkliche, da ein sehr großes Defizit der Zentrale gedeckt werden muß. Von großer Wichtigkeit wird es sein, ob die reichen Genossenschaftler, die vor einiger Zeit auswichen, noch haftsichtlich sind, da sonst viele kleine Gutsbesitzer und Bauern böse bluten müssen.

Mangel an Lehrern herrscht nicht nur in den ostelbischen Provinzen der Monarchie Preußen, sondern anscheinend auch in der Landeshauptstadt Berlin. Zwar steht in Berlin für jede Schulkasse eine eigene Lehrperson zur Verfügung, und auch Hilfskräfte werden für etwa notwendige Vertretung bereitgehalten. Es scheint aber, daß die Zahl dieser Hilfskräfte bei weitem nicht ausreicht, den Bedarf an Vertretern zu decken, der besonders in der kälteren Jahreszeit recht groß ist. Man weiß ja, daß Lehrer und Lehrerinnen sehr zu Erkrankungen der Atmungsorgane neigen. Im Winter ist die Zahl der erkrankten und fehlenden Lehrpersonen mandmal so bedeutend, daß der Unterrichtsbetrieb dadurch sehr fühlbar beeinträchtigt wird. In einen rechten Erfolg des Unterrichtes ist selbst dann nicht zu denken, wenn aus den anderen Mitgliedern des Lehrerkollegiums oder aus den besonderen Hilfskräften eine ausreichende Zahl von Vertretern beschafft werden kann. Aber es kommt vor, daß einzelne Klassen überhaupt keinen Vertreter kriegen. Da werden dann die Kinder in kleinen Gruppen auf zwei, drei, vier andere Klasse verteilt und werden dort als unerwünschte Gäste mit durchgeschleppt. Es läßt sich von vornherein denken, daß in diesem Fall für die unquartierten Kinder noch weniger von einem Unterrichtserfolg die Rede sein kann und daß auch für die anderen Kinder der betreffenden Klassen aus solchem Zuwachs nicht Gewinn, sondern höchstens Störung zu erwarten ist.

Eine Probe des Drahter und Drüber, das für verteilte Klassen sich aus dem Mangel an Vertretern ergeben kann, soll hier mitgeteilt werden. Ein Vater, dessen Kind die 142. Mädchen-Gemeinde (Schule Demminerstraße) besucht, hat sich bei uns über die tolle Wirtschaft beschwert, die er dort beobachtet hat. Der Lehrer der Klasse Vc erkrankte Anfang Dezember, fehlte dann lange Zeit und ist schließlich im Februar gestorben. Von Anfang Dezember bis Anfang Februar hat die unterrichtliche Versorgung dieser Klasse wiederholt gewechselt. Die Vertretung des fehlenden Lehrers durch andere Personen des Lehrerkollegiums konnte natürlich nicht lange durchgeführt werden. Zeitweilig wurde die Klasse von einer jungen Lehrerin versorgt, die als ständige Vertreterin hinfam. Gelegentlich übernahm auch der offenbar selber schon überarbeitete Rektor die Vertretung. Er unterrichtete zuweilen im abgeklärten Verfahren, um möglichst in einer Stunde so viel zu schaffen, wie bei regelmäßigem Unterricht in zwei oder drei Stunden geschafft werden soll. Manchmal schickte er auch nur ein älteres Mädchen der ersten Klasse in diese fünfte Klasse hinein, damit die Kinder wenigstens eine Stunde hindurch beaufsichtigt und notdürftig beschäftigt wurden. Später kam wieder mal eine andere junge Lehrerin zu ständiger Vertretung, aber auch sie blieb eines Tages wieder aus, anscheinend deshalb, weil sie selber krank geworden war. Mehrfach sah der Rektor sich genötigt, die Kinder auf andere Klassen zu verteilen. Das war aber nicht so ganz leicht, weil in der 142. Schule (wie die neueste Frequenzübersicht zeigt) die meisten der Klassen, die für diese Kinder in Betracht kommen konnten, ohnedies schon stark besetzt sind. Manche Kinder fanden da überhaupt keinen regelrechten Sitzplatz; das Podium, auf dem das Katheder steht, mußte ihnen als Bank dienen. Auf die Beteiligung dieser Kinder am Unterricht scheint nicht immer viel Wert gelegt worden zu sein. Der Vater hat aus den Angaben seines Kindes den Eindruck gewonnen, daß die Kinder mandmal ganz untätig dastehen mußten und dann Mollia trieben. Er klagt, daß gerade jetzt vor der Verlegung solche Zustände so lange geduldet worden sind, und er wirft die Frage auf, ob denn nicht die Schulverwaltung die Pflicht hat, für rechtzeitige und ausreichende Vertretung zu sorgen.

Die Schulverwaltung und zum Teil auch die Lehrerschaft ist der Ansicht, daß es den meisten Eltern an Interesse für diese Dinge fehle und daß sie das am Ende auch gar nichts angehe. Wir sind anderer Meinung. Wir wissen, daß viele Eltern den Unterrichtsbetrieb sehr aufmerksam zu beobachten pflegen, so weit von ihnen aus eine Beobachtung überhaupt möglich ist, und daß sie sich manche Sorge darum machen, ob nicht den Kindern schwerer Schaden aus Mängeln des Unterrichtsbetriebes erwächst. Wenn Schulverwaltung und Lehrerschaft mehr Verständnis für die Arbeiterbevölkerung hätten und der Elternschaft mehr entgegenkommen bewiesen, dann könnten sie — mit Verlaub! — von den Eltern noch manches dozieren. Für den Mangel, um den es sich im vorliegenden Falle handelt, kann natürlich nur die Schulverwaltung verantwortlich gemacht werden. Gewiß, es ist mandmal ganz unmöglich, rasch für Vertretung zu sorgen. Aber Zustände, wie sie in der 142. Schule geherstet zu haben scheinen, sind denn doch zu arg. Sie dürfen nicht vorkommen, und sie würden auch nicht vorkommen, wenn die Zahl der Hilfskräfte weniger knapp bemessen würde als bisher.

Die 5. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts, die am 1. April dieses Jahres ihre Tätigkeit aufnehmen soll, ist bereits eingerichtet worden. Die neue Kammer ist nicht wie die anderen im dritten Stock des Hauses Zimmerstr. 90 untergebracht, sondern im ersten Stockwerk in Räumen, die bisher vom Märkischen Museum eingenommen wurden. Zum Wartezimmer ist das bisherige Anzimmers des Geh. Regierungsrats Dr. Friedel umgewandelt worden. Durch die Neueinrichtung der Kammer ist auch eine neue Verteilung

der Weitzer auf die einzelnen Kammern notwendig geworden. Es kommen jetzt auf jede Kammer 20 Weitzer. Diese Vermehrung der Weitzerzahl der einzelnen Kammern hat zur Ergründung der Frage geführt, ob nicht künftig für das Berliner Kaufmannsgericht mehr als 100 Weitzer gewährt werden sollen. Bei der nächsten Wahl, die im März 1908 stattfindet, wird jedenfalls eine solche Vermehrung schon verfügt sein.

#### Was der Stadt Berlin die königliche Polizeiverwaltung kostet.

Nach dem Gesetz vom 20. April 1892 über die Kosten königlicher Polizeiverwaltungen in Stadtgemeinden, hat Berlin zu den Kosten der hiesigen königlichen Polizei einen jährlichen Beitrag von 2 1/2 M. für den Kopf der durch die letzte Volkszählung ermittelten Privatbevölkerung zu zahlen. Gemäß § 6 des Gesetzes tritt jedoch mit Rücksicht auf die der Stadt übertragene Zweig der städtischen Polizeiverwaltung eine der Winterausgabe des Staates entsprechende Ermäßigung dieses Beitrages ein. Die Höhe des ermäßigten Betrages wird von dem Oberpräsidenten festgesetzt, gegen dessen Festsetzungsbefehl innerhalb zwei Wochen die Klage beim Oberverwaltungsgericht eingereicht werden kann. Der Stadigemeinde ist die örtliche Polizeiverwaltung über den Straßenbau und die Grundstücksentwässerung, die Schulpolizei und seit 1905 auch über die Grundstücksentwässerung übertragen worden. Die dem Fiskus aus der Übertragung der Straßenbau- und der Grundstücksentwässerungspolizei an die Stadt erwachsene Winterausgabe hat der Oberpräsident auf Grund der Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts auf 156 250 M. anerkannt. Aus der Übernahme der Schulpolizei ist mit Rücksicht auf eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts eine Ermäßigung des städtischen Beitrages nicht zu begründen. Der Beitrag der Stadt ist deshalb auf 4 882 980 M. nach der Seelenzahl von 2 017 760 am 1. Dezember 1905 abzüglich 156 250 M. berechnet worden. In Schöneberg und Hixdorf ist die örtliche Straßenbaupolizei-Verwaltung den Gemeinden übertragen. Der gesetzliche Normalbeitrag von 1 1/2 M. war für 1906 in Schöneberg auf 1,42 M. und in Hixdorf auf 1,41 M. pro Kopf der Bevölkerung herabgesetzt worden. Wegen dieser Festsetzung haben beide Gemeinden Klage erhoben. In Charlottenburg ist bisher nur die Wahrnehmung der ortspolizeilichen Befugnisse hinsichtlich der Fleisch- und Zeichenschein dem Oberbürgermeister von der Landespolizeibehörde übertragen. Eine Ermäßigung des Beitrages hat nicht stattgefunden. Vom 1. April 1907 ab ist dagegen die Übertragung der örtlichen Straßenbau-, der Verkehrs- und Entwässerungspolizei an die Stadt Charlottenburg geplant.

Es ist ein ganz unhaltbarer Zustand, daß die Stadt Berlin erhebliche Polizeikosten zu zahlen hat, ohne auch nur das geringste zu sagen zu haben. Es ist unter allen Umständen die Übertragung sämtlicher Zweige der Polizeiverwaltung an die Stadt zu verlangen, eine Forderung, die von der sozialdemokratischen Fraktion der Stadtverordnetenversammlung wiederholt erhoben, aber immer wieder abgelehnt worden ist.

Die städtische Schuldverwaltung gibt bekannt, daß die Aufnahme in die städtische Laubstammensule anfangs April und Oktober stattfindet. Eltern oder Vormünder taubstummer schulfähiger Kinder haben Anmeldungen zum bevorstehenden Sommersemester bis zum 1. April d. J. bei dem Direktor Geymann, Marcksstr. 49, anzubringen.

„Verolina“ ist der Name des in der Flottwellstraße domizilierten Spielclubs, in dem sich die von uns gemeldete Falschspielerei ausgeübt hat. Die Amerikaner, die hier ihr Schwitzen geschrien und bereits den Berliner Staub von ihren Pantoffeln geschüttelt haben, heißen Salla und Herg.

Die großen Gewinne der Herren rekrutierten sich übrigens gleichermäÙig wie aus dem Bac auch aus dem Boter, das die arglosen Teilnehmer Tausende kostete. Wer sich an einen Tisch setzte, an dem die zwei Herren Platz genommen hatten, war und hatte erdarmungslos verloren.

Das Einschmuggeln der falschen Karten, die mit einer eigens dazu konstruierten amerikanischen Maschine gezeichnet waren, soll nach den neuesten Ermittlungen übrigens derartig vor sich gegangen sein, daß die Herren einfach alle in einer Kassetten befindlichen Spielkarten vor dem Beginn der Partie mit den von Hause mitgebrachten vertauschten, so daß auch an anderen Tischen mit den gezeichneten Karten gespielt wurde. Auf diese Art kann es vorgekommen sein, daß an einem Abend in dem ganzen Klub, selbstverständlich unwillkürlich, überhaupt nur mit markierten Karten gespielt worden ist.

Jetzt hat sich die Kriminalpolizei der Falschspielereiangelegenheit im Klub „Verolina“ angenommen. Western erschienen Beamte unter Leitung des Kriminalkommissars v. Wartenfels in den Klubräumen in der Flottwellstraße und beschlagnahmten die vom Vorstande bisher verwahrten gezeichneten Karten. Die Karten sind in einer bereit gehaltenen Weise angebracht, daß das Raffinement selbst bei den in dieser Beziehung ziemlich verwöhnten Herren von der Kriminalpolizei Bemerkung hervorrief. Es steht zu erwarten, daß in den nächsten Tagen hinter Herg und Salla Steckbriefe erlassen werden. Herr Herg wird es dann dieselbst bereuen, daß er sich die deutsche Staatsangehörigkeit mit vieler Mühe wiederbeschafft hat; ihn wird der Arm der Gerechtigkeit schon erlangen, Herrn Salla, der amerikanischer Staatsbürger ist, zu fassen, dürfte schwieriger sein. Die Untersuchung soll sich nicht nur auf die Persönlichkeiten der beiden genannten Falschspieler erstrecken, und so dürfte die nächste Zeit noch mannigfache Ueberwachungen bringen.

Die Ruhestellung zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit soll nach einer Bestimmung der Kaiserin den Namen Kaiserin Auguste Viktoria-Haus zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reich erhalten. Mit den Bauten soll baldigst begonnen werden.

Bei einem verhängnisvollen Unglücksfall hat gestern der 40 Jahre alte Arbeiter August Wasmann den Tod gefunden. Er war vor einigen Tagen von Liegnitz nach Berlin gekommen und wollte hier Arbeit suchen. Als er gestern an dem Hause Fennstr. 59 vorüberging, wurde er plötzlich von einem Obnmachtsanfall befallen und brach zusammen. Unglückslicherweise führte er in den Besessenen und zog sich an der linken Halsseite so schwere Verletzungen zu, daß er noch auf dem Transport nach dem Virchow-Krankenhaus starb.

Ueber den Raubvorfall auf der Chaussee Fürstenwalde-Markgraspitze, bei welchem ein Schlosser Dietrich überfallen und beraubt worden sein sollte, ist es auffälligweise sehr still geworden. In den Kreisen derjenigen, die die Verhältnisse des Dietrich genauer kennen, steht man der ganzen Geschichte sehr mißtrauisch gegenüber.

Tödlicher Unfall auf einem Bau. Mittwoch vormittag war der 44 Jahre alte Bauarbeiter Gustav Suple mit noch zwei Arbeitern auf einer Zimmerbrücke am dritten Stockwerk des Vordergebüdes des Reichshauses Zegelesstr. 21 mit dem Aufwinden von Rekriegel beschäftigt. Als ein Stapel Rekriegel hochgehoben war und S. den Sperreleg löste, verlor er das Gleichgewicht und stürzte auf den Kopf hinab. Hierbei erlitt er so schwere innere Verletzungen und Verletzungen am Kopfe, daß er sogleich nach dem Rudolf Virchow-Krankenhaus geschafft werden mußte. Dort starb er kurze Zeit danach, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Die Leiche einer Kubaanten ist gestern aus dem Humboldt-Hafen gelandet worden. Die tote, die erst wenige Tage im Wasser gelegen hat, dürfte etwa 35 Jahre alt gewesen sein. Sie war mit braunem Rock, schwarzer Bluse, weißem Halstuch, blauweiÙ punktierter Schürze, grauer Pelzermine und Lederpantoffeln bekleidet. Ihre Leiche wurde zur Befolgung in das Schauhaus eingeliefert.

Infolge Ueberladung brach am Dienstagmorgen eine Seitenwand des Materialschuppens der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken ein. Es ist dies ein aus Latzen zusammengesetzter Schuppen, der sich längs der Dampfkompressorlinie hinzieht und in dem mehrere hundert Zentner Material aufbewahrt werden. Am Dienstag,

kurz nach 2 Uhr, stürzte man der Schuppen an der einen Seite mit lautem Krach zusammen. Als ein Wunder ist es zu betrachten, daß niemand verletzt wurde. Eine Anzahl Arbeiter waren gerade mit Aufräumungsarbeiten beschäftigt; auch zwei Schreiber, welche gerade die Stelle passierten, sind mit dem Schreden davon gekommen. Wären dieselben nur eine Minute früher dort vorbeigegangen, wären dieselben unter den Trümmern begraben worden. Auffällig ist, daß keiner der Ingenieure, Obermeister oder Meister den Schaden vorher bemerkt und versucht hat, denselben rechtzeitig zu beseitigen.

Straßensperrungen. Die Parochiastraße zwischen Kloster- und Lindenstraße wird behufs Leitung einer Gasleitung vom 21. d. M. ab bis auf weiteres für Fußwege und Reiter gesperrt. — Unter Bezugnahme auf § 49 Abs. 1 der Straßenordnung vom 31. Dezember 1899 wird bekannt gemacht, daß die Einfahrt in die Burgstraße von der Königstraße aus in der Richtung nach dem Mühlendamm verboten ist.

Im Prater-Theater wird am heutigen Freitag die Erstaufführung des v. Moser'schen Lustspiels „Der Seilgänger“ stattfinden.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht kam um 12 Uhr in der Linienstr. 13 Feuer aus, das auf seinen Herd — ein Zimmer — beschränkt werden konnte. Kurz vorher war in einer Küche in der Stargarderstr. 22 ein Brand entstanden. Ein zweiter Küchenbrand rief den 8. Zug nach der Raunynstr. 30. Nachts um 2 Uhr stürzte infolge der Glut in der Raunynstr. 45a ein Pferd. Die Wehr versuchte das Tier anzurichten. Es konnte sich aber nicht fortbewegen, weshalb es von der Abdeckeri abgeholt werden mußte. Gestern früh brannte in der Köpenickerstr. 128 Kolophonium u. a. und in der Strelitzerstr. 10 Holz. Säcke usw. auf dem Boden. Betten, Sofa, Schrank, Kasten, Schalseden standen in der Mirbachstr. 59 in Flammen. Im Laden in der Dresdenerstr. 135 brannten Kartons mit Inhalt. Ferner hatte die Wehr am Südufer zu tun, wo vor dem Grundstück der Neuhotel Asphalt Compagnie ein Kabel der Feuerwehr durchgeschlagen worden war und ein Feuerwehrmann der Linie 4 außer Betrieb gestellt werden mußte. Um eine Ueberflchwemmung zu beiseitigen, mußte Zellestr. 15 Wasser ausgepumpt werden. Außerdem liefen noch Feuermeldungen aus der Sechsböllnerstr. 69 und von anderen Stellen ein.

## Vorort-Nachrichten.

### Zehlendorf.

Am letzten Dienstag hielt bei zahlreicher Beteiligung der sozialdemokratischen Wahlvereine keine Generalversammlung ab. Bis aus dem Vorstandsbereich hervorborging, macht der Wahlverein gute Fortschritte. Der Mitgliederstand betrug am 1. Oktober 1905 117, am 31. Dezember 1906 232. Im Ausschluß an den Vorstandsbereich verbreitete sich der Vorliegende Genosse Scheeler mit kurzen Worten über die verflochtenen Reichstagswahlen und die Ursachen, welche unseren Mandatsverlust herbeiführten. Trotz dieses Mandatsverlustes, so fährt Redner aus, hätten wir keine Ursache mutlos zu sein und dem Gerede unserer Gegner, die Sozialdemokratie habe ihren Höhepunkt überschritten, irgend welche Bedeutung beizumessen. Dieser Wahlkampf habe gezeigt, daß es nur zwei sich gegenüberstehende Parteien gibt, auf der einen Seite die Klasse der Besitzenden mit den hunderttausenden unangeführten Volksmassen und auf der anderen das sozialistische Proletariat. Unsere Aufgabe müsse es sein, die Indifferenten für die Ideen des Sozialismus zu gewinnen. Hierfür gibt Genosse Hedding den Rassenbericht des verflochtenen Jahres. Der Bibliothekar Genosse Weber forderte, nachdem er den Bericht von der Frequenz der Bibliothek gegeben, die Mitglieder auf, die Bibliothek häufiger in Anspruch zu nehmen als bisher. Es folgten die Vorstandswahlen, welche folgendes Ergebnis hatten: Erster Vorsitzender: Ed. Scheeler, zweiter Vorsitzender: Hm. Kaiserer, Otto Steinborn, Schriftführer: Wilh. Blaffert, Weitzer: Otto Jäkel, Sozialkommission: Aug. Borch und Otto Jäkel; Bibliothekar: Rudolf Weber; Revisoren: Karl Schulz und Fritz Runge; Bezirksführer für den 1. Bezirk: Hermann Schulz; 2. Bezirk: Hermann Böhm; 3. Bezirk: Rudolf Weber; 4. Bezirk: Gustav Wolff. — Der Vorstehende machte auf die Flugblattverbreitung am Sonntag, den 24. Februar, sowie auf die am Freitag, den 15. Februar in Steglitz ins Leben gerufene Arbeiterbildungsschule aufmerksam, gleichzeitig dazu auffordernd, dieselbe möglichst zahlreich zu besuchen.

### Treptow-Baumschulweg.

Müßelbastei Kindernaturen lautete das Thema, welches Herr Lehrer Oelenburg auf einem am Dienstag von der I. Gemeindegemeinschaft veranstalteten Elternabend behandelte. Auf Grund eigener Beobachtungen an Kindern zeigte Redner an mehreren Beispielen, daß der Lehrer oftmals rat- und hilflos dastehet. Solche Kindernaturen seien nicht normal und mühten in Klassen für münderebegabte untergebracht oder aber auf Kosten der Gemeindegemeinschaften für dieselben eingerichtet werden. Solche Kinder bilden, wenn sie gemeinsam mit begabteren Kindern unterrichtet werden, ein Hemmnis für dieselben. Herr Rektor Wankel teilte noch mit, daß, um die Beziehungen zwischen Schule und Haus zu festigen, in nächster Zeit jeder Lehrer einmal im Monat von 8 bis 9 Uhr abends Sprechstunde in der Schule abgehalten wird. Die Beteiligung an den Schulbrausebädern, welche für die oberen und mittleren Klassen geöffnet sind, sei nur gering. Mit der Einrichtung des stehentwässigen Systems stehe die Schule auf der Höhe, es fehle nur noch die Michaels-Einschulung, welche aber auch in nächster Zeit erfolgen werde. Zum Schluß ersuchte Redner die Anwesenden, die Lehrer in ihrem schweren Berufe zu unterstützen.

Die Einwohnerzahl Treptow-Baumschulwegs betrug am 31. Januar 1907 13 221 Seelen. Davon entfielen auf den Bezirk I innerhalb der Ringbahn 4866. Bezirk II von der Ringbahn bis an den Ortsteil Baumschulweg 606. Bezirk III Ortsteil Baumschulweg 7446. Hierzu kommen noch 668 Mann Militär.

### Rummelsburg.

Die vorgesehene Gemeindevorstellung vollzog vorerst die Wahl eines unbesoldeten Gemeindevorsteher. Wie wir bereits ausführlich in Nr. 38 vom 14. d. M. ausführten, hatte der bisherige Gemeindevorstand stellvertretende Amtsvorsteher Lange dieses Amt mit der Motivierung niedergelegt, daß die Inzuträglichkeiten im Gemeindevorstand teilw. mit dem Gemeindevorsteher selbst, einen Zustand geschaffen hätten, der ein gedeihliches Zusammenarbeiten ausschließt. Soll es doch vorgekommen sein, daß in einer Sitzung, in welcher Schöffe Lange eine Frage an den Gemeindevorsteher gerichtet hatte, derselbe sich umdrehte und ihn stehen ließ. Bei der Wahl erhielt nun der bisherige Schöffe Lange 15 Stimmen, auf Direktor Frey, den Kandidaten des Herrn Bürgermeisters, entfielen nur zehn Stimmen; somit ist Lange wiedergewählt. Unter den gegebenen Verhältnissen bedeutet die Wiederwahl Langes gleichzeitig ein Mißtrauensvotum der Gemeindevorstellung gegen den Gemeindevorsteher. Dieses fällt noch besonders dadurch ins Gewicht, weil der Bürgermeister in einer detronischen Rede, welche unter Ausschluß unserer Vertreter stattfand, erklärt haben soll, daß Herr Lange auf keinen Fall wiedergewählt werden darf, da er mit demselben nicht mehr zusammenarbeiten könne. In dieser vertraulichen Sitzung wurde dann auf Vorschlag des Gemeindevorsteher eine Deputation zu dem früheren Gemeindevorsteher Direktor Frey mit dem Auftrage entsandt, diesem das freigewordene Amt eines Gemeindevorsteher anzutragen. Herr Frey hatte die Ehre auch zu würdigen gewußt und versprochen, das Amt anzunehmen — und nun dieser Reizfall! Wird der Gemeindevorsteher nun die Konsequenz, die er schon einmal in der Angelegenheit des Baummeister Hühls ziehen wollte, jetzt ziehen? — Punkt 1 der Tagesordnung betraf die Subvention des hiesigen Krankenhauses. Nach dem vorgelegten Projekt ist ein Erweiterungsbau für 60 neue Betten in Aussicht genommen. Hierzu soll die Gemeinde eine unkündbare und unterpfändliche Hypothek von

120 000 M. und einen Zuschuß zu den Betriebskosten von jährlich 6-7000 M. auf die Dauer von 10 Jahren gewähren. Die Subvention wird unter folgenden Bedingungen einstimmig beschlossen: 1. Das Krankenhaus muß in derselben Art wie Gemeindefrankenhäuser Kranken jeder Art und Konfession geöffnet sein, die Verpflegungsgelder dürfen die jeweiligen von den Berliner städtischen Krankenhäusern erhobenen Sätze nicht übersteigen. 2. Der politischen Gemeinde Rummelsburg wird ein Drittel der Stimmen im Arbeitsausschuß und eine weitere Stimme im Sanatorium gewährt. 3. Der Bauplan für das neue Krankenhaus ist der Gemeindevertretung zur Begutachtung vorzulegen. 4. Die Gemeinde Rummelsburg erhält das Recht, das neue Krankenhaus nach Ablauf von 10 Jahren zu erwerben. Eine Verpflichtung zur Uebernahme des Krankenhauses besteht dagegen nicht.

Zur Einleitung einer Reorganisation des Feuerlöschwesens wird eine Kommission von sieben Vertretern gewählt. Ferner wird beschlossen, den Kaufpreis für die an den Kanalisationsverband Vichtenberg-Rummelsburg verkauften Grundstücke unserer jetzigen Kanalisationsanlagen im Betrage von 273 084 M. dahin zu teilen, daß 81 072 M. zum Erwerb neuer Ländereien bestimmt werden und daß 191 912 M. von unserer 550 000 M. betragenden Anleihe-schuld dieser Verwaltung gelöst wird.

### Ober-Schöneweide.

Siehe an die hiesige Parteipetition gelangte Beschwerden wegen unpünktlicher Lieferung des „Vorwärts“ haben ihren Grund darin, daß diese Abonnenten den „Vorwärts“ bei einem auswärtigen Privatpedagogen abonniert haben, wo eine spätere Zustellung stattfindet. Die hiesige Parteipetition, Edlsonstr. 10 I, befragt die Zustellung bis spätestens 1/7 Uhr früh, und wird ersucht, das Abonnement dort zu bewirken. Die Parteipetition.

### Teltow.

Der Ausfall der Reichstagswahl im Kreise Teltow scheint die Teltower Deputierten nicht wenig verschmerzt zu haben, denn jetzt nach drei Wochen seit der Hauptwahl erhielten mehrere Genossen Strafmandate zugeschiedt, weil sie wegen Plakatverstoßes am Tage der Wahl gegen § 9 und 41 des Verhgesetzes vom 12. Mai 1851 verstößen haben sollen. Am Morgen des 26. Januar prangte an vielen Häusern die Aufforderung zur Wahl des Genossen Jubel. Kaum graute der Tag, als auch schon städtische Nachwächter damit beschäftigt waren, die Aufrufe mittels Krake zu entfernen. Selbst der Torweg unseres Parteilokals fand keine Gnade, auch die hier angeklebten Plakate mußten der Krake des Hüfters der Ordnung weichen. Bei dieser Arbeit wurde der Beamte durch einen unserer Genossen zur Rede gestellt, wer ihm diesen Auftrag erteilt hätte. Hierauf antwortete er, von „oben“. Unsere Parteigenossen antworteten darauf mit Plakatträgern. Solche Unverschämtheit mußte natürlich geübt werden. Wegen das Strafmandat wird selbstverständlich richterliche Entscheidung beantragt, denn was unsere Genossen in Teltow haben die Bürgerlichen allenthalben getan. Der Wirt unseres Verkehrslokals bekam sogar ein Strafmandat in Höhe von 5 M., weil im Schaufenster seines Lokals ein Wahlauftrag für Jubel ausgehängt war.

### Buckow.

Ein nächtlicher Raubfall ist an dem Arbeiter Anton Road aus Buckow verübt worden. Er befand sich auf dem Wege von Buckow nach Bry, als auf der Chaussee plötzlich zwei Männer auftauchten und fragten, wie spät es sei. Anton hatte er die Taschenuhr gezogen, so fielen die beiden über ihn her und schlugen ihn nieder. Sie brachten ihrem Opfer tiefe Striche in den Kopf und in den Armen bei und räubten ihm dann die Taschenuhr sowie das Portemonnaie, das noch den größten Teil des Wochenlohnes enthielt. Passanten, welche später die Verfolgung der Täter aufnahmen, kamen leider nicht zum Ziel.

### Potsdam.

Am Freitagabend findet im Lokal Radentzin die Mitgliederversammlung der Arbeiterbildungsschule von Potsdam und Umgebung statt. Der Kursus beginnt voraussichtlich Freitag, den 2. März. Aus dem Lehrplan sei hervorgehoben: Die wirtschaftlichen Fragen der Sozialgesetzgebung: 1. Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Arbeitslosen-Versicherung, 2. Berufsbereitschaftsgesetzgebung, 3. Arbeiterjugend. Bei diesen so wichtigen Vorträgen ist es Pflicht jedes Arbeiters, sich an dem Kursus zu beteiligen; derselbe erstreckt sich auf 10 Abende und kostet 1 M. Vortragender ist wieder Herr Dr. Goldschmidt. — Am Freitag, den 2. Februar, Aufnahme neuer Mitglieder.

Im Wajkessell verübt. Ein bei einer Herrschaft in der Jägerallee beschäftigtes 16-jähriges Dienstmädchen R. setzte sich gestern während der Mittagszeit auf den Rand eines Waschtisches, rutschte aus und stürzte in das siedende Wasser, wobei es schwere Verbrühungen am Arm und am Oberkörper erlitt. Das Mädchen wurde zu weiterer Behandlung in das städtische Krankenhaus übergeführt.

## Gerichts-Zeitung.

### Kriminalkommissar Ruds vor Gericht.

Der insbesondere durch den Prozeß „Zur blauen Hölle“ bekannt gewordene Kriminalkommissar Ruds wurde gestern aus der Untersuchungshaft der ersten Strafkammer des Landgerichts II vorgeführt, um sich auf die Anklage des Betruges in drei Fällen und der Unterschlagung in einem Falle zu verantworten. Der Angeklagte befindet sich seit dem 20. Dezember d. J. in Untersuchungshaft. Er war früher in Berlin Polizeioffizier und ist seit dem Jahre 1899 als Kriminalkommissar in Schöneberg tätig. Er ist Mitglied des uniformierten Kriegervereins „Verolina“ und bekleidet daselbst den Rang eines Offiziers. Seine Uniform ist derjenigen eines Offiziers der Artillerie nicht unähnlich. Zurzeit schwört sich ein auf Grund seiner erheblichen Schulden gegen ihn eröffnetes Disziplinarverfahren. Gegen das Urteil, durch welches er als Polizeioffizier nach Berlin versetzt worden ist, hat er Berufung eingelegt. Wie er gestern ausführlich darlegte, ist er nicht aus Leichtsinne, sondern infolge widriger Umstände in Schanden geraten. Zunächst kam er in eine mißliche Lage, da er auf Grund ungunstiger Disposition nach seiner Versetzung nach Schöneberg eine ganze Zeilang seine Berliner Wohnung neben seiner Schöneberger Wohnung noch beibehalten mußte. Dann seien häßliches Unglück und die Verfristung in Fingerhände dazu gekommen. — Die Anklage beschuldigt nun den Angeklagten, daß er bei einer finanziellen Transaktion, wo er, um einen älteren Wechsel einzulösen zu können, von einem Herrn Schäfer 3000 M. auf zwei Aktepte erhalten hatte, dem Geldgeber in dem Glauben berechtigt habe, er sei Offizier. Herr Ruds war nämlich bei der durch einen Dritten vermittelten Verhandlung mit Herrn Schäfer in der Deutnantsuniform des Kriegervereins erschienen, da er von einer Sitzung des Vereins kam. Der Heuge Schäfer behauptet, daß er Herrn Ruds das Geld nicht gegeben haben würde, wenn er ihn nicht für einen Offizier gehalten und wenn er gewußt haben würde, daß es sich um den Kriminalkommissar Ruds handelt. Die Beweisaufnahme ergab aber, daß der Angeklagte Herrn Schäfer als „Kriminalkommissar Ruds“ vorgestellt worden war und daß Sch. das Geld erst gegeben hatte, nachdem noch zwei Namen auf die beiden Wechsel gesetzt worden waren. Er hat sein Geld teils durch den Angeklagten selbst, teils durch einen Giranten zurückerhalten.

Ein zweiter Fall betraf die Nichtbezahlung einer Hotelrechnung in Stettin im Betrage von 66,75 M. Angeklagter war unter falschem Namen nach Stettin gefahren. Durch Zeugen wurde der Nachweis erbracht, daß der Angeklagte nach Stettin genügende Geldsummen mitgenommen hatte, um seine Rechnung zu bezahlen und daß kurz nach der Abreise der Familie die Frau Ruds auch an das Hotel geschrieben und aufgefordert hatte, die Rechnung an ihre Mutter zu senden, die sie dann auch beglichen hat. — Die beiden letzten Fälle der Anklage mußten verlagert werden, weil



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Freitag, 22. Februar.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Kgl. Opernhaus. Siegfried. (Anfang 7 Uhr.)  
Kgl. Schauspielhaus. Uriei Acosta. Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.  
Besing. Hedda Gabler.  
Weiten. Der Schmerndler von Amos Tobi.  
Berling. Die lustigen Weiber von Windsor.  
Römische Oper. Tosca.

Anfang 8 Uhr.  
Schiller O. (Wallner-Theater.) Minna von Barnhelm.  
Schiller-Theater Charlottenburg. Im bunten Rock.  
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Händel-Theater.) Der Familien-tag.  
Berliner. Der Hund von Baskerville.  
Neues Schauspielhaus. Herthas Hochzeit.

Anfang 8 Uhr.  
Central. Der Milliardär.  
Neues. Ein idealer Gatte.  
Reichshallen. Haben Sie nichts zu verzollen?  
Lustspielhaus. Der Familien-tag.  
Thalia. Eine lustige Doppelhele.  
Lustig. Undine.  
Bernhard Rose. Sherlock Holmes.  
Trianon. Fräulein Joseette - meine Frau.  
Metropol. Der Teufel lacht dazu.  
Gebra. Herrfeld-Theater. Die sieben Raben.  
Wintergarten. Saharel. Spezialitäten.  
Apollo. Bernhard Mörbitz. Spezialitäten.  
Kasino. Hedda Gabler. Spezialität.  
Folies Caprice. Im Café Abelles. Ein Klavierprophet.  
Wassage. Spezialitäten.  
Prater-Theater. Kabale und Liebe.  
Figaro. Hochzeitssnacht. Ein Ideal.  
Katastrophe. Unter dem Bett. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Walhalla. Spezialitäten.  
Karl Haberland. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Urania. Landensitze 48/49.  
8 Uhr: Die Feuergefallen der Erde.  
Hörsaal 8 Uhr: Konstruktions-Ingenieur A. Koberner: Die Eisen-gießererei.

**Freitag, 22. Februar.**  
Anfang 8 Uhr.  
Der Hund von Baskerville.  
Sonntag, Sonntag:  
Der Hund von Baskerville.  
Neues Schauspielhaus  
Freitag, den 22. Februar 1907:  
Herthas Hochzeit.  
Morgen:  
Herthas Hochzeit.  
Anfang 8 Uhr.  
Neues Theater.  
Anfang 8 Uhr.  
Meißner Porzellan.  
Sonntag auf allerhöchsten Befehl:  
Gastspiel Suzanne Després: Phédre.  
Sonntag: Maison de Poupée (Rosa).  
Kleines Theater.  
Abends 8 Uhr zum 171. Male:  
Ein idealer Gatte.  
Sonntag zum 1. Male: Die Strafe.  
Schauspiel in 4 Akten von Henri Bernheim. Deutsch v. Th. Wolff.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtstahl.  
Abends 8 Uhr: Die Strafe.  
Lustspielhaus.  
Freitag, den 22. Februar, 7 1/2 Uhr:  
Die lustigen Weiber v. Windsor.  
Abonnements gültig!  
Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr:  
Märchenvorstellung: Gänsefüßel.  
7 1/2 Uhr: Der Waffenschmied.  
Residenz-Theater.  
Direktion Richard Alexander.  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
Haben Sie nichts zu verzollen?  
Schwan in 3 Akten v. R. Demequin und Pierre Weber.  
Robert de Trielmin: Rich. Alexander.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Pringemahl.  
Luisen-Theater  
Reichenbergerstr. 34.  
Operngastspiel des Theaters des Westend:  
Undine.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag 4 Uhr: Kindervorstellung.  
Sonntag 1. Male: Ennemithen und die sieben Bäume. 8 Uhr: Eine vom Orloshof.  
Sonntag 3 Uhr: Sherlock Holmes.  
8 Uhr: Der Erbe von Baskerville.  
Bernhard Mörbitz. Spezialitäten.  
Kasino. Hedda Gabler. Spezialität.  
Folies Caprice. Im Café Abelles. Ein Klavierprophet.  
Wassage. Spezialitäten.  
Prater-Theater. Kabale und Liebe.  
Figaro. Hochzeitssnacht. Ein Ideal.  
Katastrophe. Unter dem Bett. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Walhalla. Spezialitäten.  
Karl Haberland. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Urania. Landensitze 48/49.  
8 Uhr: Die Feuergefallen der Erde.  
Hörsaal 8 Uhr: Konstruktions-Ingenieur A. Koberner: Die Eisen-gießererei.  
Steruware, Invalidenstr. 67/68.  
Ferdinand Bonns  
Berliner Theater.  
Anfang 8 Uhr.  
Der Hund von Baskerville.  
Sonntag, Sonntag:  
Der Hund von Baskerville.  
Neues Schauspielhaus  
Freitag, den 22. Februar 1907:  
Herthas Hochzeit.  
Morgen:  
Herthas Hochzeit.  
Anfang 8 Uhr.  
Neues Theater.  
Anfang 8 Uhr.  
Meißner Porzellan.  
Sonntag auf allerhöchsten Befehl:  
Gastspiel Suzanne Després: Phédre.  
Sonntag: Maison de Poupée (Rosa).  
Kleines Theater.  
Abends 8 Uhr zum 171. Male:  
Ein idealer Gatte.  
Sonntag zum 1. Male: Die Strafe.  
Schauspiel in 4 Akten von Henri Bernheim. Deutsch v. Th. Wolff.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtstahl.  
Abends 8 Uhr: Die Strafe.  
Lustspielhaus.  
Freitag, den 22. Februar, 7 1/2 Uhr:  
Die lustigen Weiber v. Windsor.  
Abonnements gültig!  
Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr:  
Märchenvorstellung: Gänsefüßel.  
7 1/2 Uhr: Der Waffenschmied.  
Residenz-Theater.  
Direktion Richard Alexander.  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
Haben Sie nichts zu verzollen?  
Schwan in 3 Akten v. R. Demequin und Pierre Weber.  
Robert de Trielmin: Rich. Alexander.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Pringemahl.  
Luisen-Theater  
Reichenbergerstr. 34.  
Operngastspiel des Theaters des Westend:  
Undine.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag 4 Uhr: Kindervorstellung.  
Sonntag 1. Male: Ennemithen und die sieben Bäume. 8 Uhr: Eine vom Orloshof.  
Sonntag 3 Uhr: Sherlock Holmes.  
8 Uhr: Der Erbe von Baskerville.  
Bernhard Mörbitz. Spezialitäten.  
Kasino. Hedda Gabler. Spezialität.  
Folies Caprice. Im Café Abelles. Ein Klavierprophet.  
Wassage. Spezialitäten.  
Prater-Theater. Kabale und Liebe.  
Figaro. Hochzeitssnacht. Ein Ideal.  
Katastrophe. Unter dem Bett. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Walhalla. Spezialitäten.  
Karl Haberland. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Urania. Landensitze 48/49.  
8 Uhr: Die Feuergefallen der Erde.  
Hörsaal 8 Uhr: Konstruktions-Ingenieur A. Koberner: Die Eisen-gießererei.

**Freitag, 22. Februar.**  
Anfang 8 Uhr.  
Der Hund von Baskerville.  
Sonntag, Sonntag:  
Der Hund von Baskerville.  
Neues Schauspielhaus  
Freitag, den 22. Februar 1907:  
Herthas Hochzeit.  
Morgen:  
Herthas Hochzeit.  
Anfang 8 Uhr.  
Neues Theater.  
Anfang 8 Uhr.  
Meißner Porzellan.  
Sonntag auf allerhöchsten Befehl:  
Gastspiel Suzanne Després: Phédre.  
Sonntag: Maison de Poupée (Rosa).  
Kleines Theater.  
Abends 8 Uhr zum 171. Male:  
Ein idealer Gatte.  
Sonntag zum 1. Male: Die Strafe.  
Schauspiel in 4 Akten von Henri Bernheim. Deutsch v. Th. Wolff.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtstahl.  
Abends 8 Uhr: Die Strafe.  
Lustspielhaus.  
Freitag, den 22. Februar, 7 1/2 Uhr:  
Die lustigen Weiber v. Windsor.  
Abonnements gültig!  
Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr:  
Märchenvorstellung: Gänsefüßel.  
7 1/2 Uhr: Der Waffenschmied.  
Residenz-Theater.  
Direktion Richard Alexander.  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
Haben Sie nichts zu verzollen?  
Schwan in 3 Akten v. R. Demequin und Pierre Weber.  
Robert de Trielmin: Rich. Alexander.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Pringemahl.  
Luisen-Theater  
Reichenbergerstr. 34.  
Operngastspiel des Theaters des Westend:  
Undine.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag 4 Uhr: Kindervorstellung.  
Sonntag 1. Male: Ennemithen und die sieben Bäume. 8 Uhr: Eine vom Orloshof.  
Sonntag 3 Uhr: Sherlock Holmes.  
8 Uhr: Der Erbe von Baskerville.  
Bernhard Mörbitz. Spezialitäten.  
Kasino. Hedda Gabler. Spezialität.  
Folies Caprice. Im Café Abelles. Ein Klavierprophet.  
Wassage. Spezialitäten.  
Prater-Theater. Kabale und Liebe.  
Figaro. Hochzeitssnacht. Ein Ideal.  
Katastrophe. Unter dem Bett. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Walhalla. Spezialitäten.  
Karl Haberland. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Urania. Landensitze 48/49.  
8 Uhr: Die Feuergefallen der Erde.  
Hörsaal 8 Uhr: Konstruktions-Ingenieur A. Koberner: Die Eisen-gießererei.

**Freitag, 22. Februar.**  
Anfang 8 Uhr.  
Der Hund von Baskerville.  
Sonntag, Sonntag:  
Der Hund von Baskerville.  
Neues Schauspielhaus  
Freitag, den 22. Februar 1907:  
Herthas Hochzeit.  
Morgen:  
Herthas Hochzeit.  
Anfang 8 Uhr.  
Neues Theater.  
Anfang 8 Uhr.  
Meißner Porzellan.  
Sonntag auf allerhöchsten Befehl:  
Gastspiel Suzanne Després: Phédre.  
Sonntag: Maison de Poupée (Rosa).  
Kleines Theater.  
Abends 8 Uhr zum 171. Male:  
Ein idealer Gatte.  
Sonntag zum 1. Male: Die Strafe.  
Schauspiel in 4 Akten von Henri Bernheim. Deutsch v. Th. Wolff.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtstahl.  
Abends 8 Uhr: Die Strafe.  
Lustspielhaus.  
Freitag, den 22. Februar, 7 1/2 Uhr:  
Die lustigen Weiber v. Windsor.  
Abonnements gültig!  
Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr:  
Märchenvorstellung: Gänsefüßel.  
7 1/2 Uhr: Der Waffenschmied.  
Residenz-Theater.  
Direktion Richard Alexander.  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
Haben Sie nichts zu verzollen?  
Schwan in 3 Akten v. R. Demequin und Pierre Weber.  
Robert de Trielmin: Rich. Alexander.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Pringemahl.  
Luisen-Theater  
Reichenbergerstr. 34.  
Operngastspiel des Theaters des Westend:  
Undine.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag 4 Uhr: Kindervorstellung.  
Sonntag 1. Male: Ennemithen und die sieben Bäume. 8 Uhr: Eine vom Orloshof.  
Sonntag 3 Uhr: Sherlock Holmes.  
8 Uhr: Der Erbe von Baskerville.  
Bernhard Mörbitz. Spezialitäten.  
Kasino. Hedda Gabler. Spezialität.  
Folies Caprice. Im Café Abelles. Ein Klavierprophet.  
Wassage. Spezialitäten.  
Prater-Theater. Kabale und Liebe.  
Figaro. Hochzeitssnacht. Ein Ideal.  
Katastrophe. Unter dem Bett. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Walhalla. Spezialitäten.  
Karl Haberland. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Urania. Landensitze 48/49.  
8 Uhr: Die Feuergefallen der Erde.  
Hörsaal 8 Uhr: Konstruktions-Ingenieur A. Koberner: Die Eisen-gießererei.

**Freitag, 22. Februar.**  
Anfang 8 Uhr.  
Der Hund von Baskerville.  
Sonntag, Sonntag:  
Der Hund von Baskerville.  
Neues Schauspielhaus  
Freitag, den 22. Februar 1907:  
Herthas Hochzeit.  
Morgen:  
Herthas Hochzeit.  
Anfang 8 Uhr.  
Neues Theater.  
Anfang 8 Uhr.  
Meißner Porzellan.  
Sonntag auf allerhöchsten Befehl:  
Gastspiel Suzanne Després: Phédre.  
Sonntag: Maison de Poupée (Rosa).  
Kleines Theater.  
Abends 8 Uhr zum 171. Male:  
Ein idealer Gatte.  
Sonntag zum 1. Male: Die Strafe.  
Schauspiel in 4 Akten von Henri Bernheim. Deutsch v. Th. Wolff.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtstahl.  
Abends 8 Uhr: Die Strafe.  
Lustspielhaus.  
Freitag, den 22. Februar, 7 1/2 Uhr:  
Die lustigen Weiber v. Windsor.  
Abonnements gültig!  
Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr:  
Märchenvorstellung: Gänsefüßel.  
7 1/2 Uhr: Der Waffenschmied.  
Residenz-Theater.  
Direktion Richard Alexander.  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
Haben Sie nichts zu verzollen?  
Schwan in 3 Akten v. R. Demequin und Pierre Weber.  
Robert de Trielmin: Rich. Alexander.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Pringemahl.  
Luisen-Theater  
Reichenbergerstr. 34.  
Operngastspiel des Theaters des Westend:  
Undine.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag 4 Uhr: Kindervorstellung.  
Sonntag 1. Male: Ennemithen und die sieben Bäume. 8 Uhr: Eine vom Orloshof.  
Sonntag 3 Uhr: Sherlock Holmes.  
8 Uhr: Der Erbe von Baskerville.  
Bernhard Mörbitz. Spezialitäten.  
Kasino. Hedda Gabler. Spezialität.  
Folies Caprice. Im Café Abelles. Ein Klavierprophet.  
Wassage. Spezialitäten.  
Prater-Theater. Kabale und Liebe.  
Figaro. Hochzeitssnacht. Ein Ideal.  
Katastrophe. Unter dem Bett. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Walhalla. Spezialitäten.  
Karl Haberland. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Urania. Landensitze 48/49.  
8 Uhr: Die Feuergefallen der Erde.  
Hörsaal 8 Uhr: Konstruktions-Ingenieur A. Koberner: Die Eisen-gießererei.

**Freitag, 22. Februar.**  
Anfang 8 Uhr.  
Der Hund von Baskerville.  
Sonntag, Sonntag:  
Der Hund von Baskerville.  
Neues Schauspielhaus  
Freitag, den 22. Februar 1907:  
Herthas Hochzeit.  
Morgen:  
Herthas Hochzeit.  
Anfang 8 Uhr.  
Neues Theater.  
Anfang 8 Uhr.  
Meißner Porzellan.  
Sonntag auf allerhöchsten Befehl:  
Gastspiel Suzanne Després: Phédre.  
Sonntag: Maison de Poupée (Rosa).  
Kleines Theater.  
Abends 8 Uhr zum 171. Male:  
Ein idealer Gatte.  
Sonntag zum 1. Male: Die Strafe.  
Schauspiel in 4 Akten von Henri Bernheim. Deutsch v. Th. Wolff.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtstahl.  
Abends 8 Uhr: Die Strafe.  
Lustspielhaus.  
Freitag, den 22. Februar, 7 1/2 Uhr:  
Die lustigen Weiber v. Windsor.  
Abonnements gültig!  
Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr:  
Märchenvorstellung: Gänsefüßel.  
7 1/2 Uhr: Der Waffenschmied.  
Residenz-Theater.  
Direktion Richard Alexander.  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
Haben Sie nichts zu verzollen?  
Schwan in 3 Akten v. R. Demequin und Pierre Weber.  
Robert de Trielmin: Rich. Alexander.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Pringemahl.  
Luisen-Theater  
Reichenbergerstr. 34.  
Operngastspiel des Theaters des Westend:  
Undine.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag 4 Uhr: Kindervorstellung.  
Sonntag 1. Male: Ennemithen und die sieben Bäume. 8 Uhr: Eine vom Orloshof.  
Sonntag 3 Uhr: Sherlock Holmes.  
8 Uhr: Der Erbe von Baskerville.  
Bernhard Mörbitz. Spezialitäten.  
Kasino. Hedda Gabler. Spezialität.  
Folies Caprice. Im Café Abelles. Ein Klavierprophet.  
Wassage. Spezialitäten.  
Prater-Theater. Kabale und Liebe.  
Figaro. Hochzeitssnacht. Ein Ideal.  
Katastrophe. Unter dem Bett. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Walhalla. Spezialitäten.  
Karl Haberland. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Urania. Landensitze 48/49.  
8 Uhr: Die Feuergefallen der Erde.  
Hörsaal 8 Uhr: Konstruktions-Ingenieur A. Koberner: Die Eisen-gießererei.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
8 Uhr:  
Die Feuergefallen der Erde.  
Hörsaal 8 Uhr: Konstruktions-Ingenieur A. Koberner: Die Eisen-gießererei.  
Lustspielhaus.  
Täglich abends 8 Uhr:  
Hufarenfieber.  
Zentral-Theater.  
(Operette) Täglich 8 Uhr:  
Der Milliardär.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Geißha.

**DERNHARD ROSE THEATER**  
Gr. Frankfurterstr. 139.  
Täglich 8 Uhr:  
Sherlock Holmes.  
Morgen Sonntag, nachm. 4 Uhr:  
Kinderdarstellung bei kleinen Preisen:  
Die sieben Raben.

**Metropol-Theater**  
Abends 8 Uhr:  
Der Teufel lacht dazu.  
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.  
Massary. Wolf. Bender.  
Giampietro. Josephi.  
Kanchen überall gestattet.  
Sonntag, 24. Febr., nachm. 3 Uhr:  
Auf in's Metropol.

**Apollo Theater**  
Rur noch bis Ende Februar:  
Bernhard Mörbitz  
als Paulchen auf der Wanderschaft.  
Kühnheit: Die hervorragenden Spezialitäten-Attraktionen.  
Die schöne Vestalin.  
Operette von Viktor Kollander.  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr (keine Preisel): Gr. Doppel-Vorstellung.

**WINTER GARTEN**  
Neues Programm  
Otto Reutter.

**Gebr. Herrfeld-Theater**  
Anf. Theater 11-2 Uhr:  
57 Kommandantenstr. 57.  
Die stürmisch bejuckte Herrfeldtade  
Ein verrücktes Hotel  
mit dem Vorspiel:  
„Mayhisch geht zur Jagd“  
Komödie in 3 Akten mit den Autoren in den Hauptrollen.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
Sonntag, den 24. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, 6. halben Kassenpreisen:  
Endlich allein.  
Fall Blumentopf.

**Walhalla-Variete-Theater**  
Weinbergweg 19/20, Rosenh. Tor.  
Heute abends 8 Uhr:  
Anna Müller-Linke  
Gesangs- & Soubrette v. Metropol-Theater in Berlin.  
Leonhard Haskel,  
der allerbste Volks-Komiker.  
Max Franklin-Trippe,  
15 neue lustige Februar-Spezialitäten.

**Brunnen-Theater**  
Gesundbrunnen. Badstraße 58.  
Direktion: Bernhard Ross.  
Die Verschwörung der Frauen.  
Lustspiel in 5 Aufzügen von Müller.  
Stoffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.  
Weltvorverkauf von 10-2 Uhr an der Theaterkasse.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Minna von Barnhelm.  
Lustspiel in 5 Aufzügen v. Gotthold Ephraim Lessing.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Jugend.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
Maria Stuart.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Der Kaiserjäger.

**Schiller-Theater N.**  
Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater.  
Abends 8 Uhr:  
Der Familientag.

**Zirkus Busch.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Jiu-Jitsu  
in Angriff und Verteidigung demonstriert von Gen. G. Barb. Jiu-Jitsu-Meister, Paris, und O. Hansen, Schwergewichtsringer, Dänemark.  
Maucelo-Marinis-Truppe.  
Ufrobolen.  
The Novellos  
Indien in Europa.  
Fr. Marguerite, Schauspielerin, etc.  
Um 9 1/2 Uhr: R.O.M.  
Sonntag: 2 gr. brill. Vorstellg.

**Trianon-Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
Fräulein Joseette - meine Frau.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr:  
Die Liebeschänkel.

**Volks-Kabarett**  
der  
Brettdiva Margarete Walkotte.  
Neue Welt, Hasenheide.  
Montag, den 25. Februar, abends 8 Uhr.  
Entree 50 Pf. Abendkasse 60 Pf.  
Vorverkauf bei Herrn Horsch, Engel-Ufer 15, Neue Welt, Hasenheide, bei Herrn Conrad, Rixdorf, Hermannstr. 60, bei Herrn Erbe, Hasenheide 2.  
Mitwirkende: Fr. Mylius, Konzertsängerin, Herr Max Plüddemann, Violinvirtuos, Herr Artur Laube vom Lessing-Theater, Georg Wolf vom Thalia-Theater, Emil Walkotte, Margarete Walkotte. 3964L\*

**Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein.**  
Mitglied des Arbeiter-Radfahrerb. „Solidarität“.  
Sonntag, den 23. Februar 1907:

**Gr. Wiener Maskenball**  
In den Gesamträumen der „Neuen Welt“, Hasenheide 108-114 (größtes Lokal Berlins).  
Kunst- u. Reigenfahren. Humoristisches Wettfahren auf uniersetzten Rädern.  
Auftritt der Tiroler Gesellschaft „Zillerthal“, Vorführung des Schubplattlers, Auftreten des Berliner Uk-Trio.  
Kinematograph-Vorstellung bei halben Kassenpreisen, hochaktuelle Vorführungen.  
Anfang 9 Uhr. Eintritt 50 Pf.  
Einen amüsanten und unterhaltungsreichen Abend versprechend, ladet freundlichst ein  
Das Festkomitee.  
NB. Mitglieder erhalten Billetts in den Abteilungsver-sammlungen sowie in der Genossenschaft, Oderbergerstr. 30. 11/5\*

**„Waldkater“, Jungfernhöhe.**  
Sonntag, 23. Februar: 40012  
Bockler-Jubil und Trabel.  
Großartige Lieberausungen, u. n. „Mit-Berlin“, Wag Paktisch.

**Rothenburger Versicherungs-Anstalt a. G.**  
in Görlitz.  
Gegründet im Jahre 1856.  
Größte deutsche Anstalt für Sterbegeld-Versicherung.  
Billige Beiträge. Sehr vorteilhafte Bedingungen.  
— Alle Ueberschüsse fallen den Mitgliedern zu. —  
Dividende seit 1898 ständig 25 % eines Jahresbeitrages, für Ältere Versicherungen 50 %  
Versicherungsbestand 1/2 Mill. Versch. über 30 Millionen M.  
Gesamtvermögen 21 Millionen M.  
Seither ausgezahlt Sterbegelder pp. 17 Millionen M.  
Seither an die Mitglieder überwies. Dividende 5 Millionen M.  
Höchstaussägige Versicherungssumme M. 1500, zahlbar nach Wahl auch schon bei Lebzeiten. Keine ärztliche Untersuchung.  
Nähere Auskunft erteilen und Anträge nehmen entgegen die Einnehmer-Stellen der Anstalt: Brunnenstr. 83, Dorotheen-straße 70, Feldzeugsmeisterstr. 2, Flämmerstr. 3, Madaistr. 7, Möckernstr. 112, Muskauerstr. 30, Prinzenstr. 100, Rathenow-strasse 53, Ritterstr. 4, Rostockerstr. 44, Turmstr. 40, Wassertor-strasse 53, Weidenburgerstr. 47, Wilhelmstr. 79, Wilhelmstr. 138.

**Fluß- u. Seefische.**  
16215  
Große, wilde Kaninchen, 90 Pf. u. 1 M., große, fette Suppenhühner, junge Enten, Brathühner, Tauben billigst.  
Otto Götz  
Warschauerstr. 64, Ecke Kopernikusstraße.

**H. Zimmermann**  
Berlin SO. Juwelier Oranienstr. 206  
Gold- und Silberwaren-Fabrik,  
Uhren-Großhandlung. 3535L\*  
Eigene Werkstatt für Neuherstellung u. Reparatur.  
Strong roell. - Billigste Preise.

**Schiller-Theater Charlottenburg.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Im bunten Rock.  
Lustspiel in 3 Aufzügen von Franz v. Schönthan u. Freiherrn v. Schlicht.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Im bunten Rock.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
Wallenstains Tod.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Im bunten Rock.

**Zirkus Schumann**  
Heute abend 7 1/2 Uhr:  
Vortugend humor. Programm und nur noch einige Tage  
Mr. Richard Sawades  
einzig dastehende, wunderbar dressierte gemischte  
Nautier-Gruppe.  
Die neu engag. Spezialitäten und sämtliche Clowns und Auguste.  
Um 9 Uhr: Abendli. fürm. Beifall:  
St. Hubertus.  
Sanssouci  
Kottbuserstr. 4a.  
Direktion Wilhelm Reimer.  
Sonnt. Mont. Donnerst.:  
Hoffmanns Nord. Sänger.  
(Elets neues Programm.)  
Sonnt. 2g. 5. Wochent. 8 U.  
Sonntag u. Montag: Gr. Elite-Orchester v. Hoffmanns Norddeutschen Sängern.  
Dienstag: Theaterabend.

**St. Hubertus.**  
Sanssouci  
Kottbuserstr. 4a.  
Direktion Wilhelm Reimer.  
Sonnt. Mont. Donnerst.:  
Hoffmanns Nord. Sänger.  
(Elets neues Programm.)  
Sonnt. 2g. 5. Wochent. 8 U.  
Sonntag u. Montag: Gr. Elite-Orchester v. Hoffmanns Norddeutschen Sängern.  
Dienstag: Theaterabend.

**Palast-Theater.**  
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse.  
Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
Der auserlesene Februarspielplan  
u. a.: Die 3 Harders,  
Könige der Luft.  
Grete Füllgraf,  
jüngste Vermandlungstänzerin  
vom Witwenball.  
Schwanf.  
Familienarten, wochentags zum halben Kassenpreis gültig, in Barber-, Friseur- u. Zigarengeschäften gratis.

**Kasino-Theater**  
Lottfingstr. 37. Täglich 8 Uhr.  
Nur noch kurze Zeit:  
Ledige Leute  
und das brillante Februarprogramm.  
Sonntag 4 Uhr: Mutter Gräbert.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Anfang  
Wochentags  
8. Sonntag  
7 Uhr.  
Reichshallen-Restaurant  
Bockbier-Fest.

**Prater-Theater**  
Kastanien-Allee 7-9.  
Abends 8 Uhr:  
Der Weidenfresser.  
Lustspiel in 4 Akten von Nofer.  
Morgen:  
Geschlossen.

**Gustav Behrens Theater**  
früher Schöneberger Wintergarten.  
Goltzstr. 9 Schöneberg, Goltzstr. 9  
Eröffnung Sonntag, 2. März  
mit einem erstklassigen Programm.

**Colosseum**  
Dresdenerstraße 97.  
Täglich: Großer  
Bockbier-Jubil.  
Musik! - Gesang! - Humor!  
Allerlei Ueberraschungen.

**Otto Pritzkow, Münzstr. 16.**  
Welt-Ausstellungs-Biograph-(St. Louis)  
Theater lebender Photographien.  
Auf Wunsch Vorführung in Vereinen jederzeit.  
Verbindung mit größter Film-fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.  
Den ganzen Tag Vorstellung.

**Deutsch-Amerikanisches Theater.**  
Abds. 8 Uhr! Letzte Aufführungen!  
Der Sorgenbrecher.  
Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise:  
Ueber'n großen Teich.  
Ab 1. März 1907 jeden Abend:  
Gesamtgastspiel des Theaters des WESTENS.  
OPERA und OPERETTE.

**Passage-Theater.**  
Heute Freitag, den 22. Februar, zum 17. Male:  
Mal was Anderes!  
Vosse von Leop. Ch. Josefina Dora, Georg Kaiser, Martin Bendix, Ernst Kettner.  
Ferner: Die glänzenden Februar-Spezialitäten.

**Folies Caprice**  
Lindenstr. 139, an der Friedrichstr.  
Montag, 25. Februar:  
Premiere  
10 000 Gulden Mitgift.  
Glänzend neuer Solotitel:  
Im Inspektionszimmer.  
Heute: Im Café Abelles und Ein Klavierprophet.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf zur Premiere an der Theaterkasse und bei Berthelm.

**Verein Berliner Hausdiener.**  
Mitgliedschaft I des Zentralverbandes der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.  
Nachruf.  
Am 14. d. M. verstarb unser Mitglied, Kollege  
Willi Gemkow.  
Die Beerdigung erfolgte am 21. Februar auf dem Kirchhofe in Rudow.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Ortsverwaltung.

**Dankfagung.**  
Hiermit sage ich allen Genossen, Freunden, Verwandten und Bekannten für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines unvergesslichen Mannes meinen herzlichsten Dank.  
Mitte Minna Lück nebst Tochter, Beisetzfrage 71. 16186

**Dankfagung.**  
Für die liebevollen Beweise aufrichtiger Teilnahme und die schönen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes  
Wilhelm Stiegler  
sage ich allen Verwandten, Freunden, Bekannten, den ehemaligen Kollegen der Firma Dimenthal, der Krankenkasse, dem Zentralverband, dem Wahlverein Rixdorf und dem Reichshallenverein meinen innigsten Dank.  
Mitte Ida Stiegler geb. Gondeck. 40022

**Dampfschwitzbäder**  
in jeder Küche angründbar, zusammenlegbar, Badefoßen 10 Pf. Preis 7,50 M.  
P. Berger, Kl. Frankfurterstr. 7.

**Deutschlands Spezialgeschäft für Bettfedern**  
Erste Bettfedernfab. m. elekt. Betriebe  
Gustav Lustig  
BERLIN S. Prinzenstr. 46  
berühmt geg. Nachnahme garantiert neue und gut entfeucht, zur füllende Bettfedern p. Pfd. M. 0.55-1.00-1.25; prima Halbdaunen M. 1.75; Gänse- ruyfedern M. 2.00; prima weiche Gänsehalbdaunen M. 2.50-3.00-3.50 etc. dinst. Ronopolbdaunen M. 2.55, etc. russisch. Mata- dor-Gänsefedern M. 2.50  
Von den Tannen grünen 2-4 Pfd. zum gr. Gebett. - Gänsefedern (s. Rührer) M. 0.60 per Pfund; Gänse- schafschafchen, wie sie von der Gans fallen, mit allen Tannen M. 1.50. Proben und Preisliste gratis. Um- tausch oder Rücknahme gestattet. Verpackung kostenfrei.  
Zehnjähriger Umsatz über 2000 Tausend Bettfedern, von feinem zweiten Bettens u. Bett- federngeschäft erreicht.

**Englischen Unterrichts,**  
einzeln und im Bidel, erteilt 36372\*  
Gertrud Swienty,  
Schöneberg, Sedanstraße 57, III.  
Maskenanzüge  
verleiht Quanter,  
Charlottenburg, Wallstr. 35.  
Wie ein Pfarrer  
Sozialdemokrat wurde.  
Von Paul Göhre.  
Preis 10 Pf. Porto 3 Pf.  
Buchhandlung Vorwärts  
Berlin SW., Lindenstr. 69.

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Wahlkreises.**  
Todes-Anzeige.  
Am 19. d. M. verstarb unser Mitglied, der Schreiber  
Robert Wuttig  
Swinemünderstr. 47.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute, Freitag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Friedhof Kirchhof in Nordend statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
247/12 Der Vorstand.

**Sozialdemokrat. Wahlverein Schöneberg.**  
Bezirk 2.  
Am 19. Februar verstarb nach kurzen, schweren Leiden im Alter von 43 Jahren unser lang- jähriges, tätiges Mitglied, der Gastwirt  
Otto Schilling.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. d. M., nach- mittags 3 Uhr, von der Halle des Schöneberger Friedhofes, Wag- straße aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
15/8 Der Vorstand.

**Verein Berliner Hausdiener.**  
Mitgliedschaft I des Zentralverbandes der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.  
Nachruf.  
Am 14. d. M. verstarb unser Mitglied, Kollege  
Willi Gemkow.  
Die Beerdigung erfolgte am 21. Februar auf dem Kirchhofe in Rudow.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Ortsverwaltung.

**Dankfagung.**  
Hiermit sage ich allen Genossen, Freunden, Verwandten und Bekannten für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines unvergesslichen Mannes meinen herzlichsten Dank.  
Mitte Minna Lück nebst Tochter, Beisetzfrage 71. 16186

**Dankfagung.**  
Für die liebevollen Beweise aufrichtiger Teilnahme und die schönen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes  
Wilhelm Stiegler  
sage ich allen Verwandten, Freunden, Bekannten, den ehemaligen Kollegen der Firma Dimenthal, der Krankenkasse, dem Zentralverband, dem Wahlverein Rixdorf und dem Reichshallenverein meinen innigsten Dank.  
Mitte Ida Stiegler geb. Gondeck. 40022

**Dampfschwitzbäder**  
in jeder Küche angründbar, zusammenlegbar, Badefoßen 10 Pf. Preis 7,50 M.  
P. Berger, Kl. Frankfurterstr. 7.

**Englischen Unterrichts,**  
einzeln und im Bidel, erteilt 36372\*  
Gertrud Swienty,  
Schöneberg, Sedanstraße 57, III.  
Maskenanzüge  
verleiht Quanter,  
Charlottenburg, Wallstr. 35.  
Wie ein Pfarrer  
Sozialdemokrat wurde.  
Von Paul Göhre.  
Preis 10 Pf. Porto 3 Pf.  
Buchhandlung Vorwärts  
Berlin SW., Lindenstr. 69.

Siebenter Verbandstag der Steinseher, Plasterer und Berufsgenossen Deutschlands.

Leipzig, den 20. Februar.

Dritter Verhandlungstag.

Den Bericht des Kassierers gibt Scholz-Berlin. Der Mitgliederstand am Schluß 1906 betrug 5037. Die Fluktuation war eine so große, daß wir eigentlich 11 735 Mitglieder haben müßten; tatsächlich haben wir aber nur 9577 Mitglieder. Die Gesamteinnahmen betragen im Jahre 1904 182 478 M., im Jahre 1905 158 828 M. Die Mindereinnahme ist nur scheinbar, da in der Einnahme von 1904 ein Vorlehen von 50 000 M. enthalten ist, das fast abbezahlt ist. Die Gesamtausgaben betragen 182 078 M. im Jahre 1904 und 124 440 M. im Jahre 1906. Sämtliche Ausgaben für die Unterstützungsweige bewegen sich in aufsteigender Linie; eine Mahnung für den Verbandstag, auch mehr Mittel zu schaffen. Diskussion über diesen Punkt wurde nicht beliebt. Im Berichte des Redakteurs führte Knoll aus: Die Ueberflut über die internationale Bewegung und das Wirtschaftsleben sei weiter angebaut worden. Das Jahrgangsergebn seit 1905 achtfach, was dem kleinen Verbands eine relativ hohe Ausgabe verursacht. Da man in der Diskussion dem Redakteur vorwirft, er treibe „Reizhäuseri“ im Verbandsorgan, erklärt Knoll, daß er bei seiner „Reizhäuseri“, das heißt bei seiner Stellungnahme als Gewerkschaftler zu den Differenzen mit der Partei stehen bleiben müsse. Die Debatte läuft aus in stundenlangen Disputen persönlicher Natur zwischen Knoll und Schenk-Berlin.

Zweite internationale Konferenz der im Straßenbau beschäftigten Arbeiter.

Leipzig, den 19. Februar.

Den Bericht des internationalen Sekretärs gab A. Knoll-Berlin. Er konstatierte, daß die angeschlossenen Bruderorganisationen Italien, Oesterreich, Ungarn, Schweiz, Schweden, Dänemark, Belgien Vertreter entsandt. Leider konnte er als Sekretär seine Tätigkeit nicht so entfalten, als er es selber wünschte. Trotzdem hat die Korrespondenz einen bedeutenden Umfang gehabt. Besonders mit Amerika, das noch nicht angeschlossen ist, habe er Verbindung gesucht. Leider habe er drüber die Antwort erhalten: Sie verbat sich jede Korrespondenz.

Es würde aber nur besser werden, und zwar durch den Vortrag, der kürzlich von der American Federation of Labor den deutschen Gewerkschaften angeboten wurde. Bisher habe die Berufsorganisation in New York ein Eintrittsgeld von 50 Dollar erhoben. Es sei auch sehr wahrscheinlich, daß es gelingt, die französischen Genossen für uns zu gewinnen. Den ungarischen Kollegen sei mit 200 M. unter die Arme geworfen worden, damit sie die Kinderkrankheiten der jungen Organisation besser überwinden. Das sei gelungen. Das Sekretariat habe mitgewirkt, daß die Sektionen in Gafel, St. Gallen und Zürich sich dem schweizerischen Verband der Steinarbeiter anschließen. Seitdem habe sich die Zahl der Organisierten dort von 60 auf 120 erhöht, bei insgesamt 300 Plasterern. Die belgische Organisation, eine der jüngsten, habe im Gegensatz zu der allgemeinen Stimmung in Belgien schon bei 800 Mitgliedern einen Beamten angestellt mit der Wirkung, daß besonders die willkürlichen Genossen sich bald und gut organisierten. Wie musterhaft ihre Disziplin sei, zeigte, daß, wer sich wegen Beitragsrückständen ausschließen läßt, beim Wiedereintritt 20 Franc bezahlen müsse. Nur die Flamenländer seien schwer oder kaum für uns zu gewinnen. Auch in Italien schreite die Organisation vorwärts.

Durch Belgien: Wir hoffen gar bald 1400 Mitglieder zu haben. Beim Wiedereintritt müssen sogar 40 Fr. bezahlt werden. Der nach 8 Monaten mit den Beiträgen im Rückstande ist, muß 1 Fr. Strafe zahlen.

Vorhessen-Turin teilt mit, daß die Sektion in Turin selbständig die städtischen Plasterarbeiten vom Rat der Stadt übernommen habe.

Wieser-Deutschland: Die Belgier, die als Wanderarbeiter besonders viel nach Rheinland-Westfalen kommen, sind tüchtige Arbeiter und werden den Deutschen oft vorgezogen. Aber sie verschleudern uns die Arbeitsverhältnisse, weil sie länger als wir arbeiten.

Durch Belgien: Sobald ein Mitglied seiner Organisation in Deutschland Lohnbruch begeht, wird es ausgeschlossen.

Rab-Ungarn: Es sei eine internationale Flugchrift ausgearbeitet. Besonders den Christlichen müsse auf den Leib gedrückt werden.

Darauf wurde der Entwurf eines Regulativs für das internationale Sekretariat, der 10 Paragraphen umfaßt, angenommen. Genosse Knoll-Berlin wurde einstimmig wieder zum internationalen Sekretär gewählt und ihm der Dank für seine bisherige Tätigkeit ausgesprochen.

Damit waren die Arbeiten der internationalen Konferenz beendet. Sie schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung.

Verfammlungen.

Fünfter Wahlkreis. Der sozialdemokratische Wahlverein hielt am Dienstag im „Alten Schützenhause“ eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Zur Aufnahme hatten sich 324 neue Mitglieder gemeldet, die größtenteils während der Wahlbewegung gewonnen waren. Die namentliche Verlesung dieser langen Liste von Parteirekruten durch den Kassierer Kirste wurde von der Versammlung mit dem Ausdruck heiterer Befriedigung aufgenommen. Einsprüche gegen die Aufnahme erfolgten nicht. Daraus gab

Wels einen umfassenden Bericht über die Tätigkeit des Wahlkomitees während der verflochtenen Reichstagswahl. Redner ist von dem Ausfall der Wahl im fünften Kreise um so mehr befriedigt, als der Wahlvereinsvorsitzand sich von vornherein darüber klar war, daß es außerordentlicher Kraftanstrengungen bedürfte, um den Kreis für uns zu halten. In richtiger Würdigung der gegenseitigen Parteiverhältnisse hatten die Genossen den Gegner denn auch durchaus nicht unterschätzt,

sondern damit gerechnet, daß die Freiwahligen diesmal alles aufbieten würden, der Sozialdemokratie das Mandat zu entreißen, um so mehr als die Kandidatur Cassel bedeutend zugkräftiger war, wie die frühere Kandidatur des verstorbenen Schulrats Jwid. So ist das Wahlkomitee auch gleich emsig an die Arbeit gegangen. Es wurden im Kreise 16 öffentliche Wählerversammlungen abgehalten und 8 allgemeine Flugblätter in ziele 400 000 Exemplaren verbreitet; dazu kam noch die Verteilung von rund 100 000 Handzetteln. Außerordentlich gut hat auch der Schlepperdienst funktioniert. Im Bureau sind allein 137 000 Adressen zu diesem Zweck geschrieben worden. An der Schlepperarbeit beteiligten sich etwa 2500 Genossen, von denen sich aus dem vierten und sechsten Wahlkreis-Ost allein 1560 Mann in dankenswerter Bereitwilligkeit zur Verfügung gestellt hatten. Dem gut organisierten Schlepperdienst und der freudig geleisteten Wahlhilfe der Genossen vom vierten Kreise dürfte denn auch ein wesentlicher Teil unseres Wahlerfolges zuzuschreiben sein. Es ist diesmal an Wahlarbeit trotz der kurzen Zeit genau soviel geleistet worden, wie in der langen Wahlkampagne des Jahres 1903. Redner ist der Meinung, daß, wenn auswärts auch überall so gearbeitet worden wäre, dann die Mandatschlappie wohl nicht einen derartigen Umfang hätte annehmen können. Nichts sei unangenehmer, wie sich von vornherein in zu großer Sicherheit zu wiegen, die Enttäuschung folge dann in der Regel nach. Uebrigens sei es auch ein großer Irrtum, den Schlepperdienst als etwas „Immoralisches“ zu betrachten. Je besser gerade auf diesem Gebiete alles organisiert sei, desto eher könne dann auch ein Erfolg gerechnet werden, zum mindesten brauche man sich dann bei einem etwaigen Mißerfolge keine Selbstvorwürfe zu machen. Was speziell den fünften Berliner Reichstagswahlkreis anbelange, so könne wohl angenommen werden, daß derselbe jetzt zum dauernd sicheren Besitztande der Partei gehöre. Was die Gegner ausbieten konnten, um uns durch ihre teils dumme und läppische, teils aber auch äußerst raffinierte Schwindelektion den Kreis abzugeben, das ist geschehen. Eine Steigerung in dieser Hinsicht sei wohl kaum noch möglich. Redner gab sodann eine vergleichende Uebersicht des Wahlergebnisses aus den Distrikten der einzelnen Wahlvereins-Abteilungen von 1903 und 1907 und erwähnte im Anschluß hieran dringend zum größtmöglichen Ausbau der politischen Organisation.

Bezüglich des Gesamtwahlergebnisses wolle er sich einer eingehenden Kritik enthalten. Er könne im wesentlichen das unterstreichen, was Kautsky darüber in der „Neuen Zeit“ veröffentlicht hat. Wenn je, so habe sich bei den diesjährigen Wahlen der alte Satz bewahrheitet, daß der Arbeiterkampf gegenüber alle bürgerlichen Schichten nur eine reaktionäre Klasse sind. Deshalb sei es jetzt auch am richtigsten, das zu tun, was der Parteivorstand in seinem Aufruf nach der Wahl empfohlen hat. Trotz der Schlammschlacht von Verleumdungen, die von allen Gegnern über uns ausgegossen wurde, hat die Partei einen Stimmenzuwachs von einer Viertelmillion erzielt. Daraus ergebe sich, daß die Anhänger der Sozialdemokratie eine festgefügte Mauer bilden, dagegen die bürgerlichen Wählermassen nur mit Flugland zu vergleichen sind, der bei nächster Gelegenheit wieder auseinandergerissen wird. Wenn gegenwärtig im bürgerlichen Lager auch über den sozialdemokratischen Mandatsverlust viel Freude herrscht, so wisse doch jeder Genosse, daß unser Recht nicht in der Zahl der Mandate liegt, sondern in der Revolutionierung der Köpfe. Hierin mit allen Kräften weiterzuarbeiten, das sei jetzt die vornehmste Aufgabe der Partei. Deshalb erübrige es sich auch, eine zu weit gehende Kritik an den schrullenhaften Extravaganzen der Genossen Calwer und Vernein zu üben. Wir haben eben besseres zu tun, als die kostbare Zeit mit unfruchtbareren Auseinandersetzungen zu vergeuden. Auch der „Vorwärts“ verfolge vollständig korrekt, indem er jene Auslassungen ebenso kurz wie sachlich abgehan hat. Für die Parteigenossen könne es jetzt nur heißen: Vermehrte Ausbreitung und Befestigung in den Ideen des Sozialismus. (Beifall.)

Huhnfleisch wünschte hierauf eine kritische Besprechung herbeizuführen, weil seiner Ansicht nach der Wahlvereinsvorsitzand bei der Kandidatenaufstellung zu selbständig gehandelt habe. Eine Debatte hierüber wurde jedoch gegen wenige Stimmen abgelehnt, da die übergroße Mehrheit die durch die Wahl-situation gebotenen Maßnahmen des Vorstandes vollkommen billigte.

Liepmann schloß sich im großen und ganzen den Ausführungen des Genossen Wels an und erwähnte noch besonders zu einem noch festeren Zusammenschluß zwischen Partei und Gewerkschaften wie auch der Gewerkschaften unter sich selbst.

Wels regte noch an, eine Statistik aufzustellen, aus der die Wahlbeteiligung der einzelnen Vereine im Kreise ersichtlich ist. — Auf Antrag Huhn wurde sodann beschlossen, in einer der nächsten Versammlungen sich noch etwas ausführlicher mit den Wahllehren zu befassen.

Zippel beschwerte sich darüber, daß das angeforderte Extrablatt des „Vorwärts“ am Tage nach der Wahl nicht den Abonnenten zugegangen ist. Zucht ist ebenfalls der Meinung, die Geschäftsleitung des „Vorwärts“ sei bei dieser Gelegenheit nicht auf dem Plane gewesen. Was bei der Reisezeit möglich sei, müsse zur Wahlzeit erst recht möglich sein. Es genüge nicht, wenn solch Extrablatt nur an den Strakenenden verteilt werde, die Abonnenten jedoch unberücksichtigt bleiben und das Blatt erst einen Posttag später bekommen. Wels entschuldigt das Vorwissen mit der Schwierigkeit der Zustellung, da die Zeitungsträgerinnen nicht überall des Nachmittags zum Austragen des Extrablattes zu bekommen waren. Allerdings war auch er der Meinung, daß dies dann vorher hätte bekannt gemacht werden müssen, damit sich die „Vorwärts“-Abonnenten danach richten konnten. — Zum Schluß forderte Zucht noch zu reger Beteiligung an der am Sonntag stattfindenden Flugblattverbreitung auf.

Der Zentralverband Deutscher Brauereiarbeiter, Sektion I (Brauere) des Berliner Zweigvereins, hatte am Sonntag im Gewerkschaftshaus eine gutbesuchte Versammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde in würdiger Weise das Andenken des verstorbenen Verbandsvorsitzenden Bauer gelehrt. Man verhandelte dann über die Frage, wie sich die Durchführung des im Januar endgültig erneuerten und veränderten Tarifvertrages gestaltet. Wie die vom Vorsitzenden Sody abgegebene Uebersicht ergab, sind bei der Anwendung des neuen Tarifs verschiedene Bestimmungen nicht überall so ausgelegt worden, wie es nach Auffassung des Vorstandes und der Kommission richtig ist. So zum Beispiel hinsichtlich der Arbeitszeit (Bruttoarbeitszeit, Nettoarbeitszeit, Beginn und Ende,

Verteilung der Pausen). Redner gab entsprechende Belehrungen. Er betonte unter anderem, daß sich die Kollegen durch Unhänglichkeit an alte Gewohnheiten nicht verleiten lassen sollten. Sonderabmachungen über Beginn und Ende der Arbeitszeit zu treffen. Insbesondere den in den Sudhäusern beschäftigten Kollegen sei dringend nahezu legen, sich an dem tariflichen 7 Uhr-Beginn (als frühesten Beginn) zu halten und nicht, wie früher, um 6 Uhr anzugehen. Wenn sie dann auch erst um 7 Uhr abends Schluß hätten, statt um 6, so müßten sie das auf sich nehmen. Was die festgesetzten Pausen betreffe, so seien diese so zu verstehen, daß die Arbeiter während der Zeit keinerlei Verantwortung zu tragen haben. Als schon vorhandene günstigere Bedingungen, die nach § 14 des Tarifs den Arbeitnehmern, die sie hätten, verblieben, wären auch die sogenannten Postzulagen anzusehen, im Gegensatz zur Auslegung einiger Brauereien. Die Differenzen in der Auslegung dieses und anderer Tarifpunkte werden vor dem Einigungsamt zur Entscheidung kommen. Auch der durch den neuen Tarif eingeführte Urlaub ist schon zum Streitgegenstand geworden. Der infolge des strengen Winters laue Geschäftsgang habe einzelnen Betriebsleitern den Gedanken eingegeben, bei dem jetzt herrschenden „schönen“ Wetter ihren Leuten „Urlaub“ anzubieten. So in der Löwenbrauerei Hohen-Schönhausen. Das sei absolut unzulässig. Es werde sofort an zuständiger Stelle Beschwerde geführt werden. Die ringfreien Brauereien hätten, bis auf Grünau, den Tarif anerkannt. In Grünau fanden diese Woche Verhandlungen statt.

Es entspann sich eine eingehende Diskussion. Als wichtig in der Urlaubfrage bezeichnete es ein Redner, daß es den Kollegen frühzeitig, vielleicht einige Wochen vorher, mitgeteilt werde, wenn sie den Urlaub antreten sollen. In Hohen-Schönhausen sei einem Kollegen, der seit 11 Jahren da ist, eine Vierteltunde vor Feierabend gesagt worden, er brauche erst dann und dann wiederzukommen, er hätte jetzt Urlaub. (Allgemeines Hohn-gelächter.) — Soday wandte sich energisch gegen die Angriffe, die seitens der Brauereiarbeiter und ihrer Vertreter in ihren Versammlungen gegen die Sektion der Brauer und deren Leitung gerichtet worden sind. Nach einigen Darlegungen zu der Sache bezeichnete er jene Angriffe als durchaus ungerechtfertigt. Andere Redner schlossen sich dem an. — Ein Antrag, der sich gegen ein Eintreten für Aufrechterhaltung der bestehenden Postzulagen wandte, wurde abgelehnt.

Der Kassenbericht für das vierte Quartal weist für die Zentralkasse auf eine Einnahme und Ausgabe von 4084,10 M. In dieser Ausgabe sind enthalten die 3313,55 M., welche an die Hauptkasse abgeführt wurden. Der Mitgliederbestand wuchs im vierten Quartal von 825 auf 865. Die Lokalkasse nahm ein 2087,69 M. und gab aus 1830,40 M. Die Mehreinnahme von 457,75 M. ergibt zusammen mit dem Bestand vom dritten Quartal einen Bestand von 8431,25 M. Der Ortsverwaltung wurde Decharge erteilt. Es wurde beschlossen, dem Vorsitzenden als angestellten Beamten der Sektion das Wochengeld von 40 auf 45 M. zu erhöhen (ab 1. Januar 1907) und ihm 14 Tage Urlaub zu gewähren.

Schließlich besproch man unter anderen Verbandsangelegenheiten auch gewisse Differenzen im Betriebe der Brauerei Grünau. Die Differenzen hatten auch die endgültigen Verhandlungen über den neuen Tarif mit dieser Brauerei verzögert. Bei diesen Verhandlungen wird eine befriedigende Erledigung der Differenzen versucht werden.

Freie Vereinigung der Maurer. In der Generalversammlung, die am Sonntag in der Brauerei Köpenick abgehalten wurde, erstattete Rehle den Vorstandsbericht für das Jahr 1906. Unter anderem sagte er, wenn auch im vergangenen Jahre keine allgemeine Lohnhöhung stattfand, so gab es doch zahlreiche Differenzen, die auch zu Wausperren führten. Auf 52 Bauten wurde die Arbeit gänzlich eingestellt und die Sperre verhängt. 9 von diesen Sperren dauerten nur einige Stunden, 43 dauerten länger und erfolglos. 18 Sperren brachten vollen Erfolg, 7 teilweisen Erfolg, 27 gingen verloren, davon 8, weil die Bauten durch Affordmurer besetzt wurden. Die Solidarität beim Mauerstreik wurde auf 21 Bauten betätigt. Von 88 Bauten wurden Wauzregelungen gemeldet, von denen in 24 Fällen die Entlassung infolge von Verhandlungen rüdgängig gemacht wurde. — Die Kassenmaurer führten einen Streik mit dem Erfolg, daß ihnen ein Stundenlohn von 85 Pf. und die 8½stündige Arbeitszeit zugesichert wurde und vom 1. April 1907 an der Achtstundenlag eingeführt und ein Stundenlohn von 90 Pf. gezahlt wird. — Zur Erledigung der Vereinsangelegenheiten wurden 34 Vorstandssitzungen und 26 Versammlungen abgehalten. — Die Arbeitslosenstatistik ergab, daß 822 Mitglieder insgesamt 3820 Wochen arbeitslos waren. Das sind 633 Wochen Arbeitslosigkeit mehr als im Jahre 1905. Das selbe Verhältnis ergibt sich auch aus der Krankenstatistik. — Im Laufe des Jahres gehörten dem Verein 2731 Mitglieder an. Am Schluß des Jahres war ein Mitgliederbestand von 2421 vorhanden. — Aus dem Kassenbericht, den der Kassierer Imhoff erstattete, geht folgendes hervor: Einschließlich des alten Bestandes von 72 430,11 M. betrug die Jahreseinnahme 117 400,51 M., die Ausgabe 84 963,52 M., der Bestand am Jahresschluß 82 445,90 M. Bei Wausperren und Wauzregelungen wurden 7986 M. Unterstützung gezahlt. Der Streik der Kassenmaurer kostete 294,20 M., an andere Gewerkschaften wurden 1700 M. Streikunterstützung gezahlt.

Nach einer kurzen Diskussion über die Geschäftsberichte erfolgten die Neuwahlen zum Vorstände. Sie hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Rehle, 2. Vorsitzender Heller, 1. Kassierer Imhoff, 2. Kassierer Riegner, 1. Schriftführer Kling, 2. Schriftführer Bardeleben, Revisor Rieble. — In den Ausschuß wurden gewählt: Heine, Gezorke, Pichlow, Gadslein, Prejsche.

Eingegangene Druckschriften.

M. Robatsch. Internationale Wirtschaftspolitik. 12 M. Verlag Ranzsch & Co. Buchhandlung, Wien. „1907“ Fricke auf der ganzen Welt! V. Kar. Preis brosch. 2,50 M., geb. 3,50. Verlag: V. Siedner, (Oera (Neuch). Bericht der Verwaltungsstelle des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes in Hamburg für das Jahr 1906. 43 Seiten. Selbstverlag Hamburg, Behnenbühl 57-59. Die venetianischen Erkrankungen, ihre Folgen und ihre Verhütung von Dr. med. A. Mayer. Preis 2,40 M., geb. 3,40 M. Verlag: Max Seyfert, Dresden. Werde grund! Zeitschrift für Volksgesundheitspflege. Herausgegeben von Dr. med. G. Liebs. Monatlich ein Heft. Vierteljährlich 75 Pf. Verlag: Th. Reichle, Erlangen.

Teures Fleisch — billige Seefische!! Besten Fleischersatz, schmackhaft u. durch hohen Nährgehalt sich auszeichnend! Große Fänge in lebendfrischer Ware sind soeben eingetroffen!

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“ (Größte Hochseefischerei-Gesellschaft Deutschlands.) Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8-10. Zentral-Fernsprecher: Amt III No. 8804. Seefisch-Kochbücher gratis. Verkauf-Niederlagen: Potsdamerstraße 112a, Prinzenstr. 30, Madaistr. 22, Landsbergerstr. 52-53, bei der Lützowstraße, am Moritzplatz, im Schlesischen Bahnhof, der Kurzen Straße gegenüber. Wilmersdorferstraße 111, am Stuttgarter Platz, Tel. Charlottenburg 6718.

Wir empfehlen besonders: Kabeljau ohne Kopf Großer Schellfisch mit Kopf im ganzen Fisch. Pfennig per Pfund 32 Alle übrigen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen.

Verkäufe.

Teppiche mit Farbenleibern... Verkauft zu billigen Preisen... Teppiche (Fehlerlos) in allen Größen...

Wohnungen. Prachtige Einzel- und Dreizimmer-Wohnungen... 2 Stuben, 1 Küche, Kellern...

Schlafstellen. Teilnehmer zur möblierten Schlafstelle... Möblierte Schlafstelle, 2 Herren...

Mietsgesuche. Möbliertes Zimmer oder Schlafstelle... 100,00 großer Säulenträume...

Arbeitsmarkt. Arbeiter gesucht... Arbeiter gesucht... Arbeiter gesucht...

Stellengesuche. Blinder Studienter bietet um Arbeit... Arbeiter gesucht...

Stellenangebote. Grabenlehrling verlangt Taubert... Arbeiter gesucht...

Arbeitsmarkt. Arbeiter gesucht... Arbeiter gesucht... Arbeiter gesucht...

Stellengesuche. Arbeiter gesucht... Arbeiter gesucht... Arbeiter gesucht...

Stellenangebote. Arbeiter gesucht... Arbeiter gesucht... Arbeiter gesucht...

Arbeitsmarkt. Arbeiter gesucht... Arbeiter gesucht... Arbeiter gesucht...

Stellengesuche. Arbeiter gesucht... Arbeiter gesucht... Arbeiter gesucht...

Stellenangebote. Arbeiter gesucht... Arbeiter gesucht... Arbeiter gesucht...

Arbeitsmarkt. Arbeiter gesucht... Arbeiter gesucht... Arbeiter gesucht...

Stellengesuche. Arbeiter gesucht... Arbeiter gesucht... Arbeiter gesucht...

Stellenangebote. Arbeiter gesucht... Arbeiter gesucht... Arbeiter gesucht...

Patentanwalt Bessel, Giffhain-Strasse 94a. 9273\*... Kunsttöpferei von Frau Kofsky...

Vermietungen.

Wohnungen. Prachtige Einzel- und Dreizimmer-Wohnungen... 2 Stuben, 1 Küche, Kellern...

Schlafstellen. Teilnehmer zur möblierten Schlafstelle... Möblierte Schlafstelle, 2 Herren...

Mietsgesuche. Möbliertes Zimmer oder Schlafstelle... 100,00 großer Säulenträume...

Arbeitsmarkt. Arbeiter gesucht... Arbeiter gesucht... Arbeiter gesucht...

Stellengesuche. Blinder Studienter bietet um Arbeit... Arbeiter gesucht...

Stellenangebote. Grabenlehrling verlangt Taubert... Arbeiter gesucht...

Arbeitsmarkt. Arbeiter gesucht... Arbeiter gesucht... Arbeiter gesucht...

Stellengesuche. Arbeiter gesucht... Arbeiter gesucht... Arbeiter gesucht...

Stellenangebote. Arbeiter gesucht... Arbeiter gesucht... Arbeiter gesucht...

Arbeitsmarkt. Arbeiter gesucht... Arbeiter gesucht... Arbeiter gesucht...

Stellengesuche. Arbeiter gesucht... Arbeiter gesucht... Arbeiter gesucht...

Stellenangebote. Arbeiter gesucht... Arbeiter gesucht... Arbeiter gesucht...

Arbeitsmarkt. Arbeiter gesucht... Arbeiter gesucht... Arbeiter gesucht...

Stellengesuche. Arbeiter gesucht... Arbeiter gesucht... Arbeiter gesucht...

Stellenangebote. Arbeiter gesucht... Arbeiter gesucht... Arbeiter gesucht...

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Verein der Einsetzer Berlins. Achtung! Bauarbeiter!

Wegen der Aussperrung in der Berliner Holzindustrie sind folgende Bauten gesperrt: 78/5

Bauten der Firma Sawataki: Sude, Bismarckstrasse 37... Bauten der Firma Jäger, Charlottenburg...

Bauten der Firma Jarotki: Jagdweg 61... Bauten der Firma Plagemann: Fährtenhof, Potsdamer Platz...

Bauten der Firma Traxel: Schallhorn u. Köhl, Tempelhofer-Strasse... Bauten der Firma Iden: Bodanstrasse in Panlow...

Bauten der Firma Dombrowsky: Tempelhofer, Germania u. Gottlieb-Dunckerstrasse... Bauten der Firma Margardt: Rixdorf, Weisse u. Rixstrasse...

Bauten der Firma Ziehe: Charlottenburg, Tauroggenstr. 46... Bauten der Firma Emmeluth, Rixdorf: Gewerkschaftshaus der Metallarbeiter...

Bauten der Firma Schmidt, Frankfurter Allee: Dudenardstr. 5, Dose... Bauten der Firma Erdmann: Ministerialdirekt. Neuhaus, Dahlen...

Bauten der Firma Langemann: Bismarckstrasse 11... Bauten der Firma Grün & Hetwig: Stadtkasse, Anhalt in Duss...

Bauten der Firma Gebr. Paul: Holzstrasse 44/45... Bauten der Firma Spohns: Weichselstrasse 56/57, Rixdorf...

Bauten der Firma Grunert & Seemann: Schönhauser Allee 97... Bauten der Firma Regelmann: Bismarckstrasse 219-220...

Bauten der Firma Stollmacker: Bismarckstrasse 219-220... Bauten der Firma Jost, Glogauerstrasse: Lindenstrasse, Erweiterungsbau der Victoria...

Bauten der Firma Ostern, Rixdorf: Magnus, Schönhauser Allee 134a... Bauten der Firma Knobel, Lichterfelde: Wartenstrasse 7...

Bauten der Firma Krüger, Reichensbergerstr. 61: Weichselstrasse 56/57... Bauten der Firma Wölfe: Fährtenhof, Potsdamer Platz...

Bauten der Firma Kuhert & Kühne: Rixdorf, Schönhauser Allee... Bauten der Firma Wolf: Fährtenhof, Potsdamer Platz...

Bauten der Firma Jost, Glogauerstrasse: Lindenstrasse, Erweiterungsbau der Victoria... Bauten der Firma Krüger, Reichensbergerstr. 61: Weichselstrasse 56/57...

Bauten der Firma Wölfe: Fährtenhof, Potsdamer Platz... Bauten der Firma Krüger, Reichensbergerstr. 61: Weichselstrasse 56/57...

Bauten der Firma Krüger, Reichensbergerstr. 61: Weichselstrasse 56/57... Bauten der Firma Wölfe: Fährtenhof, Potsdamer Platz...

Bauten der Firma Wölfe: Fährtenhof, Potsdamer Platz... Bauten der Firma Krüger, Reichensbergerstr. 61: Weichselstrasse 56/57...

Bauten der Firma Krüger, Reichensbergerstr. 61: Weichselstrasse 56/57... Bauten der Firma Wölfe: Fährtenhof, Potsdamer Platz...

Bauten der Firma Wölfe: Fährtenhof, Potsdamer Platz... Bauten der Firma Krüger, Reichensbergerstr. 61: Weichselstrasse 56/57...

Bauten der Firma Krüger, Reichensbergerstr. 61: Weichselstrasse 56/57... Bauten der Firma Wölfe: Fährtenhof, Potsdamer Platz...

Bauten der Firma Wölfe: Fährtenhof, Potsdamer Platz... Bauten der Firma Krüger, Reichensbergerstr. 61: Weichselstrasse 56/57...

Bauten der Firma Krüger, Reichensbergerstr. 61: Weichselstrasse 56/57... Bauten der Firma Wölfe: Fährtenhof, Potsdamer Platz...

Bauten der Firma Powesin: Bismarckstrasse 12... Bauten der Firma Prill, Fährtenhofstrasse...

Bauten der Firma Wals: Rixdorf, Rixdorfstrasse... Bauten der Firma Sperling & Kapelke: Weichselstrasse 56/57...

Bauten der Firma Schirmer: Rixdorf, Rixdorfstrasse... Bauten der Firma Wagenknecht: Spreckelsstrasse 17...

Bauten der Firma Akt.-Ges. für Bauausführung: Nord u. Laffer, von der Weichselstrasse 12...

Bauten der Firma Repke, Charlottenburg: Lorenz, Bismarckstrasse 47... Bauten der Firma Schaar: Rixdorf u. Blüthen, Rixdorf...

Bauten der Firma Kussin: Charlottenburg, Kaiser-Allee 203... Bauten der Firma Schubert: Rixdorf u. Blüthen, Rixdorf...

Bauten der Firma Kussin: Charlottenburg, Kaiser-Allee 203... Bauten der Firma Walter, Reinickendorf: Gemeindefabrik, Reinickendorf...

Bauten der Firma Kussin: Charlottenburg, Kaiser-Allee 203... Bauten der Firma Rössner: Weichselstrasse 37...

Bauten der Firma Kussin: Charlottenburg, Kaiser-Allee 203... Bauten der Firma Herrmann, Stalinerstrasse: Ausbau in Lützow, Weichselstrasse 16...

Bauten der Firma Kussin: Charlottenburg, Kaiser-Allee 203... Bauten der Firma Strotthoff: Herold, Charlottenburg, Giesebrechtstrasse 17...

Bauten der Firma Kussin: Charlottenburg, Kaiser-Allee 203... Bauten der Firma Noack, Gennigsdorferstrasse: Giller, Nord-Weichsel, zwischen Dnyarstrasse und Ringbahn...

Bauten der Firma Kussin: Charlottenburg, Kaiser-Allee 203... Bauten der Firma L. Lassen: Demme, Lützowstr. 94...

Bauten der Firma Kussin: Charlottenburg, Kaiser-Allee 203... Bauten der Firma Pohl & Sohn: Schollow, Charlottenburg, Spandauerstrasse 7-8...

Bauten der Firma Kussin: Charlottenburg, Kaiser-Allee 203... Bauten der Firma Nätche, Stettinerstrasse 27: Gide u. Schwarz, Schwedenstr. 5...

Bauten der Firma Kussin: Charlottenburg, Kaiser-Allee 203... Bauten der Firma Schneider, Griedenowstrasse: Bellemannstr. 84...

Bauten der Firma Kussin: Charlottenburg, Kaiser-Allee 203... Bauten der Firma Roloff: Rixdorf, Rixdorfstrasse...

Bauten der Firma Kussin: Charlottenburg, Kaiser-Allee 203... Bauten der Firma Hoffmann, Wollinerstr. 27a: Kleinstr. 46/47...

Bauten der Firma Kussin: Charlottenburg, Kaiser-Allee 203... Bauten der Firma Knobel, Lichterfelde: Wartenstrasse 7...

Bauten der Firma Kussin: Charlottenburg, Kaiser-Allee 203... Bauten der Firma Krüger, Reichensbergerstr. 61: Weichselstrasse 56/57...

Bauten der Firma Kussin: Charlottenburg, Kaiser-Allee 203... Bauten der Firma Wölfe: Fährtenhof, Potsdamer Platz...

Bauten der Firma Kussin: Charlottenburg, Kaiser-Allee 203... Bauten der Firma Krüger, Reichensbergerstr. 61: Weichselstrasse 56/57...

Bauten der Firma Kussin: Charlottenburg, Kaiser-Allee 203... Bauten der Firma Wölfe: Fährtenhof, Potsdamer Platz...

Bauten der Firma Kussin: Charlottenburg, Kaiser-Allee 203... Bauten der Firma Krüger, Reichensbergerstr. 61: Weichselstrasse 56/57...

Bauten der Firma Kussin: Charlottenburg, Kaiser-Allee 203... Bauten der Firma Wölfe: Fährtenhof, Potsdamer Platz...

Bauten der Firma Schalenburg, Charlottenburg: Anhalt, Bismarckstrasse... Bauten der Firma Altstadt, Lippchauerstr. 23:

Bauten der Firma Oehlschlägel: Rixdorf, Rixdorfstrasse... Bauten der Firma Räder & Comp.: Samsal, Malmstrasse...

Bauten der Firma C. Prächel, Langenstr. 10: Dahlen, Botanischer Garten... Bauten der Firma Thal, Rixdorfstr. 44:

Bauten der Firma Heilmann: Rixdorf, Rixdorfstrasse... Bauten der Firma Herrmann, Stalinerstrasse: Ausbau in Lützow, Weichselstrasse 16...

Bauten der Firma Herrmann, Stalinerstrasse: Ausbau in Lützow, Weichselstrasse 16... Bauten der Firma Törmer & Schariou: Gr. Frankfurterstr. 120...

Bauten der Firma Herrmann, Stalinerstrasse: Ausbau in Lützow, Weichselstrasse 16... Bauten der Firma Völker, Tempelhofer: Gräf, Vornholmerstrasse...

Bauten der Firma Herrmann, Stalinerstrasse: Ausbau in Lützow, Weichselstrasse 16... Bauten der Firma Noack, Gennigsdorferstrasse: Giller, Nord-Weichsel...

Bauten der Firma Herrmann, Stalinerstrasse: Ausbau in Lützow, Weichselstrasse 16... Bauten der Firma L. Lassen: Demme, Lützowstr. 94...

Bauten der Firma Herrmann, Stalinerstrasse: Ausbau in Lützow, Weichselstrasse 16... Bauten der Firma Pohl & Sohn: Schollow, Charlottenburg...

Bauten der Firma Herrmann, Stalinerstrasse: Ausbau in Lützow, Weichselstrasse 16... Bauten der Firma Nätche, Stettinerstrasse 27: Gide u. Schwarz...

Bauten der Firma Herrmann, Stalinerstrasse: Ausbau in Lützow, Weichselstrasse 16... Bauten der Firma Schneider, Griedenowstrasse: Bellemannstr. 84...

Bauten der Firma Herrmann, Stalinerstrasse: Ausbau in Lützow, Weichselstrasse 16... Bauten der Firma Roloff: Rixdorf, Rixdorfstrasse...

Bauten der Firma Herrmann, Stalinerstrasse: Ausbau in Lützow, Weichselstrasse 16... Bauten der Firma Hoffmann, Wollinerstr. 27a: Kleinstr. 46/47...

Bauten der Firma Herrmann, Stalinerstrasse: Ausbau in Lützow, Weichselstrasse 16... Bauten der Firma Knobel, Lichterfelde: Wartenstrasse 7...

Bauten der Firma Herrmann, Stalinerstrasse: Ausbau in Lützow, Weichselstrasse 16... Bauten der Firma Krüger, Reichensbergerstr. 61: Weichselstrasse 56/57...

Bauten der Firma Herrmann, Stalinerstrasse: Ausbau in Lützow, Weichselstrasse 16... Bauten der Firma Wölfe: Fährtenhof, Potsdamer Platz...

Bauten der Firma Herrmann, Stalinerstrasse: Ausbau in Lützow, Weichselstrasse 16... Bauten der Firma Krüger, Reichensbergerstr. 61: Weichselstrasse 56/57...

Bauten der Firma Herrmann, Stalinerstrasse: Ausbau in Lützow, Weichselstrasse 16... Bauten der Firma Wölfe: Fährtenhof, Potsdamer Platz...

Bauten der Firma Herrmann, Stalinerstrasse: Ausbau in Lützow, Weichselstrasse 16... Bauten der Firma Krüger, Reichensbergerstr. 61: Weichselstrasse 56/57...

Bauten der Firma Herrmann, Stalinerstrasse: Ausbau in Lützow, Weichselstrasse 16... Bauten der Firma Wölfe: Fährtenhof, Potsdamer Platz...

Bauten der Firma Herrmann, Stalinerstrasse: Ausbau in Lützow, Weichselstrasse 16... Bauten der Firma Krüger, Reichensbergerstr. 61: Weichselstrasse 56/57...

Bauten der Firma Herrmann, Stalinerstrasse: Ausbau in Lützow, Weichselstrasse 16... Bauten der Firma Wölfe: Fährtenhof, Potsdamer Platz...

Bauten der Firma Herrmann, Stalinerstrasse: Ausbau in Lützow, Weichselstrasse 16... Bauten der Firma Krüger, Reichensbergerstr. 61: Weichselstrasse 56/57...

Bauten der Firma Herrmann, Stalinerstrasse: Ausbau in Lützow, Weichselstrasse 16... Bauten der Firma Wölfe: Fährtenhof, Potsdamer Platz...

Bau der Firma Seeger, Nieder-Schönhausen, Bismarckstr. 35... Bauten der Firma Mitsch, Varusstr. 22:

Bauten der Firma Krause in Rixdorf: Rudolf u. Lempke, Rixdorfstr. 65... Treppengeländerbranche.

Bauten der Firma Schmidt & Co., Schönhauser Allee: Bismarckstr. Kaiser-Allee u. Sieglindestrasse... Bauten der Firma Hündt, Grimmstrasse:

Bauten der Firma Pasch, Varusstrasse 35: Duggenbagen, Rixdorfstr. 35... Bauten der Firma P. Peschel & Söhne:

Bauten der Firma P. Peschel & Söhne: Rixdorf, Hermannstr. 32... Bauten der Firma Geisler, Diefenbachstrasse:

Bauten der Firma Geisler, Diefenbachstrasse: Großer Jahn, Schönhauser-Allee 129... Bauten der Firma Herrmann, Stalinerstrasse: Ausbau in Lützow...

Bauten der Firma Geisler, Diefenbachstrasse: Großer Jahn, Schönhauser-Allee 129... Bauten der Firma Törmer & Schariou: Gr. Frankfurterstr. 120...

Bauten der Firma Geisler, Diefenbachstrasse: Großer Jahn, Schönhauser-Allee 129... Bauten der Firma Völker, Tempelhofer: Gräf, Vornholmerstrasse...

Bauten der Firma Geisler, Diefenbachstrasse: Großer Jahn, Schönhauser-Allee 129... Bauten der Firma Noack, Gennigsdorferstrasse: Giller, Nord-Weichsel...

Bauten der Firma Geisler, Diefenbachstrasse: Großer Jahn, Schönhauser-Allee 129... Bauten der Firma L. Lassen: Demme, Lützowstr. 94...

Bauten der Firma Geisler, Diefenbachstrasse: Großer Jahn, Schönhauser-Allee 129... Bauten der Firma Pohl & Sohn: Schollow, Charlottenburg...

Bauten der Firma Geisler, Diefenbachstrasse: Großer Jahn, Schönhauser-Allee 129... Bauten der Firma Nätche, Stettinerstrasse 27: Gide u. Schwarz...

Bauten der Firma Geisler, Diefenbachstrasse: Großer Jahn, Schönhauser-Allee 129... Bauten der Firma Schneider, Griedenowstrasse: Bellemannstr. 84...

Bauten der Firma Geisler, Diefenbachstrasse: Großer Jahn, Schönhauser-Allee 129... Bauten der Firma Roloff: Rixdorf, Rixdorfstrasse...

Bauten der Firma Geisler, Diefenbachstrasse: Großer Jahn, Schönhauser-Allee 129... Bauten der Firma Hoffmann, Wollinerstr. 27a: Kleinstr. 46/47...

Bauten der Firma Geisler, Diefenbachstrasse: Großer Jahn, Schönhauser-Allee 129... Bauten der Firma Knobel, Lichterfelde: Wartenstrasse 7...

Bauten der Firma Geisler, Diefenbachstrasse: Großer Jahn, Schönhauser-Allee 129... Bauten der Firma Krüger, Reichensbergerstr. 61: Weichselstrasse 56/57...

Bauten der Firma Geisler, Diefenbachstrasse: Großer Jahn, Schönhauser-Allee 129... Bauten der Firma Wölfe: Fährtenhof, Potsdamer Platz...

Bauten der Firma Geisler, Diefenbachstrasse: Großer Jahn, Schönhauser-Allee 129... Bauten der Firma Krüger, Reichensbergerstr. 61: Weichselstrasse 56/57...

Bauten der Firma Geisler, Diefenbachstrasse: Großer Jahn, Schönhauser-Allee 129... Bauten der Firma Wölfe: Fährtenhof, Potsdamer Platz...

Bauten der Firma Geisler, Diefenbachstrasse: Großer Jahn, Schönhauser-Allee 129... Bauten der Firma Krüger, Reichensbergerstr. 61: Weichselstrasse 56/57...

Bauten der Firma Geisler, Diefenbachstrasse: Großer Jahn, Schönhauser-Allee 129... Bauten der Firma Wölfe: Fährtenhof, Potsdamer Platz...

Bauten der Firma Geisler, Diefenbachstrasse: Großer Jahn, Schönhauser-Allee 129... Bauten der Firma Krüger, Reichensbergerstr. 61: Weichselstrasse 56/57...

Bauten der Firma Geisler, Diefenbachstrasse: Großer Jahn, Schönhauser-Allee 129... Bauten der Firma Wölfe: Fährtenhof, Potsdamer Platz...

Achtung! Bauarbeiter!

Die Bauten der Firma Vereingte Bauarbeiter aus Rixdorf bei Teuenerdriehen: Bau Albrecht, Barbarossastrasse (Schöneberg), Sentinger, Hochstrasse, Prehn, Lisztstrasse, Bornholmerstrasse, Prenzlauer Allee, Ecke Chodowickstrasse...

Reservantenverein des Gewerkschaftshauses in eigenem Betrieb übernehmen, suchen wir zu diesem Zeitpunkt einen erfahrenen, mit der Arbeiterbewegung vertrauten... Defonomen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Der Gauvorstand.

Da wir am 1. April d. J. das Restaurant des Gewerkschaftshauses in eigenem Betrieb übernehmen, suchen wir zu diesem Zeitpunkt einen erfahrenen, mit der Arbeiterbewegung vertrauten... Defonomen.

Reservantenverein des Gewerkschaftshauses in eigenem Betrieb übernehmen, suchen wir zu diesem Zeitpunkt einen erfahrenen, mit der Arbeiterbewegung vertrauten... Defonomen.